www.bayernkurier.de

Deutschland 7,00 Euro • Österreich 7,90 Euro Ausgabe 1 | 2015

BAYERNKURIER

Das Magazin für Orientierung

Exklusiv-Interview mit Horst Seehofer

DER FRIEDENSGIPFEL VON ELMAU ...

Angela Merkel und Horst Seehofer: Die Stunde der Strategen

François Hollande

David Cameron

Matteo Renzi

Angela Merkel

Barack Obama

Shinzo Abe

Stephen Harper

Leichte Bauweise.
Massive Vorteile.

Steigende Ansprüche an Komfort und Energieeffizienz sowie neue Verordnungen – jetzt ist Umdenken gefragt! Mit modernen Trockenbau-Systemen setzt Knauf neue Standards für ein Maximum an Nutzwert und Qualität. Das lohnt sich!

- KURZE BAUZEITEN
- SCHALLSCHUTZ
- FLEXIBILITÄT
- RAUMGEWINN
- ROBUSTHEIT
- RAUMKLIMA

www.knauf.de

KNAUF

www.bayernkurier.de

Deutschland 7,00 Euro • Österreich 7,90 Euro Ausgabe 1 | 2015

BAYERNKURIER

Das Magazin für Orientierung

... aber ohne Putin

Wie Russlands Präsident sein Land isoliert und in eine schwere Wirtschaftskrise stürzt

ERLEBE DIE
REINE KRAFT.
Erlebe Adelholzener Mineralwasser.
Adelholzener
ALPENQUELLEN
CLASSIC
MIT KOHLENSÄURE
NATÜRLICHES MINERALWASSER

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde des Bayernkuriers,

der Anfang ist gemacht! Der erste „neue Bayernkurier“ ist auf dem Markt, die Umstellung von der Wochenzeitung auf das Monatsmagazin geglückt. An dieser Stelle gleich mal ein herzliches Dankeschön an das gesamte Team, das diesen Kraftakt in den vergangenen Wochen gestemmt hat!

Diese erste Magazinausgabe ist Erinnerung und Neustart zugleich. Wir blicken zurück auf die vergangenen 65 Jahre, in denen sich der Bayernkurier zu einer starken und unverwechselbaren Marke entwickelte, die sich zu seinen besten Zeiten sogar bundesweit Gehör verschaffte. Daran möchten wir anknüpfen und im Bewusstsein der veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auch mit einer neuen Grundtonalität in die digitale Zukunft aufbrechen.

Die Revolution der Medien macht auch vor Traditionsblättern nicht halt, der weltweite Medienwandel stellt die gesamte Branche vor unglaubliche Herausforderungen. Und das ist erst der Anfang! Die Digitalisierung wird unseren Alltag, unser Leben zunehmend verändern – darin sind sich die Experten einig. Aber keiner von ihnen weiß so genau, wohin die Reise wirklich gehen wird. Wenn man bedenkt, in welch vergleichbar kurzer Zeit aus den kleinen Start-ups im kalifornischen Silicon Valley global agierende und vor Geld strotzende Giganten wurden, kann man nur erahnen, was da noch alles auf uns zukommen mag. Facebook, Google & Co. haben nicht nur die Informationsgewohnheiten in weiten Teilen unserer Gesellschaft grundlegend verändert, sie haben auch eine enorme Machtfülle erreicht.

Wer in Zeiten dieses rasant an Fahrt gewinnenden Medienwandels stehen bleibt, hat verloren – so klar und deutlich muss man es leider sagen. Deshalb ist auch die grundlegende Neuaufstellung des Bayernkuriers unausweichlich. Er steht ab sofort auf drei zeitgemäßen und zukunftsorientierten Säulen: einem hochwertigen Monatsmagazin, das Raum zur inhaltlichen Vertiefung und Erklärung bietet, einem neuen Online-Angebot auf www.bayernkurier.de, das deutlich schneller als bislang auf die aktuellen Ereignisse eingehen wird, und den sozialen Netzwerken, die eine immer größer werdende Bedeutung bei der Informationsvermittlung spielen. Mit diesen und mit unserer neuen Bayernkurier-App für iPhone und iPad wollen wir verstärkt auch wieder jüngere Zielgruppen erreichen.

Wir haben also vor und hinter den Kulissen einen intensiven Reformprozess gestartet, um den Bayernkurier zu einem zukunftsfähigen Medienhaus weiterzuentwickeln. Seine große Chance liegt im Erklären der immer komplexer werdenden gesellschaftlichen Themen und der damit einhergehenden politischen Entscheidungsprozesse. Verständnis schafft Vertrauen.

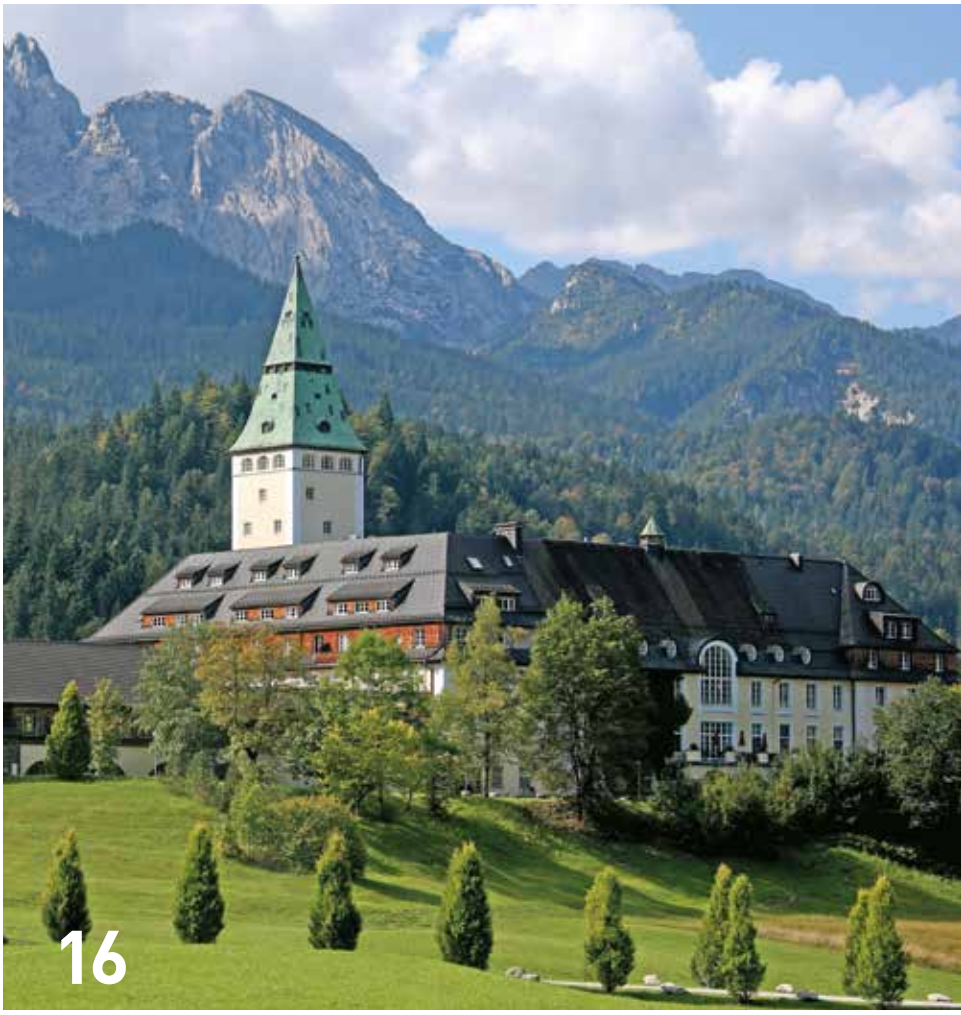
Wie gesagt, der Anfang ist gemacht – jetzt gilt es, den Bayernkurier auf allen drei Ausspielwegen beständig weiterzuentwickeln. Ich darf mich für Ihre konstruktive Begleitung der Neuaufstellung herzlich bedanken und wünsche viel Freude beim Lesen unseres ersten Magazins!

Mit besten Grüßen

Ihr Marc Sauber
Chefredakteur

INHALT

Ausgabe 01 | 2015



7 **Editorial**

8 **Leserbriefe/Impressum**

9 **Demoskopie: Was die Deutschen** vom Elterngeld und dem Flüchtlingsdrama halten

10 **Das Wahre**
Wer kritisiert, wird getötet
Wie Nordkoreas Diktator Kim seine Widersacher beseitigt

12 **Das Schöne**
Neuschwanstein reloaded
In China entsteht die Kopie von Deuschlands schönstem Schloss als Luxtushotel

14 **Das Gute**
Danke, Deutschland
Die Misereor-Spenden aus Bayern helfen einem Dorf in Uganda und machen einen Hirtenjungen glücklich

TITEL

16 **Der Friedensgipfel von Elmau**
Das G7-Treffen in Bayern verhandelt über Krieg und Frieden. Deutschland kommt eine Schlüsselrolle als Friedensmacht zu

22 **Warum der Gipfel wichtig ist**
Weltpolitiker Horst Teltschik analysiert die Mechanik von G7-Treffen

24 **Fluchtursachen wirksam bekämpfen!**
Bundesminister Gerd Müller ruft zu einem Aktionsplan für Afrika auf

26 **Bayern ist ein Hauptgewinner von TTIP**
Der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft Bertram Brossardt fordert offene Märkte

29 **Warum TTIP wichtig ist**
Insbesondere der deutsche Mittelstand braucht den Marktzugang in den USA

30 **Wie Putins Neo-Imperialismus Russland isoliert und in eine Krise stürzt**
Die westlichen Sanktionen zeigen ebenso Wirkung wie der Ölpreisverfall und der Rubel-Sturz

32 **Putins Politik ist brandgefährlich**
Moskau-Korrespondent Boris Reitschuster warnt vor dem russischen Präsidenten

POLITIK

34 **Wird linke Gewalt unterschätzt?**
Nach den Krawallen in Frankfurt entsteht eine neue Debatte über den Links-Radikalismus in Deutschland

38 **Unsere Polizei ist gut vorbereitet**
Innenminister Joachim Herrmann über die Sicherheit beim G7-Gipfel

41 **So profitiert die Region**
Schnelle Netze und neue Bahnhöfe – Oberbayern bekommt Gipfel-Neubauten

42 Sauber nachgefragt
Horst Seehofer im Interview
Der Bayerische Ministerpräsident steht Rede und Antwort

45 Die neue Landesleitung
Die CSU bekommt eine neue Parteizentrale

ESSAY

48 Die Freiheit liegt im Unterschied
Staatsrechtler Paul Kirchhof ordnet das Kopftuch-Urteil des Bundesverfassungsgerichts neu ein

53 Kopfnoten für Jubilare
Eine Heilige, ein Kanzler, ein Großliterat, ein Kaiser, ein König und ein Komunist – wie gut waren sie wirklich?

54 Einspruch
Sie irren, Frau Nahles!
Andreas Scheuer analysiert ein „Spiegel"-Interview zum Thema Mindestlohn

56 Die Scharnagl-Kolumne
Wilfried Scharnagl plädiert für einen anderen Umgang mit Russland

BAYERN

58 Ich bin ein Bayer geblieben
Papst Benedikt lebt zurückgezogen in einem Kloster und freut sich über Besuch aus seiner Heimat

61 Positions-Check
Mittelstand schützen und Arbeitsplätze sichern – wie die CSU die Erbschaftsteuerreform gestalten will

62 Obamas Pantoffeln sind aus bayerischem Filz
Fotografischer Besuch auf Schloss Elmau samt Gespräch mit dem Hotelbesitzer Dietmar Müller-Elmau

69 Bayerischer Zauberberg
Die bewegte Geschichte des Gipfel-Schlosses in Elmau

70 Nur wer sich wandelt, bleibt sich treu
Der Bayernkurier bricht 65 Jahre nach seiner Gründung in die mediale Moderne auf

76 Zukunftsmusik jetzt komponieren
Edmund Stoiber erklärt den Medienwandel und die Notwendigkeit, immer neu zu denken

RAMPENLICHT

80 Schnappschüsse des Monats

86 Die besten Karikaturen des Monats

IMPRESSUM

Eigentümer und Verleger:
Christlich-Soziale Union
in Bayern e.V.
Nymphenburger Straße 64
80335 München

Gründungsherausgeber
Dr. h. c. Franz Josef Strauß †

Herausgeber
Horst Seehofer, CSU-Vorsitzender

Chefredakteur
Marc Sauber (verantwortlich)

Verlag
BAYERNKURIER
Nymphenburger Straße 64
80335 München
Tel. +49 (0) 89 12004-0
Fax. +49 (0) 89 12004-133
Mail: redaktion@bayernkurier.de
www.bayernkurier.de

Herstellung
Weimer Media Group
Maximilianstraße 13
80539 München

Anzeigenleitung
Karin Freese (verantwortlich)
Verlag Bayernkurier
Nymphenburger Straße 64
80335 München
Tel. +49 (0) 89 12004-131
Fax. +49 (0) 89 12004-133
Mail: freese@bayernkurier.de

Bankverbindungen
Hypo Vereinsbank
IBAN: DE46700202700000520300
BIC: HYVEDEMMXXX

Postbank
IBAN: DE86700100800014048803
BIC: PBNKDEFF

Druck
Mayr Miesbach GmbH
Am Windfeld 15
83714 Miesbach
Bundesweite Auflage
20.000 Printexemplare und 30.000
E-Paper-Versand

Bildnachweise
picture alliance; Corbis; SZ Photo; Laurence Chaperon; team m&m/ nicky maier; Bundesregierung/ Bernd Kühler; Klaus Stattmann; Getty Images; Reuters; CSU

Keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Datenträger, Dokumente und Fotos

Beilagenhinweis
Einem Teil unserer Auflage liegt eine Information von Schlafraumkonzept Stephan, München, bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

Anmaßender Zoll

„Leserbriefe: Der Zoll ist nicht schuld“,
Bayernkurier vom 2. Mai:

Hierzu möchte ich doch aus eigener Erfahrung als Geschäftsführer einer ortsansässigen Wohnbaugesellschaft Folgendes berichten: Auf einer Baustelle am schönen Tegernsee, wo ausschließlich einheimische, bekannte Firmen beschäftigt sind, die sich aufgrund ihrer und unserer Ortsansässigkeit nie im Leben erlauben würden, Schwarzarbeit zuzulassen, haben wir in vier Monaten drei Zollprüfungen gehabt, die letzten 20 Jahre übrigens eine Routineprüfung. Im Jahre 2006 haben wir zuletzt einen Bauhelfer für 8,50 Euro die Stunde vom Arbeitsamt vermittelt bekommen, aktuell arbeitet niemand unter 16 Euro netto, und das ist hier auch jedem bekannt, der nicht hinter dem Mond lebt. Das Auftreten der Zollbeamten ist respektlos und anmaßend gewesen. Die Baustelle stand jeweils einen halben Tag still, etwa zehn Arbeiter wurden von der Arbeit abgehalten, der Schaden liegt bei etwa 10.000 Euro inklusive Verzug. Es ist ganz offensichtlich, dass die großen Machtbefugnisse der Beamten dazu verleiten, entsprechend anmaßend aufzutreten, und es ist ebenso offensichtlich, dass durch mindestens zwei unnötige Kontrollen die Daseinsberechtigung von 1.600 zusätzlich geforderten Beamten dokumentiert werden soll. Die Verantwortung mag bei der Politik liegen, und bis zu einer Nachbesserung sollte die geforderte Dokumentationspflicht „ruhen“, aber Zahl und Art der Ausführung liegen bei der Behörde und den Beamten selbst.

Michael Forster
Ortsverband CSU Gmund am Tegernsee, geschäftsführender Gesellschafter GRUND & WOHNEN GmbH, 83703 Gmund

Volksabstimmung in ganz Deutschland

„Sechs oder acht Bundesländer sind genug“,
Bayernkurier vom 2. Mai:

Es ist schön, dass sich wieder einmal jemand mit dem Thema befasst. Ich kenne es seit Mitte der 70er Jahre. Wenn man sich, wie Rainer Meier, mit diesem heiklen Thema befasst, dann sollte man auf der rationalen Seite überlegen, welche kleinen Bundesländer wirklich Probleme machen. Das sind meines Wissens das Saarland, Bremen und Berlin.
Aber sehen wir mal die emotionale Seite: Ein Bundesland abzuschaffen ist fast unmöglich, denn man kriegt in der vorgeschriebenen Volksabstimmung niemals die erforderliche Mehrheit zusammen. Das ist schon im Fall von Berlin und Brandenburg gescheitert, die Mehrheit der Brandenburger war dagegen. Rein zufällig sind das Saarland und Bremen Mehrheitsbeschaffer der linken Parteien im Bundesrat. Schon aus diesem Grund wird es keine Mehrheit für eine Zusammenlegung geben.
Eine Veränderung ist meiner Meinung nach ohne eine Änderung am Grundgesetz nicht möglich: Die anderen Bundesländer, die ja im Länderfinanzausgleich zahlen dürfen, müssten an der Entscheidungsfindung beteiligt werden. Am besten wäre also eine Volksabstimmung über die ganze Bundesrepublik. Ohne dies erscheint mir ein Ausweg nicht denkbar.

Johannes Fischer
91367 Weißenohe

Mehr Kontrollen

„Vom Lkw gefallen“,
Bayernkurier vom 2. Mai:

Man soll die Grenze wieder schließen und wieder Kontrollen ausführen. Dann geht es vielleicht besser. Heute wird ein Auto geklaut, und Stunden später sind die ins Ausland, viele nach Polen-Litauen und so weiter. Ich war selbst Lkw-Fahrer und fühlte mich nicht mehr sicher auf den Parkplätzen in Europa. Überall wird man nachts wachgehalten. Oder man muss auf bewachten Parkplätzen stehen, aber viele sind zu teuer. Ich hoffe, dass mehr Kontrollen an Autobahnen nachts auf Parkplätzen von der Polizei oder der Aufsicht vorgenommen werden. Vielen Dank, ein Lkw-Fahrer aus Holland.

G. M. Ruiling
7325zj Apeldoorn,
Niederlande

Kommende Konflikte

„Empörung über die Empörten“,
Bayernkurier vom 25. April:

Je mehr Flüchtlinge aus unterschiedlichen Kulturen und Krisenländern bei uns aufgenommen werden, desto mehr Konflikte und Gewalttaten werden wir durch diese Menschen erleben. Notwendig wird seitens der Politik die Festlegung eines begrenzten Flüchtlingskontingents, idealerweise nur aus einem Kriegsgebiet. Niemandem ist mit einer Destabilisierung unserer Gesellschaft gedient. Eine wahllose und unbegrenzte Aufnahme von Flüchtlingen quer durch alle Kulturen wird aber genau dazu führen, wie ernst zu nehmende Bevölkerungswissenschaftler ermittelt haben.

Helma Schadel
91080 Spardorf

Österreich wie Italien

„Niemand hat uns je gefragt, wer wir sind“,
Bayernkurier vom 25. April:

In den Salzburger Nachrichten vom 27. April (Seite 13) war zu lesen, dass erst kürzlich in Innsbruck ein Reisezug mit 74 Flüchtlingen aus Eritrea gestoppt worden war. Die Gruppe wurde am Freitag nach Untersuchungen auf Krankheiten wieder auf freien Fuß gesetzt. Italien hatte die Übernahme der Menschen verweigert. Laut Auskunft der Polizei dürften sie inzwischen in München gelandet sein. Sollte das die allgemeine Praxis der Österreicher sein, möglichst viele Flüchtlinge nach Deutschland abzuschieben?

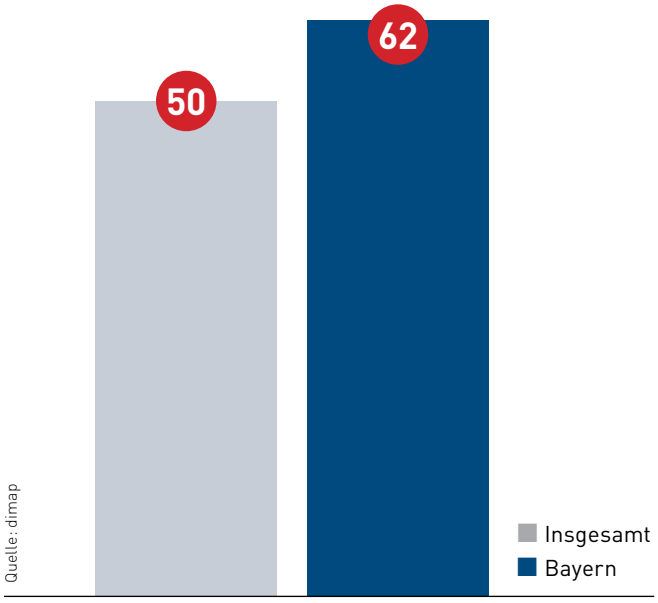
Gerhard Klimpel
83435 Bad Reichenhall

Große Zustimmung zum Betreuungsgeld

Eltern, die ihr Kind im zweiten und dritten Lebensjahr lieber zu Hause betreuen möchten, anstatt es in eine Kita zu geben, erhalten vom Staat ein Betreuungsgeld in Höhe von 150 Euro pro Monat. Halten Sie das Betreuungsgeld für eine gute Maßnahme zur Unterstützung der Eltern oder nicht?

Bundesweit ist jeder Zweite der Auffassung, das Betreuungsgeld, sei eine gute Maßnahme zur Unterstützung der Eltern.

In Bayern sind 62 Prozent dieser Meinung. Bei jüngeren Menschen kommt das Betreuungsgeld in Höhe von 150 Euro pro Monat für Eltern, die ihr Kind im zweiten und dritten Lebensjahr zu Hause betreuen möchten, besonders gut an. 62 Prozent der 18- bis 29-Jährigen finden die Maßnahme gut. Unter den Parteianhängern findet das Betreuungsgeld vor allem bei den CDU/CSU-Anhängern (60 Prozent) Zustimmung. Die geringste Zustimmung erfährt die Maßnahme bei Anhängern der AfD (29 Prozent) und bei Grünen-Anhängern (35 Prozent).



Quelle: dimap

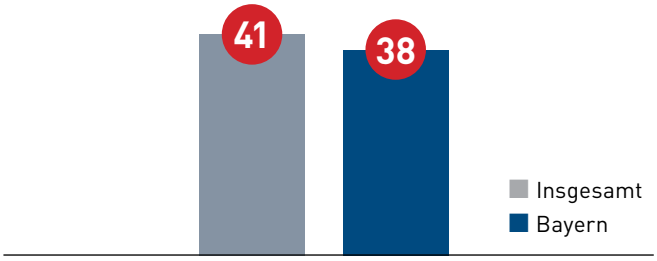
Ja, das ist eine gute Maßnahme

Die Sorge vor einer Massenzuwanderung steigt

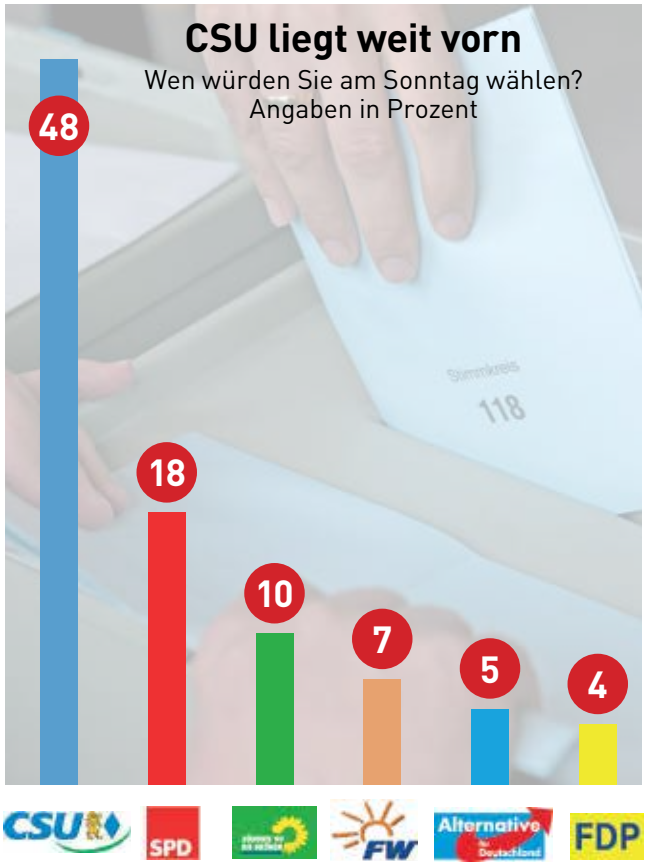
Die Bundesregierung rechnet dieses Jahr mit bis zu 400.000 Asylanträgen. 41 Prozent der Deutschen macht das bereits jetzt große Sorgen. Tendenz steigend. Dabei gilt: Je höher das Bildungsniveau, desto niedriger fällt der Anteil derjenigen aus, die sich deswegen sorgen. Während rund jeder Zweite mit einem Hauptschul- oder Realschulabschluss angibt, sich große Sorgen zu machen, ist von den Befragten mit Abitur jeder Vierte beunruhigt. Bei den AfD-Anhängern sind es 82 Prozent.

Aufgrund der vielen Flüchtlinge rechnet man dieses Jahr mit bis zu 400.000 Asylanträgen in Deutschland. Wie sehen Sie das? Bereitet Ihnen der Anstieg von Asylanträgen eher große Sorgen oder eher nicht so große Sorgen?

Quelle: dimap



Eher große Sorgen



Quelle: GMS, Mai 2015

DAS WAHRE

Wer kritisiert, wird getötet

Nordkoreas „Oberster Führer“ weitet seine Schreckensherrschaft aus. Mit einer Verhaftungswelle und der Hinrichtung zahlreicher Regimekritiker hat Kim Jong-un in den vergangenen Monaten Südkoreas Schlagzeilen beherrscht. Der kommunistische Diktator hat dabei auch mehrere hochrangige Widersacher aus den Reihen der Regierung hinrichten lassen. Wer die Politik des jungen Machthabers auch nur ansatzweise kritisiert, wird brutal verfolgt, gefoltert oder in Vernichtungslagern umgebracht. Die südkoreanische Nachrichtenagentur Yonhap berichtete, dass unter den Hinrichtungsopfern auch zwei Vizeminister gewesen seien. Sie hätten sich über Kims Anweisungen beklagt.

Die Kim-Dynastie beherrscht das Land seit mehr als sechs Jahrzehnten mit eiserner Hand. Auch Kims Vater und Großvater ließen Kritiker gnadenlos aus dem Weg räumen. Kim übernahm nach dem Tod seines Vaters Kim Jong Il im Dezember 2011 die Macht. Zwei Jahre später ordnete er sogar die Hinrichtung seines eigenen Onkels Jang Song Thaek an, der ihm zu einflussreich geworden war.

Für Kim Jong-uns Lebensleistung gibt es in Nordkorea jetzt sogar ein eigenes Unterrichtsfach. Lehrer sollen den Schülern seine zahllosen Errungenschaften vermitteln, damit die wissen, wer der Führer ist. Unglaublich, aber wahr. ■

DAS SCHÖNE

Neuschwanstein reloaded

Chinesen sind Weltmeister im Kopieren. Nun wagen sie sich sogar an ein bayerisches Nationalheiligtum heran. In der Sechs-Millionen-Metropole Dalian (eine Flugstunde östlich von Peking entfernt) wird das Königsschloss Neuschwanstein kurzerhand nachgebaut. Ein multimillionenschwerer Großbäcker kopiert den Traum Ludwigs II. Architektonisch ist die Kopie – trotz der Türmchen, Giebel und zinnenverzierten Mauern – ein wenig plump geraten.

Doch Liu Chonghua, 59 Jahre, der backende Visionär, ist stolz und zufrieden. Er liebt Europas Kultur und erspare damit vielen Brautpaaren den Flug ins entfernte Deutschland. Vorlage für die gigantischen Bauprojekte sind Reiseführer und Bildbände – so einfach geht's in China. Aber das Märchenschloss hat einiges zu bieten: Es beherbergt ein Luxushotel mit 292 Zimmern und 29 Suiten mit grandioser Aussicht auf die glitzernde Skyline der Megametropole – bayerische Möbel, Spezialitäten und ein Bier aus der hauseigenen Brauerei, prächtige Gemälde und glitzernde Lüster inklusive. Illustre Gäste, die die Luxus-Präsidentensuite reservieren, kostet die Nacht fast 17.000 Euro. Aber dafür liegt ihr Neuschwanstein auch am Meer. ■

Danke, Deutschland

Stolz schaut der aus dem Nordosten Ugandas stammende Lokutaan in die Kamera. Der Zehnjährige muss kräftig anpacken, um seinen Eltern bei der Arbeit zu helfen. In seiner Familie ist er für die Ziegen verantwortlich. Während seine Mutter in der kargen Savanne die Familie mit Hirseanbau durchbringen muss, zieht sein Vater ein halbes Jahr lang mit der Rinderherde umher. Der Hirtenjunge hat einen Traum: Er kann weder lesen noch schreiben, will es aber unbedingt lernen. „Ich mag meine Ziegen, aber Schule fände ich auch richtig klasse.“ Denn er weiß: Eine Zukunft haben sie alle nur, wenn die Hirtenfamilien lernen, Gemüse anzubauen – wenn es seiner Mutter gelingt, durch eine nachhaltige Landwirtschaft ihre Existenz zu sichern. Wer den Hunger besiegen will, muss seine Ernten, Erträge und Umsätze selbst verwalten können, Schreiben und Rechnen inklusive. Mithilfe von Misereor aus Deutschland wird Lokutaans Familie nun geholfen, ihre kleine Landwirtschaft auszubauen. Seit Jahren unterstützt Misereor in Uganda Projekte, um der Landbevölkerung einen Weg aus Hunger, Armut und Unsicherheit zu zeigen. Lokutaan dankt Deutschland und strahlt. ■

G7 GERMANY

DER FRIEDENSGIPFEL VON ELMAU

Die Weltwirtschaft sowie zentrale Fragen der Sicherheits- und Entwicklungspolitik stehen im Mittelpunkt des Gipfels. Deutschland kommt eine Schlüsselrolle als Friedensstifter zu.

Das jährliche Gipfeltreffen der führenden Wirtschaftsnationen findet seit 1975 statt, um regelmäßig die wichtigsten Weltprobleme zu beraten. Diesmal ist Russland wegen der Annexion der Krim nicht geladen. Angela Merkel wird die Staatschefs Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Japans, Kanadas und der USA in Elmau begrüßen. Der G7-Gipfel fand bereits fünf Mal in Deutschland statt, 1978 und 1985 in der damaligen Hauptstadt Bonn. Das wiedervereinigte Deutschland war 1992 in München, 1999 in Köln und 2007 im Seebad Heiligendamm Gastgeber.

G7 GERMANY

Der G7-Gipfel von Elmau findet in bewegten Zeiten statt. In der Ukraine schwelt ein Krieg mit Russland, im Mittelmeer vollzieht sich eine dramatische Massenflucht, der Nahe Osten steht in Flammen. Eine Kette von Kriegen vom Irak über Syrien bis zum Jemen überzieht Arabien, die neue Terrormacht der ISIS erschüttert die Region, und die Grenzen des islamischen Raums werden zusehends blutig. Das Treffen der wichtigsten Staatschefs ist also alles andere als ein Schönwettertermin. Diesmal geht es um Krieg und Frieden.

Wie nie zuvor fällt Deutschland eine Schlüsselrolle der Ereignisse zu. Nicht bloß als Gastgeber, sondern vor allem als potenzieller Friedensstifter. Deutschland ist unter der Führung von Angela Merkel und Horst Seehofer zum Stabilitäts- und Wohlstandsanker Europas geworden. Während Frankreich und Italien mit schweren inneren Strukturproblemen zu kämpfen haben, Südeuropa mit Mühe die jüngste Krise überwindet und Großbritannien seine europäische Rolle hinterfragt, ist Deutschland zur unbestrittenen Führungskraft des Kontinents geworden. Wegen seiner großen wirtschaftlichen Kraft, aber auch wegen seiner Verlässlichkeit.

Deutschland kommt bei diesem Gipfel eine Schlüsselrolle zu, auch weil Angela Merkel und Horst Seehofer für wirtschaftlichen Erfolg, politische Stabilität und klare Orientierung sorgen.

Der Bundesrepublik fällt insbesondere im Ukraine-Konflikt die Funktion eines Brückenbauers zu. Das militante Vorgehen Russlands auf der Krim und in der Ukraine muss eingehegt werden; zugleich aber darf der Gesprächsfaden nach Moskau nicht abreißen. Aufgrund der engen deutsch-russischen Beziehungen gelingt es der Bundesregierung, dem Friedensprozess immer wieder eine neue Schneise zu öffnen. Der G7-Gipfel ist dabei eine Zäsur. Denn Russland ist – wegen seiner Aggressionen – nicht mehr mit von der Partie. Aber Russland soll in den Kreis alsbald zurückkehren. Eine Friedensordnung in Europa gelingt perspektivisch nur mit Russland. Die deutsche Strategie – die von Angela Merkel und Horst Seehofer konsequent verfolgt wird – bedeutet, dass man Grenzen aufzeigt, sanktioniert, sich mit Osteuropa solidarisiert, aber eben auch nach neuen Friedenslösungen sucht.

Eine ähnliche Doppel-Strategie verfolgt Deutschland auch in der Euroschuldenkrise. Einerseits ist die Bundesrepublik solidarisch, hilft und finanziert in Krisenlagen. Andererseits wird eine Soliditäts- und Reformpolitik in Europa eingefordert, damit der Kontinent nicht im Schuldensozialismus versinkt. Das fügt sich in die globale Wachstums- und Stabilitätsinitiative der G7-Staaten, sodass Deutschland den europäischen Zug gewissermaßen in eine bessere Zukunft zieht.

Deutschland steht zugleich im Mittelpunkt des aktuellen Flüchtlingsdramas. Kein Land nimmt so viele Asylanten aus Afrika und dem Nahen Osten auf. Kein Land zahlt so viel für die akute Nothilfe. Das Drama der Bürgerkriege im Nahen Osten und in Nordafrika wird die G7-Gruppe insgesamt fordern. Es braucht einen Masterplan für die Befriedung des Nahen Ostens und für die Entwicklung Afrikas. Auch die Stabilisierung Libyens nach Krieg, Bürgerkrieg und dem Zusammenbruch der Staatsordnung wird eine wichtige Frage in Elmau sein.

Klimaversicherung geplant

Und auch beim globalen Klimaschutz fällt Berlin die Rolle der treibenden Kraft zu. Deutschland erwartet die Verabschiedung verbindlicher Klimaschutzziele. „Der Klimawandel stellt die Entwicklungsländer vor enorme Herausforderungen. Zuletzt hat der Zyklon Pam viele Inseln im Südpazifik zerstört. Der Klimawandel kann Entwicklungserfolge mit einem Schlag zunichtemachen und stürzt die Menschen in neue Armut“, sagte Entwicklungsminister Gerd Müller bei der Eröffnung der Konferenz in Berlin. „Über Klimaziele zu verhandeln ist wichtig, aber wir brauchen auch konkrete Lösungen. Klimarisikoversicherungen sind hier eine wirksame Möglichkeit, den Menschen konkret vor Ort in schwierigen Situationen schnell zu helfen.“

Deutschland strebt gemeinsam mit den anderen G7-Partnern an, den Versicherungsschutz der ärmsten Menschen in Entwicklungsländern zu erhöhen, um sie besser vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen. Von den zunehmenden Wetterextremen wie Dürre, Hochwasser oder Wirbelstürmen sind diese besonders stark betroffen. Klimarisikoversicherungen schaffen die Möglichkeit, sich gegen Risiken von extremen Wetterereignissen zu versichern.

Bisher sind weltweit 100 Millionen Menschen gegen die Folgen des Klimawandels versichert. In den nächsten fünf Jahren sollen 500 Millionen Menschen Versicherungsschutz haben, so das erklärte Ziel der Initiative. Dabei sollen öffentliche Mittel der G7-Staaten, aber auch Kapital der Privatwirtschaft zum Einsatz kommen, um eine möglichst große Wirkung zu erreichen.

Insgesamt rückt die Bundesrepublik auch deshalb in die Rolle eines aktiven, globalen Friedensstifters und Modernisierungs-Impulsgebers, weil Deutschland in einer starken Verfassung und mit stabilen politischen Verhältnissen agieren kann. Während viele andere europäische Staaten noch mit ihren Reformprozessen ringen, wirkt Amerika innenpolitisch zerfahren. Der Wahlkampf um die Nachfolge von Barack Obama hat begonnen, und der amtierende Präsident hat keine Rückendeckung mehr im Parlament. Die Außenpolitik der USA wirkt daher zuweilen unsicher. Insbesondere im Konflikt mit Russland braucht Amerika daher die Orientierungshilfe Europas und vor allem von Deutschland.

Vom G7-Gipfel könnten daher neue Impulse in diese Richtung ausgehen. Erwartet wird ein Appell an die Konfliktparteien, die Friedensvereinbarungen von Minsk in vollem Umfang einzuhalten.

Deutschland ist im Russland-Konflikt ein Brückenbauer

Die Entwicklung Afrikas ist ein Schwerpunktthema des Gipfels. Eine Reihe von Regierungschefs sind eingeladen, um mit den G7-Staaten neue Strategien zu beraten.

Wertegemeinschaft gefordert

Der Gipfel ist sich in Anbetracht der schweren Krisen mehr als andere Treffen zuvor seiner moralischen Rolle bewusst. Der Begriff der „Wertegemeinschaft“ ist daher gezielt in die Diplomatie eingeführt. Offiziell heißt es: „Die G7-Staaten haben eine besondere Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft unserer Erde. Dazu gehört, dass sich die G7 als Wertegemeinschaft für Frieden, Sicherheit und ein selbstbestimmtes Leben der Menschen einsetzt. Freiheit und Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Sicherheit, Wohlstand und nachhaltige Entwicklung sind zentrale Grundsätze der G7.“

Die G7-Staaten als zentrale Akteure der internationalen Wirtschaftsbeziehungen tragen aber auch große Verantwortung für verlässliche, nachhaltige und tragfähige Bedingungen der Weltwirtschaft. Dynamisches und nachhaltiges Wachstum in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern ist besser erreichbar, wenn sie sich über Grundfragen der wirtschaftlichen Entwicklung, des grenzüberschreitenden Handels und über eine effektive Finanzmarktarchitektur einig sind. Die G7 wird sich deshalb für stabile Finanzen, offene Weltmärkte und einen funktionierenden Arbeitsmarkt einsetzen. Das Thema großer Freihandelszonen spielt dabei eine Schlüsselrolle.

Ein wichtiges und mit Blick auf das Flüchtlingsdrama besonders akutes Thema wird die Afrika-Strategie der G7 sein. Ohne eine stabile wirtschaftliche Entwicklung Afrikas drohen eine Völkerwanderung und eine zweite Kette von Kriegen. Darum hat auf

G7-Ministertreffen

Während der deutschen G7-Präsidentschaft finden Ministertreffen statt oder haben bereits stattgefunden:

- die Außenminister vom 14. bis 15. April 2015 in Lübeck
- die Energieminister vom 11. bis 12. Mai 2015 in Hamburg
- die Finanzminister vom 27. bis 29. Mai 2015 in Dresden und
- die Wissenschaftsminister vom 8. bis 9. Oktober in Berlin

der Tagesordnung von Elmau der „Dialog mit afrikanischen Staaten“ einen ungewöhnlich großen Raum.

Die G7 will die afrikanischen Staaten bei ihren Reformbestrebungen unterstützen und so die Grundlagen für Frieden und Sicherheit, Wachstum sowie nachhaltige Entwicklung in Afrika stärken. Es ist daher vorgesehen, die Staats- und Regierungschefs vor allem aus afrikanischen Staaten zum zweiten Gipfeltag einzuladen. Denn die G7 will die afrikanischen Staaten bei ihren Reformbestrebungen unterstützen und so die Grundlagen für Frieden und Sicherheit, Wachstum sowie nachhaltige Entwicklung in Afrika stärken. Dazu wollen die G7-Staaten mit den Gästen einen Dialog über gemeinsame Herausforderungen und über die G7-Schwerpunktthemen führen. Die Staats- und Regierungschefs folgender Länder haben zugesagt:

- Äthiopien (Ministerpräsident Hailemariam Desalegn),
- Irak (Premierminister Haider al-Abadi),
- Liberia (Staatspräsidentin Ellen Johnson Sirleaf),
- Nigeria (designierter Präsident Muhammadu Buhari),
- Senegal (Staatspräsident Macky Sall),
- Tunesien (Präsident Beji Caid Essebsi).

Außerdem sind die Vorsitzenden folgender Internationaler Organisationen vertreten: OECD (José Ángel Gurría), IWF (Christine Lagarde), Weltbank (Jim Kim), WTO (Roberto Azevêdo), ILO (Guy Ryder) sowie der Vereinten Nationen (Ban Ki-moon) und der Kommission der Afrikanischen Union (Nkosazana Dlamini Zuma). ■

Afrika wird zur neuen Schlüsselfrage der globalen Politik

Der Unterschied beginnt beim Namen

Wir sind den Menschen verpflichtet: 50 Millionen Kunden mit 50 Millionen unterschiedlichen Bedürfnissen. Deshalb verkaufen wir nicht einfach Finanzprodukte, sondern erklären sie so, dass jeder sie versteht. Da, wo unsere Kunden sind, da sind auch wir zu Hause. Deshalb bieten wir nicht nur Sicherheit für ihr Geld, sondern Unterstützung für die ganze Region. Als Finanzierungspartner Nr.1 fördern wir das Wachstum des Mittelstands und einen Großteil der Existenzgründungen in Deutschland: Das sichert Arbeitsplätze. Wir entwickeln die Lösungen von morgen, weil wir an Sie und die Zukunft glauben. Schon heute haben wir zum Beispiel die meistgenutzte Finanz-App. Erleben Sie den Unterschied. Bei Ihrer Sparkasse vor Ort und auf www.sparkasse.de

Wenn's um Geld geht – Sparkasse

Entdecken Sie mehr Unterschiede auf **sparkasse.de**

Für den G8-Gipfel in Heiligendamm wurde der berühmteste XXL-Strandkorb der Welt gebaut.

Horst Teltschik koordinierte über Jahre hinweg die Politik Helmut Kohls. Er war maßgeblich an den deutsch-deutschen Verhandlungen der Wendezeit und der Deutschen Wiedervereinigung beteiligt. Nach seiner politischen Karriere war er Geschäftsführer der Bertelsmann Stiftung und Vorstandsmitglied der BMW AG. Teltschik leitete zudem von 1999 bis 2008 die Münchner Sicherheitskonferenz.

Warum der GIPFEL wichtig ist

Ohne persönliche Begegnungen entsteht kein Vertrauen zwischen den Staatslenkern.

Von Horst Teltschik

Am 7./8. Juni werden sich die Staats- und Regierungschefs der sieben wichtigsten demokratischen und marktwirtschaftlich organisierten Industriestaaten der Welt auf Schloss Elmau zu intensiven Gesprächen treffen. Es wird der 41. G7-Gipfel sein, der jährlich abwechselnd in einem der Mitgliedsländer stattfindet. Russland, das seit 1998 eingeladen war, teilzunehmen, bleibt aufgrund der Annexion der Krim und der Auseinandersetzungen in der Ostukraine weiterhin ausgeschlossen.

Seit einigen Jahren gleichen die Veranstaltungsorte mehr und mehr polizeilich, manchmal sogar militärisch abgesicherten Festungen, belagert von tausenden Demonstranten und bedroht von hunderten gewaltbereiten Chaoten. Noch in diesen Tagen verhandeln italienische Gerichte die blutigen Ausschreitungen während des G8-Gipfels 2001 in Genua. Brennende Barrikaden und Autos, eingeschlagene Schaufensterscheiben, geplünderte Geschäfte prägten die Straßen.

Diese Entwicklung ist angesichts der unaufhaltsamen Globalisierung der Wirtschaft, der ungebändigten digitalen Revolution und der zunehmenden regionalen sowie lokalen militärischen Konflikte mit ihren überbordenden Flüchtlingsströmen nicht nur unverständlich sondern geradezu absurd. Alle sieben Staats- und Regierungschefs sind demokratisch gewählt. Sie vertreten rund eine Milliarde Menschen, denen sie verantwortlich sind.

Es gibt keine national isolierten Lösungen mehr

Sie repräsentieren die wichtigsten Industriestaaten der Welt, die mit am meisten vom freien Welthandel profitieren. Allgemeiner Wohlstand und soziale Gerechtigkeit sind in diesen Ländern bei allen noch bestehenden Defiziten am stärksten entwickelt. Und gleichzeitig gibt es nirgendwo einen so ausgeprägten Widerstand gegen die G7-Begegnungen, verstärkt dieses Mal durch den breiten und diffusen Widerstand gegen das Freihandelsabkommen (TTIP), das gegenwärtig zwischen der EU und den USA verhandelt wird.

Und das geschieht in einer Zeit, in der solche internationalen Spitzenbegegnungen von immer größerer Bedeutung sind. Ursprünglich und über viele Jahre hinweg ging es bei den G7-Gesprächen fast ausschließlich um nationale wie internationale Wirtschaftsthemen. Persönliche Beauftragte der Staats- und Regierungschefs, die sogenannten Sherpas, bereiteten umfassende Papiere über die aktuellen wirtschaftlichen Pro-

Wer kommt eigentlich?

Die sieben Staats- und Regierungschefs in Elmau

Angela Merkel
Kanzlerin
Deutschland

Barack Obama
Präsident
USA

David Cameron
Premierminister
Großbritannien

François Hollande
Präsident
Frankreich

Matteo Renzi
Ministerpräsident
Italien

Shinzo Abe
Premierminister
Japan

Stephen Harper
Premierminister
Kanada

bleme und Perspektiven in den jeweiligen Mitgliedsstaaten vor. Gleichzeitig erarbeiteten sie Vorschläge für erforderliche Reformen nicht nur zur Ankurbelung der Wirtschaft in den einzelnen Ländern, sondern angesichts der wachsenden internationalen Verflechtung auch für die Gestaltung der weltwirtschaftlichen Ordnung. Angesichts der Entstehung neuer wirtschaftlicher und politischer Großmächte, wie sie zum Beispiel die BRIC-Staaten repräsentieren, ist eine internationale Abstimmung mehr denn je erforderlich. Erreichen die G7-Staaten eine gemeinsame Position, erhöhen sie ihr Gewicht in den G20-Gesprächen, die Ausdruck der heutigen Globalisierung der Wirtschaft und der Gewichtsverschiebung der einzelnen nationalen Wirtschaften sind.

Weniger wäre mehr

Seit Anfang der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts sind neue Themen hinzugekommen. Es fing vor allem mit Fragen der internationalen Sicherheit an. Von Jahr zu Jahr erweiterte sich die Agenda. Verfolgt man die öffentlichen Erklärungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel zum bevorstehenden G7-Gipfel, dann verstärkt sich der Eindruck, dass fast alle Probleme dieser Welt angesprochen werden sollen, seien es die bilateralen, regionalen oder multilateralen Freihandelsvereinbarungen oder die aktuellen Sicherheitsprobleme, angefangen von der Ukraine über den Iran bis zu den apokalyptischen Geschehnissen im Nahen und Mittleren Osten und der Sicherheit der internationalen Seeschifffahrt. Ganz zu schweigen von den Themen Energieversorgung, Ressourcenverknappung, Folgen des Klimawandels wie zum Beispiel zunehmender Wassermangel in verschiedenen Regionen dieser Welt, wachsende Armut und Flüchtlingsströme, Bekämpfung von Epidemien und internationaler Kriminalität.

Fast wäre man versucht zu sagen, weniger wäre mehr. Doch selbst wenn es keine vorgegebene Agenda gäbe, sind diese persönlichen Begegnungen der Staats- und Regierungschefs wichtig. Sie bieten die Chance, sich persönlich kennen und einschätzen zu lernen. Über Stunden sitzen sie ohne Mitarbeiter im kleinen Kreis zusammen und können ein Gefühl dafür gewinnen, wie sich die Partner verhalten, welche Interessen sie verfolgen, welche Argumente sie nutzen und wie sie aufeinander reagieren. Es geht um einen intensiven Gedankenaustausch und Absichtserklärungen. Die Umsetzung muss dann auf nationaler Ebene und in den zuständigen internationalen Gremien erfolgen.

Gipfelgespräche sind heutzutage nur ein kurzer, aber unverzichtbarer Ausschnitt eines Meinungsaustausches, der kontinuierlich über das Jahr im Rahmen von bilateralen Begegnungen, über Telefon oder Internet erfolgen muss. Die persönliche Abstimmung und Zusammenarbeit sind angesichts der atemberaubenden internationalen Veränderungen, ob in Politik, Wirtschaft oder Gesellschaft, und der damit wachsenden, wechselseitigen Abhängigkeit notwendiger denn je. Es gibt keine nationalen isolierten Lösungen mehr, keine Insel der Glückseligkeit, unberührt von der Außenwelt, auch nicht für das wohlhabende Deutschland. ■

Wo fanden die letzten Gipfel statt?

2006	G8-Gipfel in Sankt Petersburg	Russland
2007	G8-Gipfel in Heiligendamm	Deutschland
2008	G8-Gipfel in Toyako	Japan
2009	G8-Gipfel in L'Aquila	Italien
2010	G8-Gipfel in Huntsville	Kanada
2011	G8-Gipfel in Deauville	Frankreich
2012	G8-Gipfel in Camp David	USA
2013	G8-Gipfel am Lough Erne	Großbritannien
2014	G7-Gipfel in Brüssel (vor der Krimkrise war zunächst ein G8-Gipfel im russischen Sotschi geplant)	Belgien
2015	G7-Gipfel auf Schloss Elmau	Deutschland

Fluchtursachen wirksam bekämpfen!

Deutschland hat die Tagesordnung des G7-Gipfels um die Fragen der ungleichen Verteilung, der globalen Wertschöpfungsketten und nach den Ursachen von Hunger und Armut erweitert. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller, sieht darin die Schlüsselfragen auch bei der Bekämpfung der Fluchtursachen.

G7 GERMANY

Von Bundesminister Gerd Müller

Wenn die Staats- und Regierungschefs der führenden Industrienationen jetzt zusammenkommen, geht es um die zentrale Frage, wie wir unser Zusammenleben in unserer „EINENWELT“ in Zukunft gestalten wollen. Vom Klimawandel über die Arbeitsbedingungen in unseren globalen Lieferketten bis hin zur Frage, wie die auf neun bis zehn Milliarden Menschen wachsende Weltbevölkerung ernährt werden soll. Immer wieder kommen wir bei diesen Diskussionen zum selben Kern: Wenn wir die Krisen und Konflikte, die diese ungelösten Fragen hervorrufen, nicht vor Ort lösen, kommen die Probleme zu uns.

Weltweit sind zurzeit 56 Millionen Menschen auf der Flucht, so viele wie seit 50 Jahren nicht mehr. Dabei ist das Gros der Menschen in den Heimatregionen auf der Flucht. Immer mehr Menschen suchen in ihrer Verzweiflung aber den Weg zu uns nach Europa. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen. Dabei spielt der Klimawandel eine noch völlig unterschätzte Rolle. Klimaexperten sagen voraus, dass sich 200 Millionen Menschen auf die Flucht begeben werden, wenn es uns nicht gelingt, die Erderwärmung aufzuhalten. Dürren und Überschwemmungen machen immer schneller und immer massiver Entwicklungserfolge in Afrika und Asien zunichte.

Hier gilt es jetzt für die großen und reichen Industriestaaten, ihren Beitrag zu leisten. Deutschland geht dabei mit großen Schrit-

Bundesregierung erwartet deutlich mehr Asylbewerber

Die Bundesregierung rechnet mit erheblich mehr Asylbewerbern in diesem Jahr. Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) spricht von bis zu 400.000 Flüchtlingen. „Wenn wir die Quartalszahlen hochrechnen, müssen wir mit 300.000 bis 400.000 Asylbewerbern rechnen", sagte Müller nach Beratungen mit dem bayerischen Kabinett. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geht mittlerweile sogar davon aus, dass bis Jahresende mehr als 400.000 Asylanträge gestellt werden. Das wären doppelt so viele wie im vergangenen Jahr.

ten voran. Pro Jahr investieren wir in der internationalen Klimapolitik inzwischen fast zwei Milliarden Euro, 90 Prozent der Mittel werden vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung umgesetzt. Wir bauen einen internationalen grünen Klimafonds auf, wir stärken die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien oder helfen mit, eine Klimaversicherung auf eine breite Basis zu stellen. Wir müssen Partner der Entwicklungs- und Schwellenländern sein, die ihren Aufschwung jetzt und heute gestalten, um ihren Menschen eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Dafür müssen wir diesen Ländern unser technisches Know-how, unser Wissen zur Verfügung stellen, damit dieses Wachstum klimaverträglich gestaltet werden kann.

Was im Klimabereich international aufgrund des Klimaschocks nach und nach gelingt, muss sich jetzt auch in anderen Bereichen Bahn brechen. Allen voran bei der Ausbeutung der Rohstoffe in Afrika und Asien. Von Coltan, das wir für unsere Mobilfunktelefone brauchen, über Erdöl bis zum Gold – viele Entwicklungsländer sind reich an diesen Rohstoffen, können ihren Reichtum aber nicht nutzen, weil die Wertschöpfung nicht im Land verbleibt und wir keine angemessenen Preise für die Rohstoffe zahlen, die am Anfang jeder Produktionskette von Menschenhand zu unwürdigen Bedingungen gewonnen werden.

Wer möchte es jungen Menschen da verdenken, dass sie in einer solchen Form von Ausbeutung keine Zukunft in ihren Heimatländern sehen und die Flucht über das Mittelmeer in eine vermeintliche bessere Welt beim Einsatz von Leib und Leben riskieren. Deshalb ist es richtig, dass sich die G7 mit den globalen Lieferketten auseinandersetzt.

Das Textilbündnis funktioniert

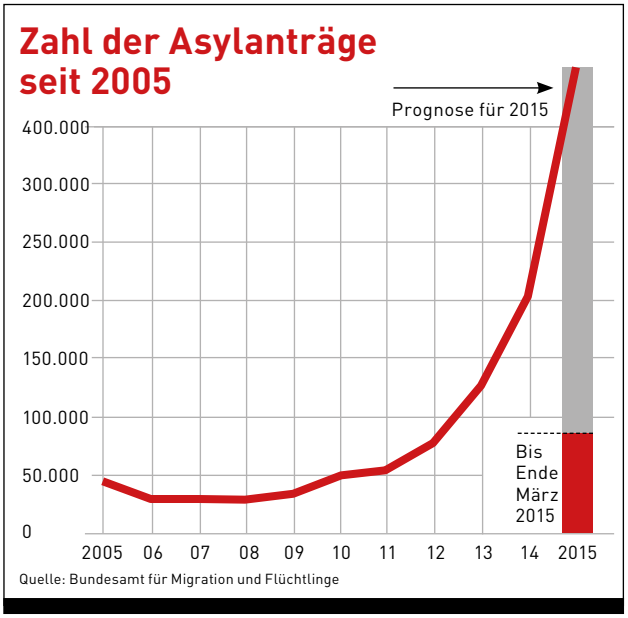
Auf Initiative meines Ministeriums haben wir in Deutschland zusammen mit der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft für die Textilwirtschaft ein gemeinsames Bündnis ins Leben gerufen, das sich an die Arbeit gemacht hat, zu fairen Sozial- und Umweltstandards in der gesamten Lieferkette zu kommen – transparent für die Kundinnen und Kunden, die wissen wollen und wissen sollen, unter welchen Bedingungen ihr Kleidungsstück entstanden ist. Die Resonanz auf unser Textilbündnis macht uns optimistisch, dass solche Initiativen Schule machen werden, sowohl in Europa als auch international.

Denn auch hier gilt: Wenn die Näherin in Bangladesch oder der Baumwollpflücker in Ghana nicht von ihrer Arbeit leben, die Kinder zu Schule gehen und die eigene Gesundheitsversorgung bezahlen können, steigt der Druck, ihr eigenes Land zu verlassen und sich andernorts eine Existenz aufzubauen. Deshalb muss hier der Ansatz unserer gemeinsamen neuen Entwicklungspolitik liegen.

Entwicklungspolitik fängt nämlich bei jedem Einzelnen von uns in einem der sogenannten G7-Staaten an. Wir tragen mit unserem Kleidungsstück Verantwortung auf unserer Haut, wir haben mit unserem Handy Verantwortung am Ohr, wir tragen mit unserem Schmuckstück Verantwortung an unserem Körper, wir tragen Verantwortung mit der Tafel Schokolade, der Tasse Kaffee oder dem Tee, den wir konsumieren. Fair und nachhaltig konsumiert bei uns führt zu mehr Gerechtigkeit am Anfang jeder Produktionskette, dort, wo ein Mensch für uns in der Mine steht oder die Baumwolle oder Kaffeebohne pflückt. Auch das ist ein Beitrag für das, was wir in diesen Tagen Fluchtursachen bekämpfen nennen.

Wer meint, es sei ein kleiner Beitrag, der irrt. Es wäre ein ganz großer Schritt, wenn wir das, was wir Schöpfung nennen und was uns unser Planet Erde jeden Tag schenkt, gerecht verteilen. Denn: Gerechtigkeit ist der Schlüssel zur Lösung jeder Krise – das muss die führenden Industrienationen in ihrem politischen Handeln einen. ■

Bei einem EINEWELT-Zukunftsforum mit über 100 Initiativen hat Bundesentwicklungsminister Gerd Müller die Zukunftscharta an Bundeskanzlerin Angela Merkel überreicht. Die 60 Seiten starke Charta mit dem Ti tel „EINEWELT – unsere Verantwortung" gibt Empfehlungen für nachhaltiges Handeln in verschiedensten Lebensbereichen.



G7 GERMANY

BAYERN ist ein Hauptgewinner von TTIP

Die digitale Revolution zwingt die Wirtschaft in völlig neue Wettbewerbe. Deutschland braucht deshalb einen Innovationsschub und offene Märkte, meint **Bertram Brossardt**.

Die Veränderungen des 21. Jahrhunderts stellen uns vor große Herausforderungen. Megatrends wie Globalisierung und Digitalisierung sind unumkehrbar und stellen Anforderungen an Unternehmen, Wissenschaft, Staat und Gesellschaft. Sie verändern unser Wirtschaftsleben und unseren Alltag gravierend. Um die Wettbewerbsfähigkeit Bayerns und damit die Grundlagen unseres Wohlstands langfristig zu sichern, müssen wir uns auf diese Entwicklungen einstellen und die großen Chancen ergreifen. Stattdessen dominieren in unserer Gesellschaft gegenwärtig zu viel Zaudern, Zögern und die Angst vor Neuem. Das ist gefährlich.

Die vbw-Studie „Digitalisierung als Rahmenbedingung für Wachstum“ zeigt die enorme Dimension der digitalen Revolution: Die Digitalisierung ist bereits heute ein wesentlicher Treiber für unser Wirtschaftswachstum. So ist die Wirtschaft in Deutschland zwischen 1998 und 2012 durchschnittlich um 1,3 Prozent pro Jahr gewachsen, in Bayern um 2,4 Prozent. Jeweils 0,6 Prozentpunkte dieses Wirtschaftswachstums gingen auf das Konto der Digitalisierung. Sie bietet also enorme Chancen und Wachstumspotenziale für unseren Standort. Gleichzeitig ist sie eine große Herausforderung. Die Digitalisierung vernetzt alle Bereiche unseres Lebens: Unternehmen, Staat, Arbeitswelt, Bildung, Mobilität, Gesellschaft. Diesen Wandel müssen wir aktiv gestalten – auch, indem wir über bestehende Grenzen hinwegdenken.

Die digitale Revolution kommt

Wir sind zwar Weltmarktführer in den klassischen Technologien. Aber unser Weltmarktanteil bei der IT-Industrie liegt nach aktuellen Zahlen nur bei fünf Prozent. Zum Vergleich: In Japan beträgt der Anteil am Weltmarkt rund acht Prozent, in China knapp zehn, und in den USA sind es 26 Prozent. Das Internet von und für Konsumenten haben

Deutschlands Exportmotor läuft noch auf Hochtouren. Doch wenn wir nicht aufpassen, kann der Wohlstand von morgen rasch verspielt sein.

G7 GERMANY

Der mit TTIP geplante Wegfall von Zöllen, Produktanpassungen und doppelten Prüfverfahren würde die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft stärken.

wir schon an Amerika verloren. Das darf sich bei den industriellen Plattformen nicht wiederholen. Unsere industrielle Stärke ist die beste Voraussetzung, damit wir hier eine Führungsrolle einnehmen können. Die Anstrengungen Bayerns beim Breitbandausbau sind vorbildlich. Aber jenseits von Breitband brauchen wir eine bessere Einbindung der gewerblichen Wirtschaft in die Digitalisierung und die richtige Gründerkultur. Daher hat die vbw 2014 auf Initiative von vbw-Präsident Alfred Gaffal den „Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft" gegründet. Das mit führenden Wissenschaftlern besetzte Gremium wird die technologischen Trends der kommenden Jahre identifizieren sowie Handlungsempfehlungen für Wirtschaft, Wissenschaft und Staat vorlegen, um diese technologischen Trends in einen auch in zehn Jahren wettbewerbsfähigen Standort umzumünzen.

Dies ist auch deshalb wichtig, weil der globale Wettbewerb immer härter wird. Das Gewicht der Schwellenländer in der Weltwirtschaft nimmt zu. Die vbw-Studie Wirtschaft 2040 zeigt: China wird bis 2040 für ein Drittel des weltweiten Wachstums verantwortlich sein. Die bayerischen Exporte nach China haben sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als versechsfacht, inzwischen ist das Land unser zweitgrößter Exportmarkt. Gleichzeitig ist China unser stärkster Wettbewerber auf den Exportmärkten. In Südamerika und Asien entwickeln sich weitere Konkurrenten. Wir stehen aber nicht nur im Wettbewerb mit den Schwellenländern. Unsere Partner in der EU werden durch ihre Reformen wieder wettbewerbsfähiger, und die USA haben sich kraftvoll auf der wirtschaftlichen Weltbühne zurückgemeldet. Diese Entwicklungen sind erfreulich, doch wir müssen uns dem stärkeren Wettbewerb stellen und die Chancen nutzen, die uns die Globalisierung bietet. Die Nachfrage nach Produkten „made in Bavaria" ist ungebrochen.

Die Vereinigten Staaten sind Bayerns wichtigster Exportpartner. Fast zwölf Prozent der bayerischen Ausfuhren gingen 2014 in die USA. Der Warenwert der USA-Exporte lag bei knapp 20 Milliarden Euro. Bayern wird deshalb auch einer der Hauptgewinner des Freihandelsabkommens TTIP sein. Vor allem bayerische Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, Maschinen, Datenverarbeitungsgeräten sowie elektronischen und optischen Erzeugnissen werden von TTIP profitieren. Für Unternehmen, die wegen der hohen Zölle oder anderer technischer Standards den Gang in die USA gescheut haben, eröffnen sich neue Perspektiven. Gerade der mittelständisch geprägte und stark in den USA vertretene bayerische Maschinen- und Anlagenbau profitiert vom Abbau der bisherigen Auflagen für die Einführung von Industrieprodukten. Durch die aktuellen Vorgaben kostet derzeit beispielsweise eine für den US-Markt produzierte Maschine heute fünf bis 20 Prozent mehr als ein vergleichbares für die EU hergestelltes Produkt.

> „Eine Freihandelszone ist eine historische Chance für uns"

Wohlstand für alle

Der Wegfall von Zöllen, bisher notwendigen Produktanpassungen und doppelten Prüfverfahren stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft. Die Unternehmen können ihre Produkte günstiger anbieten, mehr in die Entwicklung neuer Angebote investieren und damit auch Beschäftigung im Freistaat sichern und ausbauen. TTIP eröffnet uns darüber hinaus die Chance, den künftigen Weltmarkt zu gestalten. Auf Grundlage von TTIP können die EU und die USA langfristig gemeinsame Industrienormen und technische Standards entwickeln, die auch den Warenaustausch mit weiteren Handelspartnern prägen werden. Diese historische Chance müssen wir nutzen.

„Wohlstand für alle" – so formulierte einst Ludwig Erhard den Kern seiner Wirtschaftspolitik. Heute müssen wir ergänzen: „Digital und international für alle" – das ist der bayerische Schlüssel zum Erfolg für morgen.

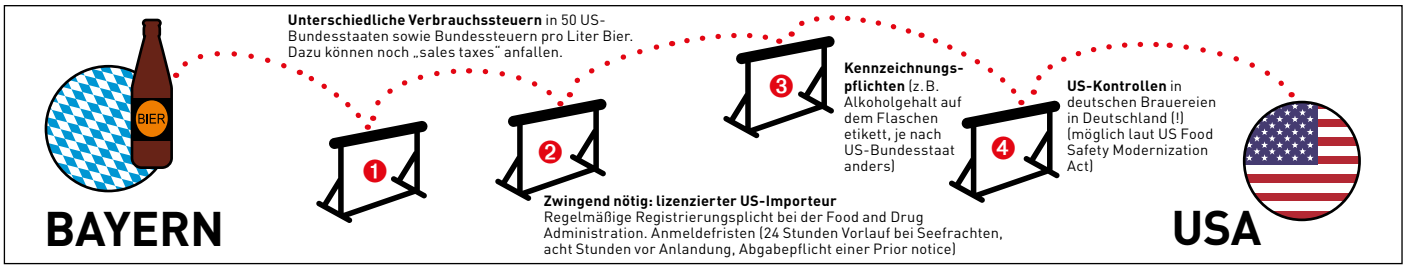
Der Autor ist Hauptgeschäftsführer der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Warum TTIP wichtig ist

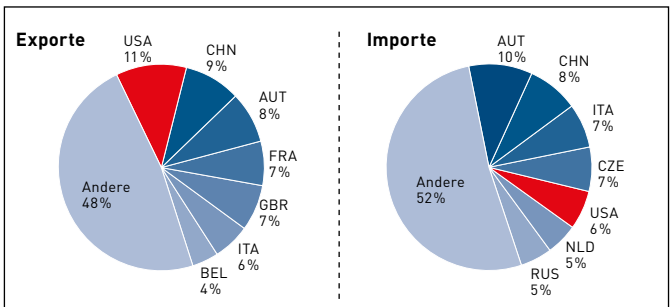
Seit Juli 2013 wird über das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA verhandelt. Handelshemmnisse sollen abgebaut und Wirtschaftsbeziehungen verbessert werden. Mit TTIP würde für 800 Millionen Bürger die größte Freihandelszone der Welt geschaffen, die 50 Prozent der Weltwirtschaft auf sich vereint. Insbesondere für die deutschen Exporteure aus dem Mittelstand wären Handelserleichterungen und Zollsenkungen eine große Hilfe. Viele Arbeitsplätze würden gesichert, weil es sich dann auch kleine Betriebe leisten könnten, ihre Produkte in die USA zu verkaufen. Bayern würde dabei besonders profitieren; 2014 waren die USA mit 11,7 Prozent der zweitwichtigste Exportmarkt.

Kritiker hingegen sehen Gefahren bei der Senkung europäischer Standards in den Bereichen Umwelt- und Verbraucherschutz, Gesundheit, Arbeit und Soziales. Umstritten ist auch der geplante Investorenschutz, der es privaten Unternehmen ermöglichen würde, Staaten vor Schiedsgerichten zu verklagen. Über diese Themen wird derzeit zwischen Europäern und Amerikanern verhandelt. Beim Schutz geografischer Marken hat die EU-Kommission bereits Entwarnung gegeben: Regionale Spezialitäten wie die Nürnberger Rostbratwurst oder der Allgäuer Emmentaler werden nicht gefährdet.

Welche Hürden eine Flasche bayerisches Bier bei ihrem Weg in die USA überspringen muss

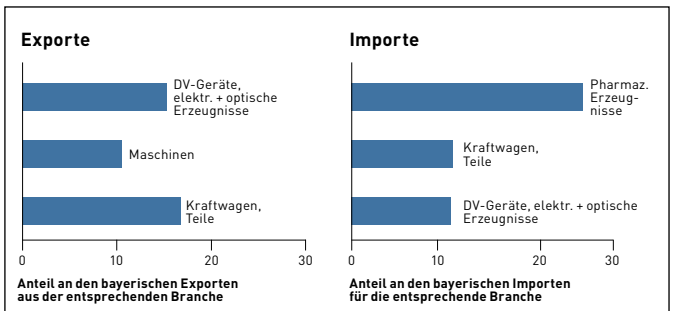


Handelsbeziehungen Bayern zu den USA



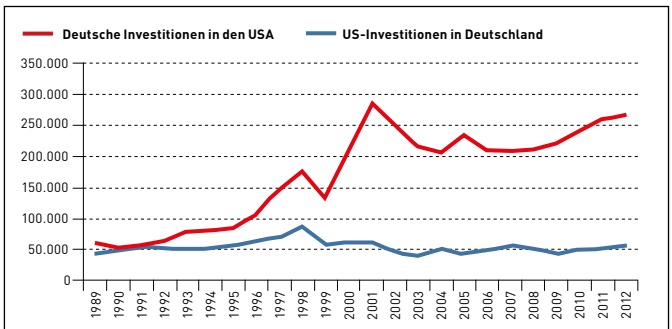
Anteil an den gesamten Warenexporten bzw. Warenimporten Bayerns 2013 in Prozent;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln

Bedeutung der USA für die einzelnen Branchen in Bayern



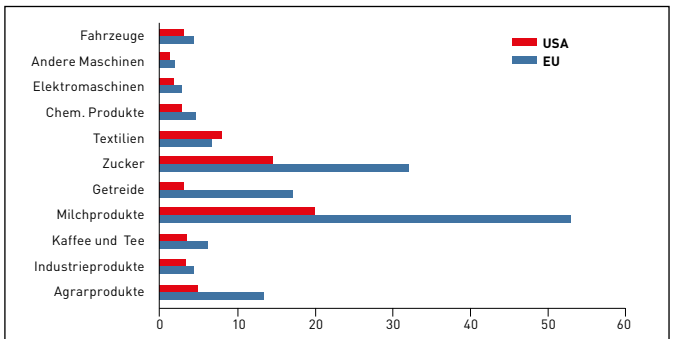
Anteil an den gesamten Warenexporten bzw. Warenimporten Bayerns 2013 in Prozent;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln

Deutsche Direktinvestitionen in den USA



Bestandsangaben in Millionen Euro;
Quelle: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln

Zollsätze zwischen den USA und der EU



2013, einfache Durchschnitte;
Quelle: WTO, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln

Wie Putins **Neo-Imperialismus** Russland isoliert und in eine **KRISE** stürzt

Bittere Bilanz beim Neuordnungsversuch Europas.

Die Folgen der westlichen Sanktionen, der niedrige Ölpreis und alte Strukturprobleme haben die russische Wirtschaft in eine tiefe Krise gestürzt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist offiziellen Angaben zufolge im Vergleich zum Vorjahreszeitraum in den ersten drei Monaten um volle zwei Prozent zurückgegangen – während der Rest Europas einen anziehenden Aufschwung meldet.

Ministerpräsident Dmitrij Medwedew machte insbesondere die Sanktionen des Westens im Ukraine-Konflikt für die schlechte Entwicklung verantwortlich. Demnach drohen Russland wegen der Sanktionen im laufenden Jahr Verluste von etwa 75 Milliarden Euro. Erstmals seit 2009 sei das BIP in einem ersten Quartal wieder geschrumpft. „Die negativen Tendenzen setzen sich dieses Jahr fort“, sagte Medwedew vor Abgeordneten in Moskau. Für das Gesamtjahr erwartet die russische Regierung einen Rückgang des BIP um drei Prozent. Die Weltbank sagt Russland dieses Jahr sogar einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 3,8 Prozent voraus.

Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew hatte eine Inflationsrate von zwölf Prozent prophezeit; die Kapitalflucht wird laut Regierungsprognose bei 115 Milliarden Dollar liegen.

Die Wirtschaft in Russland leidet besonders unter dem starken Einbruch des Ölpreises seit vergangenem Sommer. Das Land bezieht einen großen Teil seiner staatlichen Einnahmen aus dem Ölexport.

In der jetzigen Krise zeigt sich, dass Russlands Volkswirtschaft sich viel zu stark auf Rohstoffgeschäfte konzentriert hat. Die industrielle Basis und die technologische Innovationsfähigkeit sind dagegen international kaum wettbewerbsfähig. Obendrein schafft Russland aus politischen Gründen keine grundlegenden Reformen, größere Anreize für Investoren, mehr Freiheiten für Unternehmer und weniger Staatseingriffe. Der eiserne Zugriff der Führung auf die Machtzentralen im Land verhindert den Aufbruch in eine liberalere Gesellschaft. Durch die neo-imperialistische Außenpolitik hat sich dieser Trend sogar noch verstärkt.

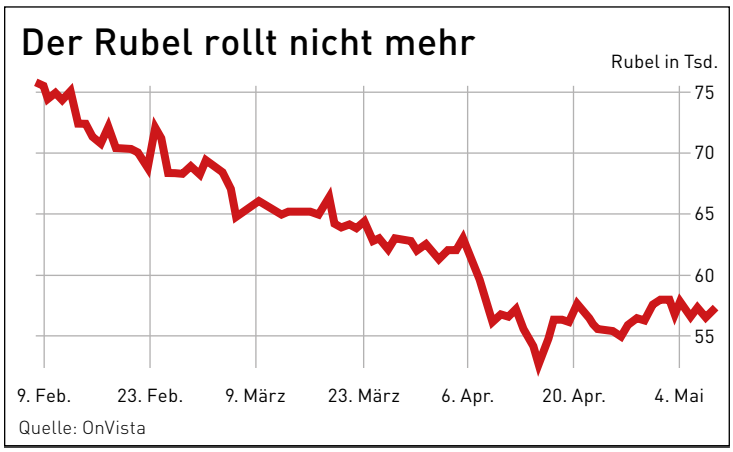
Russlands Präsident Putin versucht, mit Optimismus gegen eine drohende Abwärtsspirale anzureden. Im russischen Fernsehen erklärt er, die russische Wirtschaft erhole sich: „Experten glauben, dass wir den Höhepunkt der Krise überwunden haben.“ Putin verweist dabei auch auf die Stabilisierung des Rubels und die leichte Erholung des Ölpreises.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ allerdings bleibt skeptisch: „Die Ukraine-Katastrophe lähmt Russland auf zwei Arten, die nicht nur die Baisse verstärken, sondern dauerhaft das Potentialwachstum drücken können: erstens durch die Sanktionen und zweitens durch die innenpolitische Eiszeit, die Eiszeit in den Köpfen, mit der die Russen den gefühlt zurückgewonnenen Weltmachtstatus bezahlen müssen – ganz abgesehen von den praktischen Kosten des schwachen Rubels und der zweistelligen Inflationsraten.“ ■

Seit den EU-Sanktionen sind westliche Lebensmittel selten geworden. Und die Preise steigen selbst für Milch deutlich.

6 Mrd.

Dollar kostet Russland allein die Finanzierung der Krim jedes Jahr, meint Ex-Finanzminister Alexej Kudrin.



Putins Politik ist brandgefährlich

Der langjährige Moskau-Korrespondent warnt vor der Strategie des russischen Präsidenten.

Boris Reitschuster, von 1999 bis 2015 Leiter des Moskauer Büros des „Focus", Autor des Bestsellers „Putins Demokratur".

Von Boris Reitschuster

Im 21. Jahrhundert lösen sich die Grenzen zwischen Krieg und Frieden auf. Kriege werden nicht mehr wie früher erklärt, sondern verlaufen nach „ungewohnten Mustern". In Monaten, ja Tagen lässt sich ein „blühender Staat in eine Arena für erbitterte bewaffnete Auseinandersetzungen verwandeln", zum „Opfer einer ausländischen Intervention" machen und „in Chaos, humanitäre Notlage und Bürgerkrieg" versenken. Es sind nicht Putins Kritiker, die so das Vorgehen Moskaus in der Ukraine kritisieren – es war Putins oberster Krieger, Generalstabschef Walerij Gerassimow, der mit diesen drastischen Worten die neuen, „nichtlinearen" Formen der Kriegsführung beschrieb – im Januar 2013, ein Jahr vor Putins Angriff auf die Ukraine.

Politische Ziele seien heutzutage nicht mehr mit konventioneller Feuerkraft allein zu erreichen, so der Generalstabschef. Nötig für den Sieg seien vielmehr auch der „breit gestreute Einsatz von Desinformationen, von politischen, ökonomischen, humanitären und anderen nichtmilitärischen Maßnahmen." Militärische Maßnahmen indes müssten einen „verdeckten Charakter" haben: der hybride Krieg.

Im Westen ziehen es viele vor, wegzusehen. Da wird vor einer „Wiederkehr des Kalten Krieges" gewarnt, wo der Kreml in Wirklichkeit bereits einen heißen Krieg in der Ukraine führt – und einen Informationskrieg gegen uns im Westen.

Anfangs reichten noch Possen

Seit seinem Amtsantritt im Kreml 1999 hat Wladimir Putin, dessen Großvater Koch bei Stalin war, regelmäßig mit dem Schüren von außenpolitischen Aggressionen und Ängsten von den massiven inneren Problemen in seinem Riesenreich abgelenkt, von der Armut und der sozialen Ungerechtigkeit. Anfangs reichten dazu noch Possen aus wie der „Denkmalkrieg" mit Estland, als die Moskauer Propaganda die Verlegung eines Kriegerdenkmals in Tallinn als einen Angriff auf Russland darstellte.

2008 ließ Moskau dann seine Truppen in das Nachbarland Georgien einmarschieren. Als nach

dem Wahlbetrug 2011 und 2012 hunderttausend Menschen gegen Putin auf die Straße gingen und seine Beliebtheitsrate auf 40 Prozent fiel, war abzusehen: Der Kremlherr wird sich wieder in ein außenpolitisches Abenteuer stürzen, um von den inneren Problemen abzulenken.

Der unblutige Sturz des korrupten Janukowitsch-Regimes 2014 war dann der willkommene Anlass für den längst geplanten Angriff. Bei ihrem Überfall auf die Krim nutzten Putins Krieger Methoden aus der Giftküche von KGB und Roter Armee: Einen Flughafen eroberten sie, indem ein Transportflugzeug gefälschte SOS-Signale aussendete – und dann nach der vermeintlichen Notlandung die mitgeflogenen Sondereinsatzkräfte das ukrainische Bodenpersonal überwältigen. Das Regionalparlament der Krim wurde von Bewaffneten besetzt, die kritischen Abgeordneten keinen Zugang mehr gewährten.

Wenig später ließ Putin seine Männer, als „Urlauber" getarnt, in der Ostukraine einmarschieren. Im Inland wurde er wieder zum Volkshelden, die Zustim-

Putin demonstriert militärische Stärke und zeigt sich gern mit Militärs.

mung stieg von 40 auf weit über 80 Prozent. Die Medien schüren Hurra-Patriotismus und Nationalchauvinismus, schwören die Menschen auf Krieg ein.

Vieles spricht dafür, dass seine Macht und sein Reichtum für Putin oberste Priorität haben – doch er ist sich bewusst, dass er sie nur mit einer aggressiven Außenpolitik sichern kann. Mit einer Stärkung von Russlands internationalem Einfluss – und vor allem mit einer Aushebelung des Rechts: Nachdem er bereits im Inland die Gesetze zur Farce und zum Kampfmittel gegen seine Gegner gemacht hat, will Putin jetzt auch das internationale Recht aushebeln. Verträge sind für ihn und seine KGB-Genossen nur Papier – wie etwa das Budapester Memorandum, in dem Russland der Ukraine die Integrität garantierte als Ausgleich für Kiews Verzicht auf Atomwaffen.

Er will eine neue Weltordnung

Wir haben es mit einem grundlegenden Angriff auf unser System zu tun. Auf unsere Werte wie Freiheit, Demokratie, Meinungsfreiheit, Menschenrechte und Rechtsstaat. Putin verachtet sie zutiefst. Er will die USA – und mit ihr die westlichen Werte – aus Europa zurückdrängen und selbst das Sagen haben auf unserem Kontinent. Er will eine neue Weltordnung, in der Faustrecht das Völkerrecht ersetzt. Er bastelt an einer neuen „Internationalen" – der Anti-Demokraten, der Radikalen, links wie rechts: „Demokratie-Feinde aller Länder, vereinigt euch." Wert- und ideologiefrei kämpft der gelernte KGB-Mann um Einflusszonen, um Geld, Macht und Land.

Die Gefahr ist eine Chance

Putin möchte Russland wieder zu einem Weltreich machen und sich selbst damit zum unangefochtenen Retter der Nation, dem die Russen dafür nachsehen, dass er mit einer kleinen Clique von Freunden mit dubiosen Methoden das Land privatisiert hat. Dass er die Armut und soziale Ungerechtigkeit nicht einmal mehr in Sonntagsreden bekämpft.

Wir müssen aufhören, Putins Russland schönzureden. Wir müssen verstehen, warum seine Propaganda bei uns so erfolgreich ist: Weil wir unsere Hausaufgaben nicht gemacht haben, weil wir

Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte als etwas Gottgegebenes annehmen. Weil wir kaum bemerken, dass sie zunehmend in Gefahr geraten – gerade auch durch Missstände und Fehlentwicklungen vor unser aller Augen. Putin hält uns mit seiner Aggression den Spiegel vor. Sie ist damit nicht nur Gefahr – sondern auch Chance. Dass wir uns auf unsere Werte besinnen und sie verteidigen. Wir haben die Freiheit nach dem Zweiten Weltkrieg geschenkt bekommen. Doch nur wer sie schätzt und sich für sie einsetzt, hat sie auch verdient – und wird sie dauerhaft behalten. ■

Wird linke GEWALT unterschätzt?

Das Blutbad von Frankfurt hat Deutschland schockiert. Doch die politische Linke setzt Straßengewalt systematisch ein – und verharmlost hinterher.

Immer häufiger muss die Polizei gegen linksextreme Schlägertrupps einschreiten. Über 1.000 Gewalttaten von Linken meldet der Verfassungsschutz pro Jahr – auch versuchte Tötungen sind dabei.

Frankfurt im März. 150 verletzte Polizisten, Dutzende Festnahmen und laut Einsatzleiter „rund 4.000 hemmungslose Straftäter". Mehrere Polizeiautos, sogar eines, in dem noch eine Beamtin saß, wurden in Brand gesetzt, Passanten mit Steinen beworfen, voll besetzte Straßenbahnen „befeuert", ebenso Feuerwehrleute und Rettungskräfte im Einsatz. Der Mob stoppte nicht mal vor einer Flüchtlingsunterkunft, in der traumatisierte Jugendliche leben. „Das Ausmaß der Gewalt hat in seiner Geballtheit eine neue Qualität erreicht", sagte der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt. Angesichts der Gewaltexplosion bei der Eröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt im März 2015 fragt man sich, ob linksextremistische Gewalt nicht grundsätzlich unterschätzt wird. Denn wie hätten wohl die Schlagzeilen ausgesehen, wenn die Täter Rechtsextreme gewesen wären?

Die wichtigsten linksextremen Antriebsfedern sind Antifaschismus („Antifa"), Antiglobalisierung (G7-Gegner), Antikapitalismus („Blockupy") und Antirepression („Rote Hilfe"). Dazu kommen weitere Felder wie Antigentrifizierung, („Rote Flora Hamburg") oder Antimilitarismus (Proteste gegen Münchner Sicherheitskonferenz) und Antizionismus, Letzteres meist als Feigenblatt für Antisemitismus. 27.700 Deutsche wurden 2013 vom Bundesamt für Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuft, 6.900 davon als gewaltbereit. Diese Zahl liegt klar über den 21.700 Rechtsextremisten, davon aber 9.600 gewaltbereite. Rechtsextremisten begehen auch deutlich mehr Straftaten (16.557), allerdings sind 11.680 davon Propagandadelikte wie Hassschriften, Hitlergruß und Hakenkreuzschmierereien. Linke Propaganda ist im Gegensatz dazu nicht strafbar, obwohl man etwa in München oder in Nürnberg vielerorts entsprechende Graffitis sieht. Strafbar ist, den Massenmörder Hitler zu verherrlichen, nicht jedoch seine Kollegen Mao, Stalin oder den vielhundertfachen Mörder der Che Guevara.

Von den 4.877 übrigen rechtsextremistischen Straftaten waren 801 Gewalttaten, von den 4.491 linksextremistischen Straftaten 1.110. Darunter waren auch drei versuchte Tötungen (2012: acht).

Dr. Florian Herrmann, Innenpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion:
„Die CSU ist Extremismus jeder Art, von rechts wie von links, schon immer entschieden entgegengetreten. Während es in ganz Deutschland Programme gegen Rechtsextremismus gibt und auch der Freistaat Bayern mit seiner Aufklärungsarbeit in diesem Bereich sehr erfolgreich ist, fehlt in Deutschland vor allem eins: Die von der SPD-Ministerin Manuela Schwesig eingestellten Programme gegen Linksextremismus. Die brauchen wir dringend, wie die linksextremen Ausschreitungen in Frankfurt gezeigt haben."

Bei den Krawallen zur Eröffnung der EZB-Zentrale wurde die Frankfurter Innenstadt zum Schlachtfeld – fast 100 Polizisten wurden teilweise schwer verletzt.

Der Verfassungsschutz zählt inzwischen 27.000 Linksextremisten

Die Zahl der politisch links motivierten Gewalttaten ist gestiegen, von 1.200 im Jahr 2001 auf 1.659 im Jahr 2013. Ein Drittel davon wurde aber nicht den Linksextremisten zugeordnet. „Hauptträger linksextremistischer Gewalt sind die Autonomen“, so der Verfassungsschutzbericht. Hauptziele waren Polizisten (632 Gewalttaten) und Rechtsextreme (566).

2010 stellte die damalige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) zwei Millionen Euro für Projekte gegen Linksextremismus zur Verfügung, 24 Millionen Euro, also das Zwölffache, gegen Rechtsextremismus. Sie führte eine Klausel ein, die alle Geförderten zum Bekenntnis zur demokratischen Grundordnung verpflichtete. Dagegen erhob sich ein ungeheurer Proteststurm von links. Eine der ersten Amtshandlungen von Schröders Nachfolgerin Manuela Schwesig (SPD) war es, 2014 den Linksextremismus zum „aufgebauschten Problem“ zu erklären sowie die Klausel und die Mittel gegen Linksextremismus zu streichen. Aber gerade im Bereich Antifaschismus treiben sich viele Linksextremisten herum! Nach den Frankfurter Krawallen kritisierte der CSU-Fraktionschef im Bayerischen Landtag, Thomas Kreuzer: „Mehr als 150 verletzte Polizisten durch ein aufgebauschtes Problem? Willkommen in der Realität des linksextremen, gewaltbereiten Mob! Frau Schwesig hat gezeigt, dass sie auf dem linken Auge blind ist.“

Aufhorchen ließ kürzlich eine Studie des Berliner Politikwissenschaftlers Klaus Schroeder, wonach linksextreme Ansichten in der Bevölkerung weit verbreitet sind. Wird der Linksextremismus also unterschätzt? Hubertus Knabe, Direktor der Stasi-Opfer-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, ist sich da sogar sicher: „Der Linksextremismus wird in Deutschland merkwürdig kleingeredet – und oft genug sogar gerechtfertigt.“ Auch an Universitäten und Schulen gebe es kaum kritische Auseinandersetzungen damit. Typisch sei, was Linken-Fraktionschef Gregor Gysi kürzlich erklärte: dass sich Rechtsextremismus immer gegen Schwache wende, Linksextremismus aber gegen Starke, weshalb er zwischen beiden einen Unterschied mache. Linke Schläger sind also ehrenhafter als rechte? Der Extremismusforscher Eck-

Hubertus Knabe, Direktor der Stasi-Opfer-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen:
„Der Linksextremismus wird in Deutschland merkwürdig kleingeredet – und oft genug sogar gerechtfertigt.“

Unter dem Mantel von vermeintlichen Protestbewegungen versammeln sich immer häufiger gut organisierte Schlägergruppen der linksextremen Szene.

hard Jesse antwortet: „Der weiche Extremismus der Partei Die Linke kann für den demokratischen Verfassungsstaat gefährlicher sein als der harte Extremismus der NPD."

Blickt man auf die Entwicklung der linksextremistischen Taten der vergangenen Jahre, so fällt jede Maske der Ehrbarkeit. „Linksextremisten nehmen bei ihren Ausschreitungen Todesopfer immer wieder billigend in Kauf", so der Bonner Politikwissenschaftler Harald Bergsdorf. Bei einer linken Kundgebung 2012 in Magdeburg schlug eine von einem fünfstöckigen Haus geworfene massive Betonplatte einen Meter neben Polizisten ein, ähnlich 2014 bei linker Randale in Dortmund. Bei einer linken Demonstration in Nürnberg 2012 stachen zwei Personen mit einer jeweils zwei Meter langen angespitzten Fahnenstange in Kopfhöhe gezielt nach Polizisten. Eine Serie von Brandanschlägen auf die Bahn hält Berlin seit 2011 in Atem. Dabei wurden Kabel beschädigt, die Signalanlagen und Weichen regelten, um Kollisionen oder Entgleisen von Zügen zu verhindern.

Die Ausschreitungen zur „Roten Flora" in Hamburg 2013 gehörten zu den schwersten seit den 80er Jahren. Mehr als 160 Polizeibeamte wurden verletzt. Demonstranten warfen Steine, Flaschen, Holzlatten, Pyrotechnik und zerbrochene Gehwegplatten auf Polizisten. Es gab Angriffe auf Polizeiwachen. Dabei erlitt ein 45 Jahre alter Beamter einen Kiefer- und Nasenbeinbruch, als ihm ein Stein aus nächster Nähe ins Gesicht geschlagen wurde. Auf der Website der Linksextremen linksunten.indymedia.org folgte ein Blick in die Zukunft: „Unsere Hypothese für die Flora-Räumung: 200 Leute, 400 Mollis und dazu 50 GenossInnen mit Zwillen, je 15 Schuss Stahlkugeln – und die Bullen werden den Abstand einhalten, der geboten ist. Zweitausend bewaffnete, mit Hand- und Schnellfeuerwaffen – und die Bullen werden das Viertel verlassen. (...) Irgendwann werden wir schießen müssen. Das ist unvermeidlich."

Im Januar 2015 bewarfen 600 Linksextreme in Leipzig einen Polizeiposten mit Pflastersteinen. Sie konnten nicht wissen, dass Sicherheitsglas die zwei anwesenden Polizisten vor den schweren Wurfgeschossen schützte. „Für die beiden Beamten war es die pure Hölle", so der Polizeipräsident. Zudem legten die Angreifer Krähenfüße auf den Straßen gegen Polizeiautos aus. Sie hätten aber auch einen Rettungswagen im Einsatz für das nahe Krankenhaus treffen können oder das Auto einer Familie mit Kindern. Berlin 2015: Neubauten auf einer zuvor von Linksextremen genutzten Fläche werden attackiert. „Hier wohnt ein Kind", malt später ein Vater auf ein Fenster, das von 24 je sechs Millimeter dicken Stahlkugeln getroffen wurde. Und zuletzt Frankfurt mit den gut organisierten Blockupy-Attacken.

Politikwissenschaftler Harald Bergsdorf:
„Mit beiden Augen sieht man besser."

Auch die linksextreme Terrorgruppe Rote Armee Fraktion (RAF) startete einst mit Sachbeschädigung und Brandstiftung, später ermordete sie kaltblütig 34 Menschen. Eine RAF ist derzeit nicht zu erkennen, da sind sich alle Experten einig. Einige glauben jedoch, dass ein Ereignis wie 1968 der Tod des Studenten Benno Ohnesorg oder 2001 der Todesfall beim G8-Gipfel in Genua die Szene wieder radikalisieren könnte. Was bleibt, sind die Angriffe auf Polizisten, die als Vertreter des „Schweinesystems" als „pigs" und wegen ihrer Schutzausrüstung als „Robocops" entmenschlicht und für Linksextreme zu Zielen jeder Art von Gewalt werden – bis hin zur Tötung.

Dass unter der Polizeiuniform Familienväter, Brüder, Söhne stecken, wird ausgeblendet. „Wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, (...) und natürlich kann geschossen werden", so sah es bereits die RAF-Terroristin Ulrike Meinhof 1970. Politikwissenschaftlerin Bettina Blank vom Verfassungsschutz Baden-Württemberg sieht eine weitere Gefahr des Linksextremismus in der „Machtergreifung über die Köpfe". Dem stimmt Karsten Hoffmann, Polizist und Politikwissenschaftler an der Universität Hamburg, zu: „Wir registrieren täglich Drohungen und sogar Körperverletzungen gegen Menschen, deren Meinung den Aktivisten nicht in den Kram passt. Sollte nicht bald ein Sinneswandel stattfinden, könnte die Zahl politischer Gewalttaten ein kritisches Maß erreichen."

Gewalttaten von Rechts- und Linksextremisten lassen sich nicht gegeneinander aufrechnen, ihre Gewalt hat nie ehrbare Ziele. Was in Wissenschaft, Schule und Politik aber wieder erforderlich ist, ist die kritische Auseinandersetzung mit jeder Art von Extremismus. „Mit beiden Augen sieht man besser", mahnt Harald Bergsdorf. Die Rufe nach einem starken Mann hört man besonders in schwachen Staaten. Daher muss auch klar sein: Ohne Innere Sicherheit gibt es keine Freiheit. In der Auflösungserklärung der RAF von 1998 stand ein Zitat von Rosa Luxemburg, das uns heute noch zur Wachsamkeit mahnt: „Die Revolution sagt: Ich war, ich bin, ich werde sein."

Andreas von Delhaes-Guenther, Wolfram Göll

GEMEINSAM

Die Airbus Group ist ein führendes Unternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie mit den drei Divisionen Airbus, Airbus Defence and Space und Airbus Helicopters. Jede Division bietet technologische Spitzenprodukte und dazugehörige Dienstleistungen. Diese maßgeschneiderten Lösungen geben unseren Kunden weltweit entscheidende Entwicklungs- und Wachstumsimpulse. Besuchen Sie www.airbusgroup.com

Airbus Group. We make it fly.

AIRBUS
GROUP

Unsere POLIZEI ist gut vorbereitet

Wie schützt der Freistaat seine internationalen Staatsgäste beim G7-Gipfel? Mit Bayerns Innenminister Joachim Herrmann sprach Andreas von Delhaes-Guenther.

Herr Innenminister, nach den Ausschreitungen am Rande der EZB-Feier in Frankfurt: Wie sicher wird der G7-Gipfel auf Schloss Elmau am 7. und 8. Juni?
Herrmann: Wir tun alles dafür, damit sich unsere internationalen Gäste bei uns wohlfühlen und sicher tagen können. Die gewalttätigen Ausschreitungen in Frankfurt haben allerdings gezeigt, dass es schon erhebliche Bedrohungen durch solche Chaoten gibt.

Wie viele Polizisten werden den Gipfel schützen?
Dank der Unterstützung aus den anderen Ländern und vom Bund werden es in der Spitze rund 17.000 Polizisten sein. Dazu kommt, dass die österreichische Polizei die Sicherheitslage auf ihrer Seite im Blick hat, da der Tagungsort nahe der Landesgrenze liegt.

Wie läuft die Zusammenarbeit mit den österreichischen Nachbarn?
Unsere Kooperation hat sich schon bei der Fußball-WM 2006 oder der EM 2008 bewährt. Das gilt im Alltag, aber auch für den G7-Gipfel. Darüber hinaus werden an den deutschen Außengrenzen durch den Bundesinnenminister temporär wieder Grenzkontrollen bei der EU angemeldet. Schon weil sich bei der EZB-Randale in Frankfurt gezeigt hat, dass allein aus Italien rund 1.000 Krawallmacher angereist sind.

Welche Maßnahmen werden innerhalb der etwa vier Quadratkilometer großen inneren und äußeren Sicherheitszone um das Schloss Elmau getroffen?
In der inneren Sicherheitszone 1 – Schlosshotel und unmittelbare Umgebung – kümmert sich das Bundeskriminalamt um die ganz persönliche Sicherheit und den Schutz der Tagungsteilnehmer, auch gegenüber möglichen Attentatsversuchen. Hier kommt man nur mit einem besonderen Ausweis herein. In der äußeren Zone 2 ist der Zugang ebenfalls beschränkt und wird von der Bayerischen Polizei kontrolliert. Wir legen Wert auf hohe Sicherheitsvorkehrungen. Es geht hier schließlich nicht nur um die Frage von Demonstranten und Chaoten, sondern auch um die Gefährdung durch internationale Terroristen.

Um den äußeren Sicherungskreis gibt es einen 2,3 Meter hohen und sieben Kilometer langen Zaun.
Ich habe von Anfang an gesagt, dass wir kein Bollwerk wie in Heiligendamm 2007 errichten, entsprechend wird hier auch kein Beton gegossen. Es ist ein ganz normaler Maschendrahtzaun, der anschließend für Straßenbaumaßnahmen oder im Gebirge gegen herabfallende Steine wiederverwendet werden kann. Die Umzäunung hat in der dicht bewaldeten Gegend ein wesentliches Ziel: Niemand soll sagen können, er habe nicht bemerkt, dass er in den Sicherheitsbereich eingedrungen ist.

Kommen auch Kameras zum Einsatz?
Selbstverständlich kommt auch moderne Überwachungstechnik zum Einsatz, das können auch Wärmebild- oder Infrarotkameras und Ähnliches sein.

Die Strecke über Mittenwald nach Österreich ist stark befahren. Werden in diesem Bereich Straßen gesperrt?
Alle Orte werden für die Anwohner grundsätzlich frei anfahrbar bleiben. Natürlich haben wir im Vorfeld anreisende Chaoten im Blick, und die Polizei wird gezielte Kontrollen vornehmen. Langfristige Straßensperrungen sind nicht beabsichtigt, kurzfristig kann es aber dazu kommen, etwa wenn Staatsgäste anreisen. Am 7. und 8. Juni empfehlen wir, schon zur Entlastung des Verkehrsnetzes, Fahrten, die nicht unbedingt notwendig sind, zu vermeiden und einen Bogen um die Region zu machen. Zurückkehrende Italien-Urlauber werden bereits im Inntal entsprechende Verkehrshinweise finden.

Wird die Bahnstrecke Garmisch–Mittenwald gesperrt, da mittels einer Notbremsung dort viele Demonstranten nahe an den Sperrkreis herangeführt werden könnten?
Voraussichtlich wird aus Sicherheitsgründen an den beiden Gipfeltagen die Bahnstrecke temporär gesperrt werden müssen. Gemeinsam mit der Deutschen

„Wir werden bis zu 17.000 Polizisten einsetzen, um für alle die Sicherheit zu gewährleisten

Joachim Herrmann ist seit 1994 Mitglied des Bayerischen Landtags und seit 2007 Bayerischer Innenminister. Er organisiert die Sicherheit rund um den G7-Gipfel.

Bahn wollen wir die Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger aber so gering wie möglich halten. Daher wird ein entsprechender Schienenersatzverkehr mit Bussen geplant.

In linken Internetforen kann man wieder aggressive Sprüche bezüglich des G7-Protestes lesen. Befürchten Sie gewalttätige Ausschreitungen wie in Frankfurt?
Nein, ich hoffe nicht, dass es dazu kommt. Die Polizei muss aber auf entsprechende Versuche gewaltbereiter Gipfelkritiker vorbereitet sein – und sie ist es. Wir garantieren jedem Bürger sein friedliches Demonstrationsrecht, das gehört zum Selbstverständnis im demokratischen Rechtsstaat. Gewalt wie in Frankfurt gehört nicht dazu. Das werden wir auf jeden Fall sofort und nachdrücklich unterbinden.

In München wurde für den Vortag des Gipfels eine große Demonstration angekündigt, dazu ein „Gegengipfel" und viele weitere Proteste in Garmisch-Partenkirchen, Mittenwald und Klais. Wie rüstet sich Bayern gegen den Schwarzen Block?
In München sehen wir das derzeit überwiegend nicht so problematisch. Nach dem derzeitigen Kenntnisstand sind dort die Veranstalter, die besonderen Wert auf Gewaltfreiheit legen. In Garmisch-Partenkirchen sind aber auch Anmelder mit Verbindungen zu gewalttätigen Kreisen. Die Auflagen für dortige Demonstrationen erteilt das Landratsamt Garmisch-Partenkirchen. Es wird sich noch zeigen, ob weitere Veranstaltungen zum G7-Gipfel angemeldet werden, die wir begleiten müssen. Klar ist jedenfalls, dass wir eine Blockade von Straßen wie in Frankfurt nicht zulassen werden.

Nehmen wir an, der Casus Belli, der „Kriegsfall", tritt ein. Wie wird mit Gewalttätern verfahren?
Wird ein Gewalttäter auf frischer Tat beobachtet, wird er sofort festgenommen und, je nach Lage der Dinge, so schnell wie möglich dem Haftrichter vorgeführt. Es werden Ermittlungsrichter im gesamten Veranstaltungsbereich in Bereitschaft sein. Das gilt vom Flughafen über München bis nach Garmisch-Partenkirchen und Mittenwald.

Was geschieht bei unangemeldeten Demonstrationen, Sitzblockaden oder Aktionen wie Paraglidern oder Drachenfliegern? Ist die Polizei darauf vorbereitet?
Ja. Die Polizei ist alle Konstellationen in der Einsatzplanung durchgegangen und hat sich gut vorbereitet. Unsere Strategie setzt vor allem auf Deeskalation. Wir wollen, dass friedliche Demonstranten nicht provoziert werden, sind aber auf gewalttätige Angriffe vorbereitet. Das gilt auch im Hochgebirge: Unsere Polizisten, insbesondere aus den Inspektionen Garmisch-Partenkirchen oder Mittenwald, haben fast alle alpine Erfahrungen.

Welche anderen Vorkehrungen wurden getroffen, wenn es zu Ausschreitungen oder Verhaftungen kommen sollte?
Es wird neben den Polizeikräf-

Die Bayerische Polizei koordiniert den Großeinsatz weiträumig. Sogar ein G7-Gipfel-Bürgertelefon ist freigeschaltet. Über die kostenfreie Rufnummer 0800-77 66 330 hat man die Möglichkeit, Fragen an die Polizei zu stellen.

ten eine große Anzahl von Rettungsdiensten und Feuerwehren in Bereitschaft sein, etwa wenn versucht wird, etwas in Brand zu setzen. Es werden auch Sanitäter unterwegs sein, die Hitzegeschädigten helfen können, wenn es ein heißer Sommertag sein sollte. Krankenhäuser, Gerichte und Behörden sind ebenfalls bereit.

Beim Frankfurter Krawall gegen die EZB-Einweihung wurde die Feuerwehr beim Löschen behindert.
Sie können sicher sein, dass wir auch im Blick haben, unsere Rettungskräfte zu schützen.

Die Frankfurter Polizei sah insbesondere in den Camps ein Rückzugsgebiet für Gewalttäter, einen Hort für improvisierte Waffen und die Planung von Straftaten. Wird es solche Einrichtungen in Bayern geben? Zuletzt hieß es, die G7-Gegner hätten eine Wiese am Ortsrand von Garmisch für ein 1.000-Mann-Camp gepachtet.
Wir haben die Gemeinden und die Grundstücksbesitzer vor Ort auf die Gefahren solcher Camps hingewiesen. Nicht nur, dass sie oft genug die Quelle gewalttätiger Ausschreitungen waren, wie in Gorleben, Heiligendamm oder auch beim NATO-Gipfel 2009. Auch wurden Schäden oder Pachtzahlungen nicht immer von den Mietern bezahlt. Aber letztlich liegt die Entscheidung in der Verantwortung der Eigentümer. Das Landratsamt und die Polizei werden natürlich mögliche Auflagen für die Camps genau prüfen, etwa im Hygiene- oder Umweltbereich.

Funktioniert denn der Digitalfunk in der Region bereits?
Ja, er ist schon voll einsatzfähig und belastbar, auch wenn mehrere Hundert Einsatzkräfte zugleich funken.

Könnte die Polizei ein weiteres Großereignis in Bayern, wie eine Naturkatastrophe, absichern?
Die Polizei im Freistaat hat die höchste Personalstärke erreicht, die es jemals gab, wir sind also personell gut aufgestellt.

Aus der Bevölkerung hört man immer wieder die Frage: Warum werden solche Gipfel nicht auf gut zu schützenden Inseln abgehalten?
Ja, das ist richtig, aber ich habe den Ort nicht ausgewählt, sondern die Kanzlerin. Rein unter Sicherheitsaspekten betrachtet wäre natürlich die Insel Herrenchiemsee besser geeignet gewesen. Aber das erschien der Kanzlerin nicht das richtige Ambiente für die Themen, um die es auf dem Gipfel geht, wie Umweltprobleme oder die Zukunft der Menschen in Afrika.

So profitiert die Region

Zum Anlass des Gipfels hat Bayern das **Digitalfunknetz** im Oberland deutlich ausgebaut. Auch der Breitbandausbau ist vorangetrieben worden. Davon profitieren die Oberbayern, auch wenn der Gipfel wieder vorbei ist. In Bauprojekte in der Region ist ebenfalls einiges investiert worden. Die Gemeinden rund um den Tagungsort haben neue **Trink- und Abwasserleitungen** erhalten, auch die Restauration der Ortskerne und Bahnhöfe ist beschleunigt worden. Allein das Dorf Krün hat mehr als neun Millionen Euro vom Freistaat erhalten.

Zudem bekommen die Gemeinden Mittenwald und Krün Zuschüsse für neue **Feuerwehrausrüstung**. Auch die Gemeinde Wallgau darf sich über eine neue Umfahrung freuen. Der Isartaler Tourismus-Verbund **„Alpenwelt Karwendel“** meldet ebenfalls Projekte im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel: den erweiterten Anschluss des Elmauer Hochtals an das öffentliche Wasser- beziehungsweise Kanalnetz sowie die Erneuerung des Asphaltbelages der Zufahrtsstraße via Klais.

Die **Renovierung des Krüner Bahnhofs** begann bereits im August 2014. Auch soll der barrierefreie Ausbau des Bahnhofs Mittenwald erfolgen. Daneben sollen die Vorplätze der beiden Rathäuser in Krün und Mittenwald zeitgemäß modernisiert werden. Zudem soll die Verbindung nach Elmau von Mittenwald über die Lauterseestraße im Zuge der Baumaßnahmen für den G7-Gipfel ertüchtigt werden. Auch lokale Bauunternehmen profitieren durch die erhöhte Auftragslage vom G7-Gipfel.

Tourismusexperten erwarten für diesen Sommer einen **deutlich größeren Gästeandrang** in die Region, weil viele Touristen sich auf den Gipfelpfaden der Prominenten bewegen wollten. Die internationale Sichtbarkeit Oberbayerns durch die Berichterstattung in allen Weltmedien wirke wie eine gigantische Werbekampagne.

Was werden denn die Sicherheitsvorkehrungen insgesamt kosten?
Der gesamte Aufwand wird rund 130 Millionen Euro kosten, also nicht nur die Sicherheit, sondern beispielsweise auch, die Infrastruktur zu verbessern. Die endgültigen Kosten werden aber erst nach dem Gipfel feststehen.

Das hört sich alles ein wenig nach Bürgerkrieg an, sagt die SPD. Stimmt das?
Ich hoffe sehr, dass uns bürgerkriegsähnliche Zustände in Bayern erspart bleiben. Aber das liegt letzten Endes an den Gewalttätern. Es ist der Auftrag der Polizei, Gewalt bestmöglich zu verhindern, und dem wird unsere Polizei auch nachkommen. Persönlich glaube ich, dass sich Bayern und auch das Werdenfelser Land als eine sehr attraktive, gastfreundliche Region präsentieren werden.

Deutsche Vermögensberatung
Vermögensaufbau für jeden!

Informieren Sie sich bei unserer kostenlosen Kundenhotline unter: **0800 3824000**
oder finden Sie Ihren persönlichen Vermögensberater unter: **www.dvag.de**

Die EU muss TATEN folgen lassen

Ministerpräsident Horst Seehofer im Gespräch mit Marc Sauber – Fototermin in der neuen CSU-Landesleitung

Herr Ministerpräsident, die ganze Welt schaut in diesen Tagen nach Bayern – freuen Sie sich auf den Gipfel in Elmau?
Ja, außerordentlich! Die Kanzlerin hat mich vor über einem Jahr gefragt, ob ich den Gipfel in Bayern haben möchte, und ich habe spontan Ja gesagt!

Jetzt bringen die Teilnehmer ja ein ganzes Paket an schwierigen Themen mit – welche stehen für Sie ganz oben auf der Agenda?
Wir haben so viele Brennpunkte auf der Welt wie selten zuvor. Ob im Nahen und Mittleren Osten, in der Ukraine, in Afrika, in Asien … Und deshalb steht immer an erster Stelle die Sicherung von Frieden und Freiheit im Zeitalter des Terrorismus. Dann geht es natürlich um die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit etlichen Spezialthemen wie zum Beispiel dem Freihandelsabkommen TTIP, der Linderung von Hunger und Armut auf dieser Welt und der weltweiten Flüchtlingsproblematik. 50 bis 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, da interessiert Bayern besonders die Bekämpfung der Fluchtursachen. Nur immer die Frage zu diskutieren, wie wir die Flüchtlinge verteilen können, wird auf Dauer nicht die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Die Menschen wollen, dass wir als Weltgemeinschaft dort helfen, wo die Flüchtlinge heute leben, damit sie in ihrer Heimat bleiben können.

Ist den Menschen in Deutschland und Bayern das Ausmaß dieses Themas wirklich bewusst? Wissen sie, welche enormen Herausforderungen da noch auf uns zukommen?
Der europäische Kontinent und Deutschland sind ein Hauptziel der Flüchtlinge. Wir sind ja ei-

ne Wohlstandsregion, die Menschen orientieren sich dorthin, wo sie ein besseres Leben erwarten. Und deshalb ist hier in der Tat eine wahrheitsgemäße Aufklärung der Menschen erforderlich, welche gigantische Aufgabe die Weltgemeinschaft zu lösen hat.

Wir alle kennen die grausamen Bilder der Flüchtlingsdramen, die sich vor Lampedusa abspielen. Die Flüchtlingsproblematik ist eine internationale Thematik, die uns alle angeht. Die Menschen wollen helfen, aber viele Gemeinden geraten aufgrund der immensen Flüchtlingszahlen zeitweise an den Rand ihrer Möglichkeiten. Wie ist die Situation aktuell?
Die Situation ist streckenweise dramatisch, in vielen Kommunen ist die Grenze der Aufnahmefähigkeit erreicht, ja schon überschritten. Die Bevölkerung schaut sehr genau hin, was da geschieht. Während wir vor einem Jahr bei deutlich niedrigeren Flüchtlingszahlen eine enorme Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft feststellen konnten, rücken jetzt auch verstärkt Fragen in den Fokus, die die Sorgen und Ängste der Bevölkerung ausdrücken. Es werden Fragen an uns gerichtet, wie „Steht ihr diesem Thema nicht ohnmächtig gegenüber?“ oder „Wo soll das enden? Wir können doch nicht die Probleme der ganzen Welt in Bayern lösen.“ Solche Fragen kommen jetzt auf, und die müssen beantwortet werden, denn sonst ist diese Entwicklung ein Nährboden für politisch Radikale, und das wollen wir nicht! Das müssen schon die Demokraten und wir als Volkspartei lösen! Wir haben drei starke Säulen unserer Zuwanderungspolitik: Immer die Humanität an erster Stelle, das Zweite ist die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern, und das Dritte ist das Abstellen des Missbrauchs, also wenn sich Menschen auf Fluchtgründe berufen, die es in der Realität gar nicht gibt, vor allem aus dem Balkan.

Das bayerische Sozialministerium rechnet in diesem Jahr noch mit bis zu 100.000 Flüchtlingen, die in Bayern ankommen werden ...
Bei aller Hilfsbereitschaft dürfen wir uns auch keinen Illusionen hingeben. Es ist nicht so, dass wir jeden Zustrom verkraften könnten. Sie können in einer Gemeinde mit 2.000 Einwohnern keine 800 Flüchtlinge unterbringen. Das verändert die Struktur in einer Gemeinde, sodass es neben der Bekämpfung der Fluchtursachen auf die richtige Verteilung ganz entscheidend ankommt. Wir brauchen eine gerechte Verteilung in Deutschland und eine gerechte Verteilung in Europa. Es geht nicht an, dass fünf Länder in Europa, von 28 Mitgliedsstaaten der EU, die ganze Problematik schultern. So stellt sich die Bevölkerung Europa nicht vor.

Sie fordern insgesamt mehr Solidarität von der EU, jetzt kam der Vorschlag zur Verteilung der Flüchtlinge nach Quoten in der ganzen EU – was muss noch passieren?
Vor allem müssen den Worten Taten folgen. Die EU muss jetzt den guten Ankündigungen konkrete Schritte folgen lassen. Das gilt für die Verteilung der Flüchtlinge, für die Abwehr des Missbrauchs – da kann Europa an den Außengrenzen eine ganze Menge leisten, gerade im Hinblick auf den Balkan. Es ist einerseits natürlich richtig, die Menschen auf dem Meer vor dem Ertrinken zu retten. Aber andererseits muss auch den kriminellen Banden, die versuchen, mit dem Leid der Flüchtlinge Geschäfte zu machen, das Handwerk gelegt werden. Und da bin ich sehr dafür, dass die internationale Staatengemeinschaft nicht nur die Menschen rettet, sondern die Verfolgung derer, die die Menschenschicksale gewissenlos ausnützen, auch mit militärischen Mitteln durchführt.

Generell betrachtet – kann man sagen, dass Politik immer schwieriger wird, weil die Themen globaler geworden sind und somit nicht mehr an den Landesgrenzen haltmachen?
Ja, die Politik wird vielfältiger, wird komplexer, weil jedes Problem auf unserem Planeten gleichzeitig auch ein Problem in Deutschland, in Bayern ist! Eben die Flüchtlingssituation, die Wirtschaftsfragen, die Fragen der inneren und äußeren Sicherheit und so weiter. Politik muss heute globaler betrachtet werden. Wir können nicht mehr sagen: „Hauptsache, uns geht es in Bayern gut“, das ist schön, und das stellen wir auch sicher, wir müssen den Menschen aber auch immer wieder vor Augen führen, dass es uns auf Dauer nur gut gehen kann, wenn es den wichtigen Regionen auf dieser Welt auch gut geht. Es gibt da keinen Rückzug mehr auf die eigene Heimat allein. Die ist wichtig, gerade für uns in Bayern, aber daneben muss die Weltoffenheit stehen. Die Heimatliebe muss immer verbunden sein mit der Weltoffenheit.

Ein weiteres Megathema ist die weltweite Digitalisierung. Sie wird unser Leben in den kommenden Jahren spürbar verändern, steht aber leider nicht auf der Agenda des G7-Gipfels. Wie wollen Sie unsere Gesellschaft auf den bevorstehenden Wandel vorbereiten?
Wenn ich mir meine Kinder und andere junge Leute anschaue, dann muss ich mir eher Sorgen machen, dass die Politik bei der Bevölkerung noch hinterherkommt! Der Wandel ist so rasant, dass wir alle Hände voll zu tun haben, das Tempo zu halten und die politischen Rahmenbedingungen für den digitalen Aufbruch zu gestalten. Dabei geht es um die Infrastruktur, wie das Hochgeschwindigkeitsinternet, aber dann auch bei der Anwendung in der Medizin, in der Wirtschaft, in der Bildung. Ich glaube, wir müssen den Begriff „Gesellschaft 4.0“ vermitteln, denn die Digitalisierung wird jeden Bereich unseres

„Wir helfen Menschen in Not. Aber Europa muss die Flüchtlinge gerechter verteilen

Lebens durchdringen. Das müssen wir ermöglichen, denn das ist ein Segen, ich möchte gar nicht mehr zurückdenken an meine Jugendzeit – ohne Internet, Computer oder Smartphone. Jetzt geht es darum, diese Entwicklungen nicht einfach treiben zu lassen, sondern die Möglichkeiten dafür zu schaffen, dass diese Chancen im Bayerischen Wald genauso genutzt werden können wie in München am Stachus, aber daneben auch das zweite große Bedürfnis der Bevölkerung erfüllt wird – und das ist die Datensicherheit!

Manchmal kann man den Eindruck gewinnen, eben durch die Digitalisierung und Globalisierung dreht sich die Welt jeden Tag ein bisschen schneller – und die Politik kommt den rasanten Veränderungen fast nicht mehr hinterher. Täuscht dieser Eindruck?
Das ist etwas, was mich ungemein beschäftigt. Diese Trägheit der Prozesse, von der Formulierung eines Koalitionsvertrags bis zur Umsetzung, bis zur Gesetzgebung, bis zur Verabschiedung, bis zum Inkrafttreten – das ist für mich immer so was wie eine kleine Weltreise. Sie haben schon recht, das ist ein mühsamer Prozess, vielleicht ist er sogar noch etwas mühsamer geworden in den vergangenen Jahren. Natürlich braucht Demokratie auch ihre Zeit. Aber wenn wir die deutsche Einheit so angepackt hätten, hätten wir sie vielleicht bis heute nicht über die Bühne gebracht. Da braucht es dann auch mal schnelle Entscheidungen.

Wenn man sich dann die Internetgiganten im kalifornischen Silicon Valley anschaut, die unser Leben mehr und mehr bestimmen, da gehen die Dinge irgendwie schneller voran. Die überholen uns doch, oder?
Darum sagt ja der Vorstandsvorsitzende von Siemens: Man muss das Silicon Valley nicht kopieren, sondern kapieren! Diese Dynamik, diese Innovationskraft zu kapieren, das ist das Wichtigste.

Was ist anders im Silicon Valley? Wir haben in Deutschland doch eigentlich alles, was wir brauchen – die Rahmenbedingungen sind da. Liegt es nur an der inneren Einstellung?
Ja, das hat viel mit der inneren Einstellung zu tun, mit der Mentalität. Bewahre ich, verwalte ich oder will ich gestalten? Will ich Zukunft erobern? Das heißt ja auch, ich muss mich öffnen für neue Ideen, für neue Überlegungen, die vielleicht auch mal da oder dort scheitern. Aber das Scheitern kann einen auch nach vorn bringen. Am Bayernkurier gefällt mir die Bereitschaft, sich zu verändern, um Zukunft zu gewinnen. Das ist ein Erfolgsgeheimnis! Ich sage aber auch immer wieder, der Erfolg ist der größte Feind des Erfolgs. Wir waren mal ein sehr armes Land hier in Bayern. Durch gezielte, kluge Entscheidungen der Politik haben wir eine Spitzenstellung erreicht, und jetzt stellen wir die Weichen für die Zukunft. Wir dürfen nie sagen, jetzt sind wir fertig – das wäre schon wieder der erste Schritt in Richtung Abstieg. Es gibt keinen Wohlstand, es gibt keine soziale Sicherheit ohne Leistung. Und Leistung erfordert immer wieder Veränderung. Das sind die Zusammenhänge.

Wir sprachen über die Trägheit der Prozesse im politischen Alltag – da muss man natürlich auch nach dem Zustand der Großen Koalition in Berlin fragen. Da würde sich der ein oder andere Bürger doch schnellere und zielführendere Entscheidungen wünschen.
Das erste Jahr lief gut, aber es ist jetzt schwieriger geworden. Das hat damit zu tun, dass die SPD bei ihren Umfragewerten um die 25 Prozent verharrt und unruhiger und nervöser geworden ist, das spürt man ganz deutlich. Wir haben einige Grundforderungen der Sozialdemokraten im Wege des Kompromisses mitgetragen, um eine Regierung für das Land bilden zu können. Aber das hat auch Grenzen, wenn es an die Identität der Union geht. Und da ist einer der ganz großen Differenzpunkte dieser Hang zum Staatsbürokratismus, da unterscheiden sich die Linken von den Bürgerlichen wirklich ganz gewaltig. Dieser Hang, jeden Lebensbereich mit Paragrafen vollzupflastern, mit Reglementierungen – nehmen Sie nur den Irrsinn bei der Bürokratie des Mindestlohns. In bestimmten Branchen alle für verdächtig zu erklären und mit der Polizei zu kontrollieren, um das eine schwarze Schaf zu finden. Wir haben da eine völlig andere Auffassung – den Menschen die Freiheit zu lassen, das ist ja das Wesen der sozialen Marktwirtschaft, die Motivation, die aus der Freiheit kommt, und natürlich zu wissen, dass der Mensch nicht vollkommen ist, aber es reicht, die wenigen Unanständigen herauszufiltern und nicht die ganz, ganz große Mehrheit der Anständigen mit Kontrolle und Bürokratie zu überfordern. Das ist mir in den vergangenen eineinhalb Jahren Große Koalition mit den Sozialdemokraten wieder mal richtig bewusst geworden, dass da ein völlig anderes Grundverständnis von Gesellschaftspolitik vorherrscht. Bevormundung, Umerziehung, Ideologie, Kontrolle, Bürokratie – und wir stellen dagegen die Freiheit in den Mittelpunkt. Natürlich muss die Freiheit verantwortungsvoll wahrgenommen werden, das ist klar – sonst kann man nicht vernünftig zusammenleben, aber das rechtfertigt nicht einen gigantischen Staatbürokratismus.

Macht das noch Spaß mit der SPD?
Ich hatte schon vergnüglichere Momente in meiner politischen Laufbahn.

Gerade beim Thema Energiewende ist es ein munteres Hin und Her zwischen Berlin und

> **Das erste Jahr der Großen Koalition lief gut. Aber jetzt wird die SPD nervös**

Neue CSU-Landesleitung in München. Ende des Jahres bezieht die Partei im Norden Münchens neue Räumlichkeiten. Die hellen, offenen Strukturen im ehemaligen Langenscheidt-Haus in der Mies-van-der-Rohe-Straße 1 stehen für Modernität und Transparenz.

München – was erwarten Sie da von Sigmar Gabriel?
Er ist Bundesminister für Energie, diese Republik hat 16 Bundesländer, und ich erwarte schlicht, dass er die Interessen dieser 16 Bundesländer ausgleicht. Aus der Atomenergie auszusteigen, in den Kohlestrom einzusteigen, das ist kein gerechter Interessenausgleich! Das ist eine einseitige Berücksichtigung der Interessen der Kohleländer im Osten und im Westen. Einseitigkeiten zulasten der Bayern wird es mit mir nicht geben. Wir haben hier die bayerische Bevölkerung zu vertreten, und dazu gehört auch der Schutz von Natur und Landschaft in Bayern.

Die Forderung aus Bayern, den sogenannten Süd-Link über Hessen und Baden-Württemberg ins schwäbische Gundremmingen zu führen und nicht durch Unterfranken, stieß auf heftigen Widerstand außerhalb Bayerns. Wenn man sich die Pläne für die Stromtrassen anschaut, dann würden durch Bayern 400 Kilometer neue Stromtrassen laufen und durch Baden-Württemberg nur 100 Kilometer. Also müsste der bayerische Vorschlag doch verständlich erscheinen.
Nicht nur verständlich, sondern sogar selbstverständlich! Man sollte sich nicht rechtfertigen müssen, die Interessen der eigenen Bevölkerung zu vertreten! Ja wo leben wir denn eigentlich? Das ist meine politische Glaubenslehre seit fast 40 Jahren, ich komme aus kleinen Verhältnissen und habe immer Politik vor allem danach bestimmt, was ist im Interesse des Gemeinwohls, was ist im Interesse der Bevölkerung – und nicht, wie kann ich die Bevölkerung mit unsinnigen politischen Entscheidungen bestrafen. Das ist mein politisches Glaubensbekenntnis.

Auf der anderen Seite werden die Menschen auch langsam unruhig und wollen wissen, wie es mit der Energiepolitik weitergeht ...
Ja, das verstehe ich ja auch! Deshalb ist auch die Feststellung falsch, die Bevölkerung lehnt immer dann, wenn sie selber betroffen ist, alles ab. Wenn Sie der Bevölkerung plausibel Notwendigkeiten erklären können, dann trägt die Bevölkerung auch Maßnahmen mit. Wenn Sie zum Beispiel sagen können, eine Stromtrasse ist erforderlich für die Sicherung unserer industriellen Arbeitsplätze, aber wir führen die Stromtrasse auf einer bestehenden Trasse und ziehen keine neue Leitung quer durch die Landschaft, dann verstehen das die Menschen, und ich ernte Zustimmung. Mir kann keiner erklären, warum man durch fünf Regierungsbezirke in Bayern eine völlig neue Trasse ziehen muss.

> **„Wir wollen die Abschaffung des Solis – das wäre die größte Steuersenkung aller Zeiten**

Wie ist der Zeitplan – wann können Sie hier Definitives vermelden?
Ich möchte mithelfen, dass wir vor der Sommerpause die Grundentscheidungen treffen. Das setzt aber voraus, dass der Bundeswirtschaftsminister in Berlin bereit ist, einen fairen Interessenausgleich herbeizuführen. Dazu ist er als Bundesminister ja schließlich auch verpflichtet, und deshalb kann er auch nicht die Länder mit Kohlestrom bevorzugen. Ich sage umgekehrt, wenn wir mit unseren Interessen ausreichend berücksichtigt werden, dann bin ich auch bereit, Herrn Gabriel bei einem vernünftigen Energie-Mix zu helfen.

Über Jahrzehnte galt die Südtangente zwischen den beiden unionsgeführten Ländern Bayern und Baden-Württemberg als eine schlagkräftige Einheit. Nun sieht die jüngste Umfrage Grün-Rot erneut klar vorn. Das kann die Union im Gesamten doch nicht zufriedenstellen?
Ich hoffe, dass das noch gedreht werden kann, die Wahl ist ja nächstes Jahr, gleich im März. Wenn es gewünscht wird, helfen wir der CDU in Baden-Württemberg, wo es nur geht. Wie man aus schwierigen Lagen wieder in stabile Lagen kommt, das haben wir als CSU in den vergangenen sieben Jahren ja gezeigt. Wir helfen da gerne mit, aber natürlich muss die CDU in Berlin da auch mithelfen – eine Erbschaftsteuerreform, die Erben, die ein Unternehmen fortführen und die Arbeitsplätze aufrechterhalten wollen, auch noch mit einer verkappten Vermögensteuer bestraft, das ist gewiss kein Beitrag dazu. Das Heranziehen des Privatvermögens in solchen Fällen lehnen wir energisch ab. Gerade im Ländle gibt es einen ganz starken familiengeführten Mittelstand, ähnlich wie in Bayern. Ich weiß aus vielen Gesprächen, die Familienunternehmer sind entsetzt, wenn man

für ihre Betriebe wieder so etwas wie eine Vermögensteuer einführen möchte. Ich bin dafür, dass es eine gerechte Besteuerung gibt, aber wenn jemand einen Betrieb fortführt und die Arbeitsplätze sichert, dann gibt es keinen vertretbaren Grund für eine Besteuerung. Das liegt doch im volkswirtschaftlichen Interesse – wir können doch nicht in der einen Woche überlegen, wie können wir Existenzgründer fördern, damit Arbeitsplätze entstehen, und in der nächsten Woche überlegen wir, wie können wir diese Betriebe stärker besteuern. Das ist doch widersinnig! Die Bayern werden einer Erbschaftsteuerreform in dieser Form nie zustimmen.

Was will die CSU in der Steuerpolitik noch?
Wir sind für die Abschaffung des Solis – das wäre die größte Steuersenkung aller Zeiten!

Und die kommt auch?
Die kommt!

Ministerpräsident Winfried Kretschmann will seinen Grünen eine wirtschaftsnähere Politik verordnen. Bahnt sich da eine neue Süd-Tangente nur unter anderen Farben an?
Außerhalb von Wahlkämpfen, muss man ganz klar sagen, gibt es vernünftige Arbeitsverhältnisse zwischen allen Ministerpräsidenten. Das muss auch so sein, denn die Bevölkerung erwartet von uns im Alltag ja keine parteipolitischen Scharmützel, sondern konstruktive Arbeit. Wissen Sie, ich habe jetzt einige Jahrzehnte in der Politik hinter mir, heute sind die Menschen in allererster Linie interessiert an Lösungen! Wer hat die Personen und die Konzepte, um Lösungen herbeizuführen, und nicht um einen parteipolitischen Streit auszutragen. Klar, sie wollen auch einen zünftigen politischen Aschermittwoch, an dem auch mal vom Leder gezogen wird. Das muss sein, aber im politischen Alltag wollen die Menschen Lösungen für ihr persönliches Leben, für ihr Land.

Unsere Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten tief greifend verändert, auch die Medienwelt und die politische Landschaft. Was ist das Rezept für eine erfolgreiche Politik heute?
Zuverlässige Politikerinnen und Politiker, ständiger Kontakt mit den Menschen – und Lösungen! Nur schöne Worte können die Leute nicht mehr hören! Zuhören, verstehen, handeln – das ist mein Motto.

Sie haben angekündigt, ein Kompetenzteam für die kommenden Wahlen zu benennen – auf welche Eigenschaften schauen Sie bei der Kandidatenauswahl ganz besonders?
Charakter, Zuverlässigkeit. Das ist durch nichts zu ersetzen. So wie die Politik von der Lebenspraxis lebt, so lebt der Politikstil von Zuverlässigkeit und Charakter. Die Leute merken das genau, wo ist nur Inszenierung und wo ist Substanz dahinter.

Welche Aufgabe wird das neue Kompetenzteam haben?
Wir haben jetzt drei wichtige Jahre vor uns, und das möchte ich strategisch perfekt vorbereiten. Dazu brauche ich neben den vorhandenen Strukturen einen kleinen Stab an kompetenten und vertrauten Menschen. Das wird ein Team von etwa 14 Personen sein, in dem wir in regelmäßiger Abfolge beraten, wie wir strategisch vorgehen. Da muss man sich blind aufeinander verlassen können, das Wichtigste ist hier das absolute Vertrauen untereinander.

Christian Lindner hat seiner FDP einen neuen Stil verordnet – wie bewerten Sie die „neue" FDP?
Ich glaube, Deutschland braucht einen modernen Liberalismus, auch eine Partei, die so etwas verkörpert. Die FDP war immer auch ein ausgleichendes Element zwischen den großen Volksparteien. Zuversicht ist ein guter Wegbegleiter, ich lade die Menschen jeden Tag ein, in den Zug der Zuversicht einzusteigen, Sie glauben gar nicht, was man mit einer positiven Einstellung alles bewegen kann. Ob die Freiheit der FDP über die Freigabe von Cannabis zu definieren ist, da mache ich jetzt mal fünf dicke Fragezeichen dahinter. Das ist nicht die Freiheit – im Gegenteil! Sucht ist die stärkste Form der Unfreiheit. Das Konsumieren von Rauschmitteln führt in diese Unfreiheit, unweigerlich, gerade bei jungen Menschen.

Insgesamt betrachtet – ist mit der FDP wieder zu rechnen?
Ja! Sie werden sehen, dass die FDP im Jahr der Bundestagswahl ein ernst zu nehmender Wettbewerber ist. Ich kann uns als Union nur raten, auf unsere eigenen Stärken zu setzen. Die haben wir – mit unserem Personal, mit unseren Inhalten. Ich möchte hier ausdrücklich die Bundeskanzlerin hervorheben, die ja auf der ganzen Welt allerhöchsten Respekt genießt. Wenn wir mit der Kanzlerin, mit einem erstklassigen Programm, mit vollem Einsatz und mit Geschlossenheit ins Jahr 2017 gehen, können wir noch stärker abschneiden als bei der letzten Bundestagswahl.

Herr Ministerpräsident, vielen Dank für das Gespräch!

Die FREIHEIT liegt im Unterschied

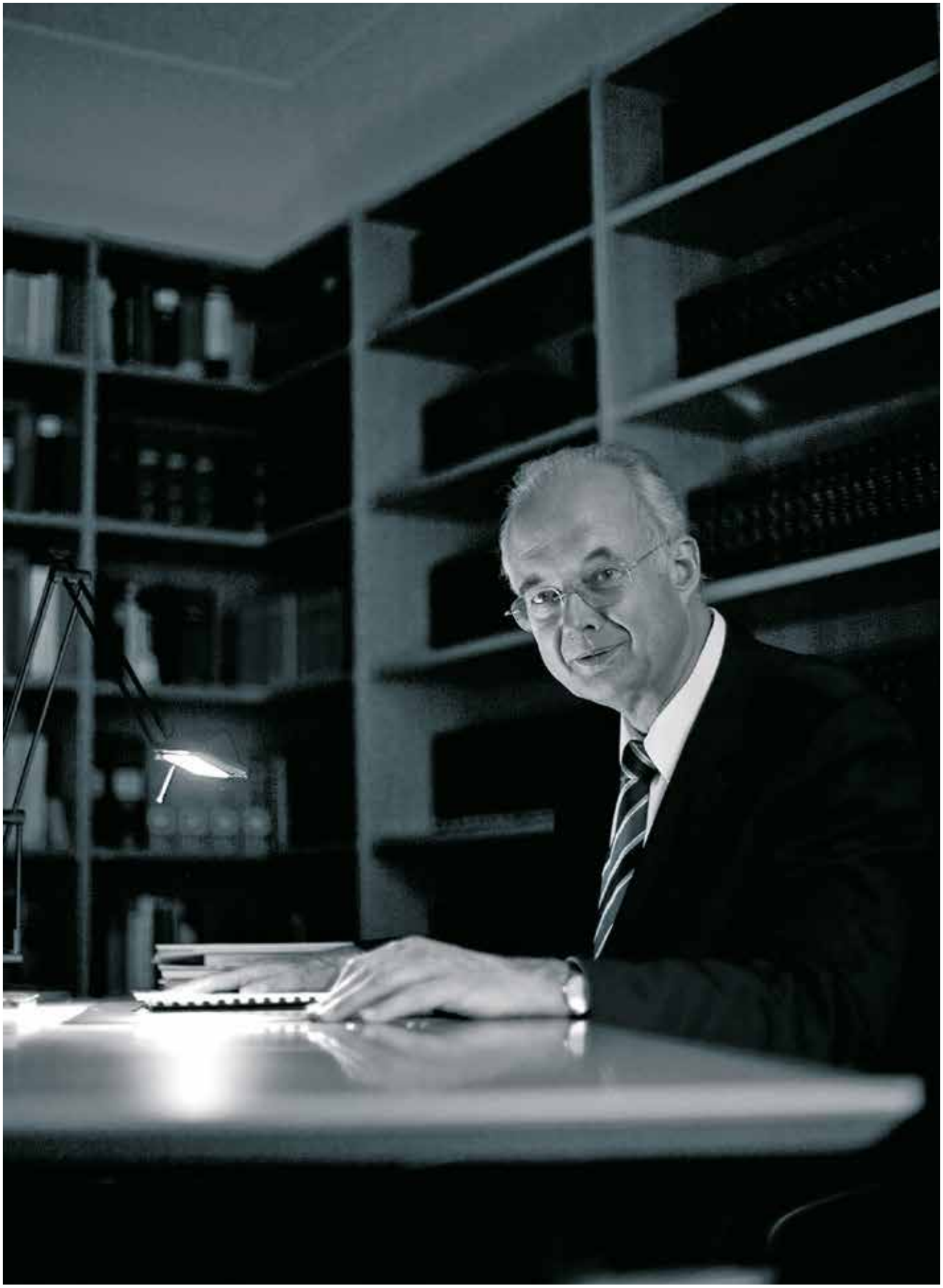
Deutschlands nationale Identität wurzelt in tiefen Überzeugungen – auch religiösen. Der Staat muss daher den Religionen differenzierend begegnen. Anmerkungen zum Kopftuchurteil des Bundesverfassungsgerichts.

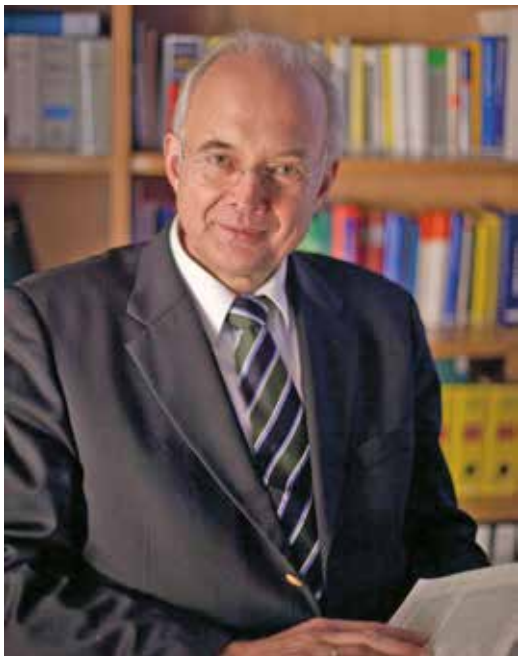
Von Paul Kirchhof

Die Frage nach der Nation ist für Deutschland eine schwierige Frage. Das Heilige Römische Reich deutscher Nation konnte die Fürstentümer nicht zu einer Nation einen. Später hat die Spaltung der Christenheit der Nation die innere Einheit genommen, obwohl in Nachbarstaaten längst staatsähnliche Verwaltungseinheiten entstanden waren. Der Gegensatz zwischen Österreich und Preußen wirkte eher trennend als einend. Auch im 19. Jahrhundert blieb das deutsche Volk auf der Suche nach seiner Nation lange erfolglos. Der Nationalsozialismus diskreditierte den Gedanken des Nationalen. Die Trennung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg nahm uns die Unbefangenheit, für Deutschland von einer Nation zu sprechen, wie es bei den „Vereinten Nationen“ üblich und selbstverständlich ist. Erst mit der Wiedervereinigung Deutschlands erleben wir wieder unbeschwert, dass Demokratie auf ein Staatsvolk baut, das sich dank seiner Geschichte, seiner ethischen Maßstäbe, einer gemeinsamen Kultur des Zusammenlebens seiner Zusammengehörigkeit bewusst ist, gemeinsam Recht setzen und durchsetzen will und damit die innere Rechtfertigung für den Gedanken der Nation mitbringt. Die Entwicklung des Arabischen Frühlings lehrt, dass die Entstaatlichung Krieg, Chaos, Tod und Flucht zur Folge hat. Eines der wesentlichen Fundamente institutionellen Zusammenhalts bieten Religion und Kirchlichkeit. In dem Zusammenwirken von Staat und Kirche gewinnt die Geschichte Deutschlands Stetigkeit. Sie entwickelt sich aus dem Verhältnis von weltlicher und kirchlicher Macht. Der Gegensatz zwischen Kaiser und Papst, Staat und Kirche, Politik und Religion handelt stets vom Zusammentreffen politisch Mächtiger mit einer Kirche, die selbst nach politischer Macht strebt, Mächtige auswählt und legitimiert, der Politik Maßstäbe setzt. Kirche und Papst gewannen gegenüber der weltlichen Herrschaft Eigenständigkeit insbesondere durch die Schaffung des kanonischen Rechts, einer eigenen Rechtsordnung der Kirche, die weltliche Herrschaft und Kirche trennte, und den Anspruch, unmittelbar von Gott eingesetzt zu sein, der Kirche vorbehielt. Reformation und Aufklärung verstärkten diese Trennung von Weltlichem und Geistlichem, fragten nach der Freiheit des (Christen-)Menschen. Diese Freiheit findet im modernen Verfassungsstaat ihren Ausdruck in den Grundrechten, insbesondere der Religionsfreiheit.

Freiheit braucht außerstaatliche Quellen der Freiheitsfähigkeit

Die Religionsfreiheit sichert in Art. 4 Abs. 2 GG die „ungestörte“ Religionsausübung, aber auch die (negative) Freiheit, nicht zu glauben. Die Konfliktfälle sind geläufig: Muss der Staat in staatlichen Schulen Religionsunterricht anbieten? Darf er im Klassenzimmer ein Kreuz aufhängen? Darf die Richterin auf der Richterbank ein Kopftuch tragen? Unterscheidet sich die christliche Ordensschwester von der kopftuchtragenden Lehrerin, ihren Lehrinhalten und Erziehungszielen? Bestimmen die Kirchen ihr Arbeitsrecht nach dem Leitbild ihrer religiösen Dienstge-





meinschaft und stellen Anforderungen der Religionszugehörigkeit, der Lebensführung, des Zölibats, der Sonntagsarbeit, die der Staat nicht fordern dürfte? Bei diesen Fragen kann sich der Staat nicht auf eine Untätigkeit zurückziehen: Würde er keinen Religionsunterricht ermöglichen, kein kircheneigenes Arbeitsrecht zulassen, keine Kultursymbole zeigen, so bevorzugte er die Freiheit der Religionslosen vor der Freiheit religiöser Menschen. Die gleiche Religionsfreiheit für jedermann garantiert auch das Recht, diese Freiheit im öffentlichen Leben wahrzunehmen. Die Garantie der Glaubens- und Religionsfreiheit anerkennt die Suche des Menschen nach dem Ursprung und Ziel seiner Existenz sowie nach dem Sinn der Welt und des individuellen menschlichen Lebens. Der Freiheitsgedanke trennt den freiheitsverpflichteten Staat von der freiheitsberechtigten Gesellschaft. Er versagt dem Staat, die religiösen Fragen zu stellen, und ist deshalb darauf angelegt, dass andere Institutionen – die Kirchen – auf diese Fragen antworten.

„Keine Verfassung garantiert sich selbst“

Joseph von Eichendorff fordert mit diesem Wort von der freiheitlichen Bedingtheit einer freiheitlichen Verfassung den Freiheitsaufbruch und ruft zum Kampf um Demokratie auf. Er will die „öffentliche Gesinnung“ und den Staat zusammenführen, um ein „tüchtiges Fundament vernünftiger Freiheit“ zu legen und so die freiheitliche Staatsform als „innere Notwendigkeit“ wirklich ins Leben treten zu lassen. Dieser Gedanke bedeutet für das Verhältnis von Staat und Kirche, dass die Idee der Menschenrechte Gesellschaft und Staat für die religiösen Voraussetzungen auf andere Legitimationsinstanzen verweist, insbesondere die Kirchen als kulturelle Voraussetzungen der Freiheit versteht. Deshalb trifft die Kirchen eine Mitverantwortlichkeit für den Staat, die Christen für eine konkrete Humanität im gegenseitigen Zusammenleben. Der moderne Staat ist bei allen seinen Errungenschaften so verletzlich und in bestimmter Hinsicht konstitutiv arm, schwach und ohnmächtig, weil er darauf angewiesen ist, dass ihm die ethischen Voraussetzungen für sein Gelingen von außen zukommen. Eine solche Verfassung baut nicht auf ein Tugendmodell, das vom Menschen Uneigennützigkeit, Opferbereitschaft, Liebe zum Vaterland und zu seinen Gesetzen erwartet. Sie stützt sich vielmehr auf ein Interessenmodell, in dem der Mensch eigennützig handelt, die Tugend der Verantwortlichkeit damit nicht zur Rechtspflicht, wohl aber zur Bedingung der Möglichkeit von Freiheit macht. Gegenwärtig stellt sich für den Verfassungsstaat vermehrt die Aufgabe, seine Voraussetzungen freiheitskonform zu festigen und zu erneuern.

Religion als eine Grundlage der Freiheitsfähigkeit

Eine der wesentlichen Entstehungsbedingungen, Wirkungs- und Wahrnehmungsvoraussetzungen für Staatsverfassung und Grundrechte ist die Religion. Das Grundgesetz geht von einem zur Würde und damit zur Freiheit befähigten Menschen aus (Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 1 GG). Damit nimmt die Verfassung die revolutionäre Aussage des Christentums auf, die nicht mehr nur den König als Abbild Gottes versteht, sondern die Unantastbarkeit von Menschenwürde und Freiheit jedem Menschen zuspricht. Auf diese Weise wird die Gesellschaft freiheitlich, und Unterschiede zwischen den Menschen werden eingeebnet. Unterschieden wird „nicht mehr Jude und Grieche, Sklave und Freier, Mann und Frau“; dem Recht liegt die Gleichheit des Menschen in innerer Berufung und Fähigkeit zur Freiheit zugrunde. Die Religion wird mit dieser Lehre von einer Entstehensquelle für Verfassungsrecht und Verfassungsstaatlichkeit zur aktuellen Wirkungsgrundlage für die konkrete Verfassungsordnung, die ihre Legitimität aus der gelebten Anerkennung erhält. Der freiheitliche Staat baut auf die Bereitschaft der Menschen zum Recht, zur Friedensfähigkeit und zum Wunsch nach Freiheit. Deshalb ist für den Staat wesentlich, ob die Kirchen zum Krieg oder zum Frieden auffordern, ob sie ihre Mitglieder einen Fanatismus oder eine Kultur des Maßes lehren, ob sie die Verfassungsprinzipien von Rechtsstaat, Demokratie und Sozialstaatlichkeit zurückweisen oder anerkennen, für Ehe und Familie oder für alltägliche Beliebigkeit werben,

Die Kirchen bleiben eine Entstehens- und aktuelle Wirkungsquelle für freiheitliches Verfassungsrecht

Freiheit in den Kontext von Verantwortlichkeit stellen. Die Kirchen ergänzen das Menschenbild von der autonomen, freiheitsfähigen Person auch mit der Erfahrung, dass der Mensch sein ganzes Leben lang, bei der Geburt, als Kind und Jugendlicher, als Kranker, als Arbeitsloser und Gebrechlicher ein hilfsbedürftiges Wesen ist. In der Gegenwart eines sich der Formenbindung entziehenden, also durch Formenschwäche delegitimierten Staates schaffen die Kirchen mit ihren Formen – dem Kanon der Messe oder den Riten von der Taufe bis zur Beerdigung – feste Strukturen für ihre Mitglieder. Gleichzeitig halten weltumspannende Kirchen staatliche Grundrechte und universale Menschenrechte stets in einem Sinnzusammenhang. Die Kirchen bleiben eine Entstehens- und aktuelle Wirkungsquelle für freiheitliches Verfassungsrecht. Beobachtet der Staat, dass unverzichtbare Freiheitsvoraussetzungen, etwa eine Bereitschaft zum Kind, nicht mehr gegeben sind, wird seine Gewährleistungsverantwortung zu einer Handlungsverantwortung: Ist das Freiheitsethos mangelhaft, hat der Staat die dafür zuständigen gesellschaftlichen Institutionen zu stärken. Die Verfassung setzt Freiheitsfähigkeit, Freiheitsqualifikation und Freiheitsbereitschaft jedes Berechtigten voraus; die Verfassungswirklichkeit stellt den Staat immer wieder vor grundlegende Freiheitsdefizite. Daraus ergibt sich ein Handlungsauftrag; die Handlungsmittel sind dann freiheitskonform zu gestalten. Das Gemeinnützigkeitsrecht bietet hierzu Maßstäbe.

Zusammenwirken von Staat und Kirche

Der Mensch, der die Frage nach Gott stellt und daraus Folgerungen für sein Leben und die von ihm erlebte Gemeinschaft zieht, ist Individuum, Kirchenmitglied und Staatsangehöriger zugleich. Deshalb entlässt die Religionsfreiheit vom Staat den Menschen nicht in eine Leere ungeformter Individualität, sondern anerkennt im Staatskirchenrecht religiöse und kirchliche Strukturen, die eine Entfaltung der Religionen möglich machen. Die Religionsfreiheit braucht die institutionelle Festigkeit in der Kirche, wie die Wissenschaftsfreiheit die Universitäten braucht, die Berufsfreiheit der Arbeitnehmer in den Gewerkschaften eine Grundlage findet, die Freiheit des Journalisten Verlag und Sender voraussetzt und der Gerichtsschutz ohne die Institutionen der Gerichte leerlaufen würde. Wäre der religiöse Mensch allein auf die gemeinschaftlich wahrzunehmende Religionsfreiheit verwiesen, gewänne er eine gemeinschaftliche Freiheit vom Staat, nicht aber die Gemeinschaft seiner Kirche, in der er seine Religion wahrnimmt, erneuert und vertieft. Die Kirchen ihrerseits würden bei bloßer Inanspruchnahme der Religionsfreiheit ihren Nachbarschafts- und Partnerstatus zum Staat verlieren und auf eine Freiheit vom Staat zurückgeworfen.

Verschiedene freiheitliche Einwirkungen auf den Staat

Bei der Wahrnehmung der Religions- und Kirchenfreiheiten kann der einzelne Grundrechtsträger wie auch jede einzelne Kirche eine eigene Lehre, eine eigene Bekenntnisform, eigenständige Institutionen und Organisationen entwickeln. Diese Verschiedenheiten belegen die tatsächliche Freiheit und ihre Inanspruchnahme. Diese Unterschiede müssen dann aber auch von der Gesellschaft und vom Staat in ihrer Verschiedenheit zur Kenntnis genommen werden. Wenn eine Religionsgemeinschaft ihren Mitgliedern nachdrücklich das Leben in einer Ehe und die Bereitschaft zu Kind und Familie empfiehlt, eine andere hingegen die Verantwortlichkeit des einzelnen Menschen für Ehe und Familie weniger hervorhebt, sind diese Lehren für die Zukunft von Staat und Gesellschaft bedeutsam: Der Staat ist darauf angewiesen, dass die Menschen von dem grundrechtlichen Angebot von Ehe- und Familienfreiheit tatsächlich Gebrauch machen und damit die Zukunft des Staates in einer Jugend sichern. Wenn die eine Religion ihren Mitgliedern empfiehlt, demokratische Wahl- und Mitwirkungsrechte wahrzunehmen, eine andere Religion hingegen ihren Mitgliedern die Teilnahme an demokratischen Wahlen untersagt, muss wiederum gerade der freiheitlichen Demokratie daran gelegen sein, dass ihre Bürger dank innerer Bindung und Bereitschaft ihre demokratischen Rechte auch tatsächlich ausüben. Wenn eine Religion die Gleichheit jedes Menschen betont und insbesondere die Gleichberechtigung von Mann und Frau fordert, eine andere von der Frau ein lebenslanges Dienen erwartet, verhilft die eine Religion der Gleichberechtigung zur tatsächlichen Wirkung, während die andere diese behindert. Auch die kirchlichen Lehren zur Religionsfreiheit oder Staatsreligion, zum Individual- oder Volkseigentum, zu Nächstenliebe oder Egoismus, zu Frieden oder Krieg begründen fundamentale Unterschiede in

Jeder Richter weiß, dass er mit dem Anlegen der Robe der Freiheit des Rechtsuchenden zu dienen hat

der inneren Bereitschaft der Menschen zu Freiheit und Demokratie. Würde der Staat diese Unterschiede übergehen, würde er durch Beurteilungs- und Entscheidungsschwäche seine eigene Zukunft als Verfassungsstaat gefährden. Der Staat wähnte sich gegen kirchlichen Einfluss immun, geriete aber unter kirchlichen Änderungsvorbehalt. Gerade ein Staat, der Freiheit gewährt und deswegen Unterschiede erwartet, darf sich der Bedeutung dieser Unterschiede – den Ergebnissen betätigter Freiheit – für andere nicht verschließen: Er garantiert Berufsfreiheit, lässt aber nur den medizinisch Qualifizierten zum Arztberuf zu, schützt die Eigentümerfreiheit für jedermann, besteuert aber je nach Eigentumsunterschieden, garantiert eine gleiche Wissenschaftsfreiheit, zieht aber nur die qualifizierten Wissenschaftler zu bestimmten Aufgaben heran. Freiheit heißt, sich unterscheiden zu dürfen. Der Freiheitsgarant achtet die Freiheit, indem er diese Unterschiede zur Kenntnis nimmt. Die These, wegen der gleichen Religionsfreiheit für jedermann müsse der Staat religiöse Äußerungen und Institutionen in allen ihren Wirkungen undifferenziert gleich behandeln, ist deshalb falsch. Der Mensch ist bei der Wahrnehmung des Freiheitsrechts gleich, in den unterschiedlichen Ergebnissen der Freiheitsausübung hingegen verschieden. Dabei ist selbstverständlich, dass die Gleichheit in der Freiheitsausübung nur den freiheitsberechtigten Menschen, nicht den freiheitsverpflichteten Staat berechtigt. Im Rahmen dieser Freiheit darf jeder auch in der Öffentlichkeit ein religiöses Symbol tragen, sein religiöses Leben individuell oder in Gemeinschaft gestalten, auch seine Lehren publizieren und seine Aussagen zu Staat und Verfassung veröffentlichen. Handelt hingegen der Staat, ist dieser nicht freiheitsberechtigt, sondern freiheitsverpflichtet. Jeder Richter weiß, dass er mit dem Anlegen der Robe seine Freiheit abgegeben und der Freiheit des Rechtsuchenden zu dienen hat. Der religiöse Aufruf im Bulletin der Bundesregierung hätte eine grundlegend andere Qualität als derselbe Aufruf einer Kirchenzeitung. Auch wenn der Staat einer Religionsgesellschaft den Status einer „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ (Art. 140 GG, Art. 137 Abs. 5 WRV) gewährt, wird er vorher zu prüfen haben, ob die jeweilige Religionsgesellschaft in ihren Zielen und ihrer Organisation den Wechsel von einer freiheitsberechtigten juristischen Person zu einer öffentlich-rechtlich befugten und gebundenen Körperschaft vollziehen darf.

Staatliche Pflege seiner kulturellen Voraussetzungen

Der freiheitliche Staat bewährt sich also gegenüber Religionsausübung und Kirchen, wenn er deren Unterschiede als Ausdruck der Freiheit anerkennt, die daraus zu ziehenden Folgerungen aber freiheitskonform gestaltet. Deshalb folgt die staatliche Förderung von Religion und Kirchen durch Finanz-, Organisations- und personelle Hilfen nicht dem Gießkannenprinzip, sondern unterscheidet – insbesondere im Gemeinnützigkeitsrecht – nach privaten Spenden als Resonanz der Bürger auf kirchliche Tätigkeit. Unterstützt der Staat die Kirchen institutionell und finanziell, ist er nicht kulturblind, behauptet nicht, dass alle Religionen für das Gelingen des freiheitlichen Verfassungsstaates gleich hilfreich seien, unterscheidet vielmehr für die staatliche Förderung – anders als bei Verboten und Geboten –, welche kirchlichen Lehren und Lebensformen seine Kultur historisch entfaltet haben und gegenwärtig stützen, welche Religionen ihn anregen und bereichern, aber auch, welche Lehren ihn in seiner Verfasstheit verändern wollen. Religionsfreiheit meint das religiöse Handeln in Verschiedenheit, das Aufeinandertreffen engagierter Bekenntnisse und Religionsausübungen, für die wir uns von den Kirchen einen fruchtbaren Dialog erhoffen. Freiheit bleibt aber Wagnis des Freien. Und wenn freiheitliche Unterschiede zur Aggression führen, sichert Art. 4 Abs. 2 GG die „ungestörte“ Religionsausübung: Der Staat ist zur Störungsabwehr, zur Gefahrenvorsorge verpflichtet. Je mehr die kulturellen Voraussetzungen des Verfassungsstaates sich verändern, desto mehr muss der Staat sich ihrer annehmen. Die Präambel des Grundgesetzes spricht davon, dass diese Verfassung „im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“ ergangen ist. Die Verfassung ist Gedächtnis der Demokratie, Bilanz erreichter Rechtskultur. Braucht der Verfassungsstaat Partner, mit denen er die kulturellen Voraussetzungen seiner Verfassung festigen und legitimieren kann, trifft er auf wenige Institutionen: die Familien, die Schulen, die Universitäten, die Kirchen. Deshalb ist es die hohe Kunst rechtsstaatlichen Gestaltens, diesen Institutionen Entfaltungsfreiheit zu belassen, sie aber in ihrem Entfalten zu stützen und zu pflegen. Freiheit heißt, sich unterscheiden zu dürfen. Staatliche Freiheitsgewähr bedeutet, die Unterschiede rechtsstaatlich anzuerkennen.

Professor Paul Kirchhof gehört zu den renommiertesten Staatsrechtlern Deutschlands. Er lehrt an der Universität Heidelberg. Von 1987 bis 1999 war er Richter am Bundesverfassungsgericht.

Kopfnoten für Jubilare

Eine Heilige, ein Kanzler, ein Großliterat, ein Kaiser, ein König und ein Kommunist. Wie gut waren sie wirklich?

Teresa von Ávila
500. Geburtstag

Note 1

Teresa von Ávila war nicht nur die größte Mystikerin des Christentums und erste Kirchenlehrerin. Sie war auch eine bodenständige Frau mit Tatkraft und großem Herzen. Sie gründete Klöster und rief Frauen – Jahrhunderte vor dem Feminismus – dazu auf, fröhlich selbstbewusst zu zeigen, „was in ihnen steckt", damit sie „die Männer in Erstaunen versetzen".

Otto von Bismarck
200. Geburtstag

Note 3

Der Gründervater und erste Kanzler des Deutschen Reiches ist der Volksheld aller Preußen. Sein Name steht für nationale Einigung und für soziale Reformen. Aber Bismarcks Deutschland war eben zu preußisch; er bekämpfte Österreich, die Süddeutschen und die katholische Kirche. Das sollte dem Wilhelminischen Reich nicht gut bekommen.

Thomas Mann
140. Geburtstag

Note 1

Er schrieb die „Buddenbrooks", erhielt den Nobelpreis und wurde der größte deutsche Schriftsteller des 20. Jahrhunderts. Den Linken war er zu bürgerlich. Die Bügelfalte ist sein Kunstprinzip, ätzte Alfred Döblin – dabei war es gerade seine Bürgerlichkeit, die ihn zum großen Gegner der Nazis werden ließ. Er floh ins Exil, blieb Patriot: „Wo ich bin, ist Deutschland."

Barbarossa
825. Todestag

Note 2

Friedrich I., genannt der Rotbart, war der Inbegriff des deutschen Kaisers. Er einte das Reich deutscher Nationen, bot dem allmächtigen Papst die Stirn und nannte es „heilig". Unter seiner Führung blühte Deutschland auf – kulturell, rechtlich, wirtschaftlich. Aber auch militärisch. Und so wirft mancher Feldzug auch Schatten auf seine goldene Ära.

Georg V.
150. Geburtstag

Note 5

Der Deutsche auf dem Königsthron in England (1910–1936) schaffte es nicht, die Katastrophe des Ersten Weltkriegs zu verhindern. Er war Cousin des deutschen Kaisers Wilhelm II. und stammte aus dem Fürstenhaus Sachsen-Coburg und Gotha. Und doch ließ er sich von blindem Nationalismus in den Krieg treiben – so wie seine deutschen Verwandten.

Ho Chi Minh
125. Geburtstag

Note 6

Achtundsechziger feierten ihn als linken Helden und riefen bei Demos gern „Ho-ho-ho-Chi-Minh". Dabei war der vietnamesische Revolutionär nicht nur Kultfigur. Er war auch Stalinist und brutaler Gewalttäter. Zigtausende Tote hat er zu verantworten; bei „Onkel Ho" saßen mehr als 100.000 politische Gegner in grausamen Straflagern. Typisch kommunistisch eben.

Sie irren, Frau Nahles!

Andreas Scheuer analysiert ein „Spiegel"-Interview mit Andrea Nahles zum Thema Mindestlohn mit spitzer Feder.

SPIEGEL: Die Kritiker befürchten, dass der Mindestlohn viele Minijobs kostet, und fordern Ausnahmen.
Nahles: Die wird es mit mir nicht geben. Wir reden hier über den Kern des Mindestlohns: Wer arbeitet, hat Anspruch auf Mindestlohn – ob er eine, zehn oder vierzig Stunden in der Woche arbeitet. Punkt. Wir haben bei den Branchenmindestlöhnen in den vergangenen Jahren erlebt, wie dort die Mindestlöhne umgangen wurden. Das müssen und werden wir hier verhindern.

Leider doch, Frau Nahles. So dogmatisch wie Sie das Gesetz umgesetzt haben, bedroht es jede Menge Arbeitsplätze. Zum Jahresauftakt ging die Zahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten deutlich zurück im Vergleich zum Vorjahr. Drei Prozent weniger Menschen arbeiteten in Minijobs, während ansonsten die Beschäftigung weiter wuchs. Mehr als 200.000 Menschen verloren demnach ihren Minijob.

SPIEGEL: Der Hauptvorwurf gegen Ihr Gesetz lautet mittlerweile, Sie hätten ein Bürokratiemonster erschaffen.
Nahles: Was für ein Unsinn! Sie können keinen Mindestlohn ohne Regeln und Kontrollen einführen. Kein moderner Staat kommt ohne Verabredungen und deren Überprüfung aus. Das nennt man Rechtsstaatlichkeit. Die Aufzeichnungspflichten gelten lediglich für gewerbliche Minijobs und in neun Branchen, die nicht umsonst im Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz stehen. Es ist doch in diesem Land nichts grundsätzlich Neues, dass Unternehmen die Arbeitszeiten ihrer Mitarbeiter erfassen und notieren.

Kein Unsinn! Deutschlandweit laufen Mittelständler und IHK-Gremien Sturm gegen Ihre Spezialregelungen. Selbst Unternehmen, die klar über dem Mindestlohn zahlen, müssen laut Nahles-Verordnung tagesgenaue Aufzeichnungen über die Arbeitszeiten von Aushilfen und 450-Euro-Kräften führen. Auch für kurzfristige Aushilfen, beispielsweise Ferienvertretungen, muss die tägliche Arbeitszeit erfasst und jeder Stundenzettel zwei Jahre archiviert werden.

Wirklich moderne Staaten kommen aber ohne Verordnungen aus, die die Wirtschaft und die Bürger drangsalieren. Sie haben unser Mindestlohngesetz mit repressiven Detailregeln zu einer schweren Belastung für den Mittelstand und für die Beschäftigten gemacht. Das ist unnötig und schädlich.

SPIEGEL: Wie viele Arbeitnehmer sind denn zusätzlich von den Dokumentationspflichten betroffen?
Nahles: Darüber liegen uns keine verlässlichen Zahlen vor. Aber weil es eben unabhängig vom gesetzlichen Mindest-

„Das Gesetz ist super. Da muss man nichts mehr korrigieren"

Andrea Nahles,
Bundesarbeitsministerin (SPD)

lohn in den meisten Unternehmen gang und gäbe ist, die gearbeiteten Stunden zu dokumentieren, ist das jetzt für die übergroße Mehrheit der Arbeitgeber und ihrer Beschäftigten keine große Veränderung. Und ich weiß aus Gesprächen und Unternehmensbesuchen, dass es dort, wo es neu ist, einfach und ohne viel Tamtam angepasst wird.

SPIEGEL: Unionspolitiker wie Michael Fuchs vom Wirtschaftsflügel der CDU oder die bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner würden am liebsten die Dokumentationspflichten ebenso wie die Mindestlohnkontrollen radikal beschneiden. Die Begründung: Sie belasten die Wirtschaft und stellen sie unter Generalverdacht.

Nahles: Die Unternehmen in Deutschland wollen den Mindestlohn zahlen und tun dies auch, das zeigen die Anrufe bei unserer Hotline. Aber wir müssen diese ehrlichen Arbeitgeber vor denen schützen, die sich dadurch einen Wettbewerbsvorteil schaffen, dass sie den Mindestlohn nicht bezahlen. Doch wie soll das ohne Kontrolle gehen? Dadurch würde die kleine Gruppe der Unehrlichen nur etwas größer. Wer wie Frau Aigner fordert, die Kontrollen komplett auszusetzen, der lädt unverblümt zur Umgehung des Mindestlohns ein. Dafür sollte sie sich schämen.

Und wieder haben Sie die Nähe zu den hart arbeitenden Menschen im Land offenbar verloren. Ihre Durchführungsverordnung belastet Tausende von Kleinunternehmen massiv. Die umfassenden Aufzeichnungs- und Nachweispflichten bedeuten großen Aufwand und unnötige Kosten. Sie stellen zugleich Zehntausende Familienbetriebe im Handwerk unter Generalverdacht. Das Metzger-, Bäcker- und Konditorenhandwerk müsse ohne jeden Anhaltspunkt mit dem Besuch bewaffneter Zöllner rechnen. So war das nicht vereinbart!

Stimmt! Sehen Sie, Frau Nahles, auch als Sozialdemokratin können Sie doch einsehen, dass die Bürgergesellschaft der Fleißigen und Leistungsbereiten nicht immer böse ist. Im Gegenteil, wir brauchen mehr Mittelstand, mehr Gründer, mehr Unternehmer, damit alle möglichst weit über dem Mindestlohn verdienen können. Darum sollten Sie den Aktiven das Leben nicht unnötig schwer machen.

Ich weiß ja, dass Linke immer alles kontrollieren und vorschreiben wollen. Aber hier geht es doch nicht darum, den Mindestlohn aus den Angeln zu heben. Es geht darum, vernünftige, handhabbare Regelungen für seine Anwendung zu finden.

Warum vergreifen Sie sich so im Ton gegenüber Ihrer Kollegin, die vernünftige Vorschläge macht, Ihr Problem pragmatisch zu lösen? Da wirken Sie schon wie der legendär getroffene Hund, der bellt, oder?

→ Deswegen will die CSU Nachbesserungen bei der Nahles-Verordnung zum Mindestlohn, um die praktischen Probleme abzustellen.
→ Deswegen unsere Kampagne „Ja zum Mindestlohn – NEIN zur Bürokratie", mehr unter www.csu.de

Ihr Andreas Scheuer

Für einen anderen Umgang mit **Russland**

Putin ist ein Autokrat. Trotzdem sollte gerade Berlin die Beziehungen zu Moskau nicht völlig verdunkeln lassen. Deutschland hat hier eine historische Verpflichtung und eine weltpolitische Chance.

Schwarz-Weiß-Maler haben selten recht. Im privaten, im wirtschaftlichen und im politischen Leben kommt die Konstellation Schwarz-Weiß extrem selten, eher gar nicht vor. Grautöne sind die Regel, auch wenn auf der einen Seite ein helleres, auf der anderen ein dunkleres Grau dominieren mag.

Auch bei der Krise um die Ukraine gilt diese Erfahrung. Die vorherrschende Einseitigkeit im Urteil der westlichen, der europäischen und der amerikanischen Welt ist weniger als die halbe Wahrheit. Russland und seinem Präsidenten Wladimir Putin die Alleinschuld an einer Entwicklung zu geben, welche die Erinnerung an den Kalten Krieg wieder aufleben und darüber hinaus – jenseits des bereits stattgefundenen und in Resten immer wieder aufflackernden ukrainischen Bürgerkrieges – von einem gefährlichen heißen und großen Krieg reden lässt, ist bequem und schließt die Reihen. Mit der politischen Wirklichkeit hat diese Sicht der Dinge nur wenig zu tun.

Es kann nicht darum gehen, der Anti-Putin-Einseitigkeit eine Pro-Putin-Einseitigkeit entgegenzustellen. Damit würde ein entscheidender Fehler nur mit umgekehrtem Vorzeichen wiederholt. Der russische Staatspräsident ist weit davon entfernt, der „lupenreine Demokrat“ zu sein, als den ihn seine – wenigen – Freunde im Westen und auch in Deutschland sehen. Putin, wiewohl in Wahlen mit übergroßer Mehrheit demokratisch in sein Amt gekommen und darin bestätigt, ist ein Autokrat. Das politische und wirtschaftliche Erbe, das er in seiner krisenhaften Erschütterung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion von seinen Vorgängern übernommen hatte, braucht eine zupackende politische Hand, die zwangsläufig nicht den demokratischen Idealvorstellungen der westlichen Welt entsprechen kann.

Das politische und militärische Geschehen um die Ukraine kann nur verstanden und in seiner Gefährlichkeit überwunden werden, wenn sich der Westen bemüht, auch die andere, die russische Seite zu begreifen. Der Ur-Fehler, der von Europa und Amerika begangen wurde, war verhängnisvoll. Das sowjetische Imperium brach zusammen, als es zur historischen Wende in Europa kam. Deutschlands Weg zur Wiedervereinigung wurde geöffnet. Der Warschauer Pakt, das Militärbündnis des ehemaligen Ostblocks, löste sich auf. Der Westen sah sich als Sieger und geriet auf einen fatalen Irrweg. Was im Westen nicht erkannt wurde, war die historische Gelegenheit, eine neue und große Partnerschaft zwischen West und Ost aufzubauen – in Gleichrangigkeit und auf Augenhöhe. Vor allem die USA, die sich als der endgültige Sieger im jahrzehntelangen Wettstreit mit dem kommunistischen Imperium und damit als auf Dauer unangreifbar wähnten, ließen es an jedem Gespür für Lage und Befindlichkeit der anderen Seite fehlen. Wir haben gesiegt, und wir allein entscheiden, wie es in Zukunft zwischen Ost und West weitergehen soll – so wurde gedacht. Und so wurde gehandelt.

Gegen den Geist und den Inhalt der Gespräche, die es in der Zeit der Wende mit Michail Gorbatschow gab, auch mit Bundeskanzler Helmut Kohl, wurde die Chance zum Bau einer neuen Welt weder gesehen noch ergriffen.

Wir reichen die Hand
Beim Abschied der letzten russischen Truppen aus Deutschland am 30. August 1994 im Treptower Park sangen sie ein Lied, das allen, die dabei waren, tief im Gedächtnis geblieben ist. „Deutschland, wir reichen dir die Hand" hieß es darin und „Wir bleiben Freunde alle Zeit".

Mit Russland sollte gerade in Krisenzeiten geredet werden

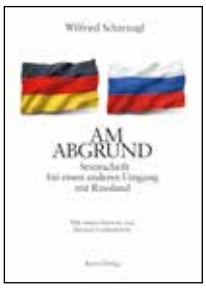
Unter amerikanischer Dominanz ging es weiter wie bisher. Während Russland davon ausgehen konnte, dass das Zeitalter eines neuen Miteinanders gekommen sei, setzte sich die westliche Politik in altem Denken und auf eingefahrenen Gleisen fort. Moskau war aufgrund vieler Gespräche der sicheren Überzeugung, dass es in einer neuen Periode west-östlicher Politik keine Ausdehnung der NATO geben werde. Amerika entschied anders, und Europa folgte.

Da in der Politik wie in der Wirtschaft Psychologie eine wichtige Rolle spielt, hätte der Westen Verständnis dafür aufbringen müssen, dass diese NATO-Ausweitung von Russland zwangsläufig als gefährliche Einkreisung gewertet werden musste. Und das ist nicht nur ein Thema für Putin. Gorbatschow, dessen mutige Entscheidung Europa und Deutschland die Überwindung einer jahrzehntelangen Spaltung gebracht hatte, ist nicht weniger enttäuscht und kommt sich betrogen vor. Er, dem die Deutschen die Einheit ihres Vaterlandes zu verdanken haben und der schon in seiner historischen Begegnung mit Franz Josef Strauß Ende 1987 im Kreml von den großen Chancen des russischen und des deutschen Volkes gesprochen hatte, wenn beide Völker in Frieden und Eintracht lebten, spricht heute von einem „Zusammenbruch des Vertrauens". Der Westen habe seine Versprechen nicht eingehalten und sich stattdessen zum „Sieger des Kalten Krieges" erklärt.

Dabei nahm es Moskau über Jahre geduldig hin, wie Staaten des längst aufgelösten Warschauer Paktes in die NATO wechselten. Zu viel wurde es Moskau, und zu viel musste es ihm werden, als sich auch noch die große Ukraine mit Hurra-Geschrei zum Marsch in die NATO aufmachte und in dieser Absicht durch vielfältige Lockungen und Versprechungen von westlicher Seite bestärkt wurde. Um sich das Bild einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine in seinem ganzen Ausmaß vor Augen zu führen: Auf der Krim, durch seine Geschichte und als Haupthafen der russischen Schwarzmeerflotte für Russland unaufgebbar, führt ein amerikanischer NATO-Admiral, zudem noch in Sewastopol, das Oberkommando! Wer im Westen nicht sehen und begreifen will, dass eine solche Perspektive für Moskau nicht hinnehmbar sein kann, ist mit gefährlicher Blindheit geschlagen.

Als am 30. August 1994 die letzten russischen Truppen Deutschland verließen und Tausende Soldaten zu einer Abschiedsparade im Treptower Park in Berlin angetreten waren – Theo Waigel vertrat bei diesem Anlass die Bundesregierung –, sangen sie ein Lied, das allen, die dabei waren, tief im Gedächtnis geblieben ist. „Deutschland, wir reichen dir die Hand" hieß es darin und „Wir bleiben Freunde alle Zeit". Der neue Horizont, der sich damals zwischen Europa und Russland und zwischen Deutschland und Russland im Besonderen greifbar und glaubhaft auftat, ist zwanzig Jahre später in gefährliches Dunkel gehüllt. Zur notwendigen Aufhellung und zur Sicherung des gefährdeten Friedens bedarf es auch im Westen einer Änderung der Politik im Ukraine-Konflikt: weg von der antirussischen Einseitigkeit, zurück zu den Chancen und Möglichkeiten, die es in der Zeit der Wende der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts gab.

Weil Deutschland von dieser Wende damals am meisten profitiert hat, hat es auch heute eine besonders große Verpflichtung, aktiv zu einer Lösung des Ukraine-Konflikts mit Russland beizutragen. Gegen Russland ist eine solche Lösung sowieso nicht möglich. Als Erstes: Mit Russland muss gerade in Krisenzeiten geredet werden, wann und wo immer es geht. Im bayerischen Elmau hätte es im Juni die Chance dazu gegeben. Nicht nur Helmut Kohl beklagt den sinnlosen Ausschluss Putins aus dieser Runde.



Das neue Buch von Wilfried Scharnagl ist im Keyser Verlag erschienen.

„Ich bin natürlich ein BAYER geblieben“

Vor genau zehn Jahren wurde aus Josef Ratzinger der erste deutsche Papst seit 500 Jahren. Heute lebt er still im Kloster – und freut sich über Besuch aus Bayern.

Von Matthias Matussek

Wohl niemand hatte sein Formbewusstsein, und so war es durchaus formvollendet, wie Benedikt XVI. die Welt wissen ließ, was in ihm in langen Monaten zum Entschluss gereift war – er tat es auf Latein, zu Beginn eines Kardinalskonsistoriums am 11. Februar 2013.

Ein Entschluss so radikal, dass sich eine Form dafür noch gar nicht etablieren konnte: Er gab seinen Rücktritt als Papst bekannt. Er sei „zur Gewissheit gelangt, dass meine Kräfte infolge des vorgerückten Alters nicht mehr geeignet sind, um in angemessener Weise den Petrusdienst auszuüben“.

Da hatte dieser sanfte und schüchtern lächelnde Papst eine weitere Ungeheuerlichkeit begangen. Eine Revolution. Für die einen war es ein couragierter, verantwortungsbewusster Schritt. Andere kritisierten ihn. Ist nicht sein Vorgänger, der Löwe aus Polen, ein Kämpfer bis zum Ende, halb umnachtet, in den Stiefeln gestorben? Und hat er nicht genau dadurch die Weltkirche belebt und vereint im Gebet?

Seine letzten Worte waren: „Fürchtet euch nicht“.

Der Löwe wurde nicht müde, einen Gedanken immer neu zu

formulieren: Macht euch nicht gemein mit der Welt der Zerstreuung und der Trivialitäten. Seid anders, seid Heilige. Und es war sein Vertrauter, Kardinal Ratzinger, Chef der Glaubenskongregation, der viele seiner Reden und Enzykliken mit ihm durchdacht hatte. Sie waren Vertraute. Er wurde im Konklave in Rekordzeit zum Papst gewählt.

Sie beide verstanden die Kirche als Bollwerk gegen eine Welt der Relativierungen und der Käuflichkeiten, und der Wellenschlag gegen diesen stolzen katholischen Eigensinn wurde höher, heftiger, giftiger, je länger Papst Benedikt die Kirche führte.

Ich mochte Papst Benedikt von Anbeginn an, eben weil er anders war als sein Vorgänger. Er war leise und trotzdem eine Herausforderung. Ein Leuchten ging von ihm aus. Und ich bilde mir ein, dass dieses Leuchten noch immer gegenwärtig ist, diese weiße Soutane in den Gärten des Vatikans, Rosenkranz betend mit seinem treuen Sekretär, dem Erzbischof Georg Gänswein.

Er ist Schattenpapst und führt jetzt das Leben eines Mönches

Dieses Leuchten bleibt. Ohnehin ist es in seinen Enzykliken enthalten und in der großen Jesus-Trilogie, die er als Papst vollendete, und es hat sich als helle Erinnerung abgelagert, mag sein Nachfolger auch noch so gegen die Form wüten und die „verbeulte Kirche“ predigen.

Papst Benedikt XVI. führte vor, was es heißt, katholisch zu sein. Dass er den Alten Ritus wiederbelebte, ist nur folgerichtig, auch dass er die Messen im Brokat der Tradition feierte. Es war diese Geste: Schaut her, welche Schätze uns diese 2.000 Jahre alte Kirche zu bieten hat.

Papst Benedikt verlangte besonders von einem Journalisten, dass man Stellung bezog. Mit ihm und für ihn zu streiten war für meine Selbstfindung als Katholik enorm wichtig. Was er in den sieben Jahren seiner „Amtszeit“ geleistet hat, was er in dieser Zeit zum Leuchten gebracht hat, war das Katholische in seiner schönsten Form.

Seine erste Enzyklika als Papst galt der Liebe, und sie war – erleuchtet. Es war ein hellenisches Leuchten der Vernunft und der Schönheit darin, ein Lehrbrief, der gleichzeitig Herz und Verstand bewegte. „Deus caritas est“. Gott ist die Liebe. In dieser knappsten aller Formeln des Johannes steckt alles.

Was seine persönlichen Bedürfnisse betrifft, war er als Kardinal Ratzinger wie als emeritierter Papst Benedikt bescheiden, er hat keine materiellen Wünsche. Im Büro von Mater Ecclesiae steht der Schreibtisch, an dem er seit 50 Jahren arbeitet. Eine Freude macht man ihm mit Süßigkeiten aus Bayern.

Sie nennen ihn den „deutschen Hirten“

Vielleicht kann ihm erst im Rückblick Gerechtigkeit widerfahren. Und da ist viel. Ja, das Pensum dieses Papstes war erstaunlich, und die Wegmarken, die er gesetzt hat, waren es ebenfalls.

Da war der Triumphzug den Rhein hinab vor Millionen von Gläubigen und die Mahnung an seine satten deutschen Katholiken, doch mal wieder zur Messe zu gehen.

Kurz darauf die Regensburger Rede, mit der er dem Islam, der in seiner kriegerischen Form die Welt verwüstet, entschlossener entgegentrat als alle anderen seither. Er klagte die Vernunft ein. Die Toleranz. Die Freiheit des Glaubens. Es war ein akademischer Diskurs, er ging ins Prinzipielle.

Vor dieser Klarheit drückt sich die Kirche seither – und die Politik erst recht. Er war unbestechlich, unser Papst Benedikt. Das heißt nicht, dass er nicht auch, wie der gegenwärtige Pontifex, geliebt werden wollte. Aber er ging den Weg, der gegangen werden musste.

In seine Amtszeit fiel die Aufdeckung des Missbrauchs durch Kirchenvertreter. Er war zutiefst verstört von diesem „Vulkanausbruch an Schmutz“. Und er handelte, versetzte, strafte, seine Hirtenbriefe ließen nichts an Klarheit zu wünschen übrig.

Dass der stellvertretende Chefredakteur des „Spiegel“ meine Besprechung zum Papstbuch „Licht der Welt“ nicht drucken wollte, weil „dreizehn Leute im Feld sind, um ihm Missbrauch nachzuweisen“, hatte bei mir innerlich zum Bruch mit dem „Spiegel“ geführt.

Unwürdig, geschmacklos, bösartig, kein Journalist mit einem Funken an Selbstachtung lässt sich auf derartige Kampagnen ein. Aber das war die Stimmung in Deutschland, sie war, wie er in genanntem Buch sagte, „von sprungbereiter Feindseligkeit“.

Seine letzte bedeutsame Reise führte ihn zurück ins Heimatland. Wo er im Berliner Reichstag eine fulminante Rede hielt, eine, die die Abgeordneten zwang, sich nach oben zu strecken, buchstäblich über sich selbst hinaus. Schließlich, in Freiburg, redete er noch einmal seinen deutschen Katholiken ins Gewissen: Verzichtet auf Geld und Fassaden, geht auf Distanz zur Gesellschaft.

Ich habe dieses Pontifikat aus der Nähe betrachtet und aus dem Innenraum der Medien, und ich habe selten so viel Bösartigkeit und Trivialität und Lust zur Entstellung des Glaubens erlebt wie im Umgang mit diesem Papst.

Und Dummheit.

Tatsächlich waren die Argumente der Papst-Kritiker in erster Linie das: dumm. Die Kirchen sind leer, weil nur Männer Priester sind? Was hat das mit dem Glauben zu tun? Wird die Auferstehung glaubhafter, wenn Priester heiraten dürfen?

Nein, man lernte, mit Papst Benedikt zu kämpfen, vorzudringen ins Wesentliche, den eigenen Glauben wieder neu zu prüfen und die Schönheit zu begreifen und zu beten. Für mich war es so was wie der Chesterton-Effekt: In der Verteidigung des Glaubens wurde er katholisch.

Ich hatte die Ehre, mich auf dem Flug zum Weltjugendtag neben ihn setzen zu dürfen und ihm mein Buch zu geben. Er war von umwerfender Freundlichkeit. Blaue Augen, Lächeln. Er sprach mich auf den „Spiegel“ an, ich witzelte. Ich hatte ihm eine Losung des Augustinus in mein Buch geschrieben: „Qui incipit exire, qui incipit amare“ – wer beginnt loszulassen, der beginnt zu lieben.

Mit seinem Rücktritt, den er nicht lange danach verkündete, hat er losgelassen, das Amt. Nicht, weil er die Kirche im Stich lassen wollte, sondern weil er sie liebt.

Und so wird er für immer im Gedächtnis bleiben: als großer, als liebender Kirchenlehrer. Aber noch leuchtet er mit weißem Haarschopf, dahinten irgendwo, in den Gärten des Vatikan.

88 Jahre lang der Heimat innig verbunden
Die bayerische Präsenz im Vatikan ist nicht mehr so alltäglich wie zu Zeiten des Pontifikats zu spüren, aber zum 88. Geburtstag des Heiligen Vaters 2015 war Bayern wieder hautnah. „Ich bin und bleibe einer von euch“, so das prominenteste Ehrenmitglied der Gebirgsschützenkompanie Tegernsee. Die unverbrüchliche Liebe zu seiner Heimat und ihren Menschen ist an diesem Tag wieder neu entflammt; Benedikt signierte die Bayernfahne, sang mit den Schützen die Bayernhymne mit einer halb gefüllten Maß Originalbier.

Matthias Matussek ist Kolumnist der „Welt“ und hochdekorierter Bestsellerautor. Er war 25 Jahre in leitenden Positionen beim „Spiegel“, als Auslandskorrespondent, Ressortleiter und Vordenker.

Positions-Check
ERBSCHAFTSTEUERREFORM

CSU-POSITION: Mittelstand schützen, Arbeitsplätze sichern

In den nächsten fünf Jahren stehen in Bayern 24.000 Unternehmen mit über 350.000 Arbeitsplätzen vor einer Betriebsübergabe. In der gesamten Bundesrepublik sind es rund 200.000 Firmen mit rund vier Millionen Beschäftigten. Daher ist es für die CSU von zentraler Wichtigkeit, dass die Erbschaftsteuer keinesfalls zu einer Belastung des Generationenwechsels bei mittelständischen und familiengeprägten Unternehmen führt. Firmenerben sollen verschont werden, wenn sie den Betrieb fortführen und die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Andernfalls besteht die große Gefahr, dass Unternehmen aus Bayern abwandern oder, anstatt von der nächsten Generation fortgeführt zu werden, an internationale Investoren verkauft werden.

Reform muss bis 2016 stehen

Notwendig wurde die Reform durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Danach darf der Staat zwar Firmenerben gegenüber anderen Erben begünstigen, wenn sie das Unternehmen eine Zeit lang fortführen und Arbeitsplätze erhalten. Die Richter fordern aber, dass bei größeren Unternehmen Firmenerben nur dann verschont werden dürfen, wenn sie in einer Bedürfnisprüfung nachweisen, dass sie die Steuer nicht verkraften. Der von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble vorgelegte Gesetzesentwurf plant die Bedürfnisprüfung ab einer Freigrenze von 20 Millionen Euro je Erbfall. Dabei soll auch privates Vermögen bis zur Hälfte herangezogen werden. Die Wirtschaft fordert eine höhere Obergrenze und ist gegen eine Einbeziehung von Privatvermögen. Zudem soll es eine Bagatellgrenze von einer Million Euro für kleine Unternehmen geben, die den Erhalt der Arbeitsplätze nicht nachweisen müssen. Bayern und andere Länder wollen diese Grenze für Kleinstfirmen bei drei bis zehn Beschäftigten ziehen. Die Reform muss bis Ende Juni 2016 stehen.

Der 5 Punkte-Plan

Die CSU hat ihren Standpunkt zur Reform im Positionspapier mit dem Titel „Faire Erbschaftsteuer – Erhalt von Arbeitsplätzen und Familienunternehmen“ vorgelegt. Zusammengefasst wird das Strategiepapier in einen Fünf-Punkte-Plan, der folgende Richtmarken für die Erbschaftsteuerreform beinhaltet:

1. **Neues Ziel im Gesetz:** Mittelständische und familiengeprägte Unternehmensstrukturen erhalten.
2. **Volle Steuerbefreiung** für Nachfolger familiengeprägter Unternehmen, wenn der Betrieb fortgeführt wird und die Arbeitsplätze erhalten bleiben: keine indirekte Vermögensteuer beim Betriebsübergang durch die Einbeziehung von vorhandenem Privatvermögen in die Bedürfnisprüfung.
3. **Schutz für kleine Unternehmen:** Festhalten an der Beschäftigtenzahl als Kriterium für die Befreiung vom Lohnsummennachweis („Bagatellregelung“).
4. **Keine zusätzliche Bürokratie:** Abzug sämtlicher Schulden vom Verwaltungsvermögen plus 100-Prozent-Verschonung des begünstigten Unternehmensvermögens.
5. **Föderalisierung der Erbschaftsteuer:** Die Erhebung und Verwendung der Steuer ist Ländersache.

Markus Söder, *Bayerischer Finanzminister:*

„Mehr als neun Zehntel aller Unternehmen in Deutschland sind von Familien geprägt, der Mittelstand ist Innovationsmotor für Technologie. Die CSU ist nicht dazu bereit, einen Verlust von Arbeitsplätzen zu akzeptieren oder dass die Substanz von Familienunternehmen beschädigt wird. Der vom Bundesfinanzminister vorgelegte Gesetzesentwurf ist nicht in Ordnung. Er führt zu einem tiefen Vertrauensverlust zwischen Wirtschaft und Union. Bei der Bedürfnisprüfung dürfen nicht Zahlen und Bemessungsgrenzen der Maßstab sein, sondern die Frage: Handelt es sich um ein familiengeprägtes Unternehmen? Damit wird die vorgeschlagene Wertermittlung – die ja einer indirekten Vermögensteuer entspricht – nicht mehr nötig, und wir ersparen uns eine Menge Bürokratie.“

Gerda Hasselfeldt, *CSU-Landesgruppenchefin im Bundestag:*

„Das Privatvermögen des Erben ist bei der Feststellung der betrieblichen Erbschaftsteuer nicht einzubeziehen. Das wäre sonst eine verkappte Vermögensteuer, die wir nicht wollen. Wir haben der Bevölkerung versprochen, keine Steuern zu erhöhen, und dabei bleibt es.“

OBAMAS PANTOFFELN sind aus bayerischem Filz

Ein Gespräch mit dem Besitzer des Gipfel-Hotels Dietmar Müller-Elmau

Dietmar Müller-Elmau ist stolz – er, der „Hotelier wider Willen", hat sich seinen Traum erfüllt. Als Mitbegründer der Softwarefirma Fidelio für die Hotellerie machte er in Übersee Millionen und blieb doch fast sein Leben lang der Elmau verbunden.

Die Welt zu Gast auf Schloss Elmau: Was beschäftigt den Schlossherrn vor dem Gipfel? Die Verantwortung ist enorm, bereuen Sie es in einer stillen Stunde?
Ich beschäftige mich vor allem mit der Perfektionierung des nach zweijähriger Bauzeit erst kurz vor Ostern neu eröffneten Schloss Elmau Retreat, das neben dem vor acht Jahren in neuer Großzügigkeit wiederaufgebauten Schloss auch Residenz der Staats- und Regierungschefs sein wird.

Was erwarten Sie sich – politisch gesehen – vom Gipfel? Sie sind im Geist der politischen Theologie groß geworden.
Ich hoffe, dass sich die Teilnehmer auf eine gemeinsame Politik zum besseren Schutz von Umwelt und Freiheit verständigen können. Ich bin glücklicherweise nicht im Geist einer politischen Theologie, sondern der offenen Gesellschaft groß geworden, in der Fragen des Politischen pragmatisch verhandelt und nicht mit Argumenten des Glaubens, der Moral oder der Herkunft beantwortet werden, die per se nicht verhandelbar sind. Ich habe mich dann aber in der Beschäftigung mit deutscher Geschichte vor allem mit der Ideengeschichte und politischen Relevanz gegensätzlicher Ideale von Freiheit in protestantischen Religionskulturen in Deutschland und Amerika auseinandergesetzt.

Perspektivwechsel: Der neue Kurs oder die neue Firmenphilosophie von Schloss Elmau unter Ihrer Leitung legt die Maxime zugrunde: nicht Freiheit vom Ich, sondern Urlaub des Ich. Was haben wir darunter zu verstehen?
Freiheit vom Ich ist ein metaphysisches oder religiöses, die Freiheit des Ich ein politisches Ideal, das die Freiheit des anderen als Grenze der eigenen respektiert. Ich möchte Gästen von Schloss Elmau in ihrer Freizeit vor allem größtmögliche Freiheit bieten, gleichgültig, was jeder darunter für sich verstehen mag.

Fototermin im noblen Ambiente – sich einmal betten wie Obama.

Ein Blick zurück: Die Elmau war, wie Sie es auch in Ihrem neuen Buch „Schloss Elmau – Eine deutsche Geschichte" beschreiben, die Heimat Ihrer Jugend, aber nicht die Heimat Ihres intellektuellen Ich: Sind Sie auf Schloss Elmau angekommen?
Heute ist Schloss Elmau für mich vielleicht eines der schönsten, sicher aber das zurzeit interessanteste und außergewöhnlichste Hotel der Welt, in dem ich am liebsten meine Ferien mit meiner Familie oder Freunden oder allein verbringen möchte. Ankommen werde ich wohl nirgendwo je richtig, da ich immer weitergehen, Neues entdecken und entwickeln möchte. Mit der Fertigstellung des Schloss Elmau Retreat eröffnen sich für Schloss Elmau völlig neue Perspektiven. Der G7-Gipfel ist hoffentlich nur der Anfang und nicht das Ende einer beinahe 100-jährigen Transformationsgeschichte.

Statt Konsens sind Sie ein Verfechter des Dissens, der Polyperspektivität, internationalen Globalität und des transatlantischen Denkens bzw. Dialogs, man könnte auch sagen, der postmodernen Differenz. Elmau hat sich innerlich renoviert und sich vom alten Konzept Ihres Großvaters, das Sie als zu eng empfunden haben, distanziert. Es geht in Ihrem neuen Konzept nicht mehr um die Auflösung des Ich, die Ich-Vergessenheit und Aufhebung des Ich, sondern um ein kräftiges, bejahendes, existenzielles Ich. Sie betonen: Ohne Vielfalt keine Freiheit, und unterstreichen immer wieder das Ideal der offenen Gesellschaft. Haben Sie nicht Angst, dass zu viel Freiheit letztendlich das traditionelle Wertegerüst

Seit dem 22. Mai ist Müller-Elmau nur noch „der Hausmeister, Hausherrin ist die Kanzlerin". Für drei Wochen hat die Bundesregierung das Hotel komplett gemietet, obwohl die G7-Teilnehmer nur 24 Stunden vor Ort sein werden. 180 Übernachtungsgäste haben „zum normalen Tarif, ohne Aufpreis" gebucht, wie der Hausherr betont. 15.000 Polizisten beschützen die Staatschefs.

Heimbs
KAFFEE

auflöst? Wird Elmau ein Ort der Zivilisationskritik bleiben?
Schloss Elmau wird in Zukunft hoffentlich nie wieder ein Ort der Ablehnung der Freiheit des Ich, sondern der Bejahung und permanenten Erweiterung der Freiheit und Kreativität des Ich bleiben. Gerade weil es das perfekte Hotel ebenso wenig geben wird wie perfekte Menschen oder eine perfekte Welt und Politik, muss man alles eingedenk menschlicher Unzulänglichkeit immer wieder kritisch hinterfragen und versuchen, ständig zu verbessern.

Ihr Haus ist eine Bastion des Protestantismus, auch wenn Sie immer wieder die protestantische Homogenität kritisieren und das katholische Farbenspiel von Licht und Schatten, das Ihnen mehr am Herzen liegt, betonen. Welche Rolle spielt die Religion für Sie im 21. Jahrhundert? Sie sprechen oft vom Mangel an säkularer Vernunft.
Schloss Elmau hat für mich keine eindeutige Identität, das Hotel ist wie seine Gäste und Mitarbeiter voll von Widersprüchen, Komplexität und Kompromissen gegensätzlicher Interessen. Die einzige Konstante ist die Unstimmigkeit. Schloss Elmau ist für mich ein urbanes Hotel in unberührter Natur, ein Ort der Freiheit und des Fremdenverkehrs, des ständigen Kommens und Gehens, der Vermischung, Inspiration, Erholung und Bewegung.

Ohne Transzendenzbezug kann es meiner Ansicht nach keine Freiheit geben, die die Freiheit des anderen als Grenze der eigenen respektiert, und keine Rechtsgemeinschaft, die unterschiedliche Wertegemeinschaften als Teil der offenen Gesellschaft akzeptiert. Säkulare Vernunft bewahrt den Glauben an das Jenseits vor seiner Verweltlichung und Entzauberung im Diesseits ebenso wie Politik vor religiöser, metaphysischer oder ästhetischer Überhöhung und nicht mehr hinterfragbarer Letztbegründung.

Ein Gipfel ohne Putin: Fehlt da nicht was? Ihnen ist Kultur wichtig, insbesondere eine intellektuelle Streitkultur, im Zustand der Harmonie sehen Sie ja eher etwas Stagnierendes.
Natürlich wäre es wünschenswert, wenn Putin die Freiheit der

Nach den **intensiven Gesprächen** können die Regierungschefs die traumhafte Aussicht auf die bayerische Alpenlandschaft aus ihren Suiten genießen.

Der Schlossherr hat die Möbel persönlich ausgesucht und auf besonders große Betten geachtet

offenen Gesellschaften des Westens nicht als Bedrohung seiner Macht, sondern als Grundlage von Wohlstand und Sicherheit auch für Russland sehen und deshalb Mitglied des Gipfels der wirtschaftlich stärksten Nationen der freien Welt sein könnte. Ich fürchte allerdings, dass Russland am liebsten nur Mitglied eines G2-Gipfels mit den USA sein möchte, um Regeln für nicht souveräne Staaten setzen zu können, an die man sich als vermeintlich souveräne, weil militärisch überlegene Weltmacht selber nicht halten muss. Da dieser Platz aber bereits von China besetzt ist und Amerika nicht bereit ist, Europa aufzugeben, versucht Putin, Deutschland auf seine Seite zu ziehen, um Europa zu spalten und damit Russland gegenüber den USA und China zu stärken. Der G7-Gipfel bietet dagegen vielleicht auch eine Möglichkeit, die Westbindung Deutschlands und damit die Einigung Europas zu vertiefen.

Der Sohn von Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat einmal gesagt: „Mein Vater ist wie ein Fahrrad. Wenn es steht, fällt es um." Was machen Sie in Ihrer Freizeit?
Ich habe nicht genug Kraft zum Nichtstun und bin daher ständig in Bewegung, auf Reisen, beim Lesen und Bauen und mangels Zeit leider immer weniger beim Wandern, Skifahren oder Bergsteigen.

Wie sehen Sie die weitere Entwicklung von Schloss Elmau nach dem Gipfel? Dem 5-Sterne-Resort Heiligendamm hat der G8-Gipfel – nachhaltig gesehen – ja nicht zum merkantilen Erfolg verholfen.
Ein Hotel, das vor dem Gipfel nicht nachhaltig erfolgreich war, wird es auch nach dem Gipfel nicht sein können. Bisher hat der Erfolg von Schloss Elmau die Erwartungen übertroffen. Dafür gibt es aber

Ein moderner Spa, erlesene Weine. Beim Personal setzt Müller-Elmau auf junge Mitarbeiter aus aller Herren Ländern.

keine Garantie. Jedes Investment ist mit Risiko verbunden. Ich befürchte immer das Schlimmste und versuche stets, mein Bestes zu geben, damit es nicht eintritt.

Gipfel dieser Art haben ja nicht nur Freunde, von den Protestbewegungen einmal zu schweigen. Wie ist die Stimmung in der Bevölkerung, schlägt Ihnen Unmut oder Neid entgegen?
Die große Mehrheit der Bürger und alle maßgebenden Politiker der Region stehen dem Gipfel positiv gegenüber. Alle, auch die Gegner, profitieren vom Gipfel, sei es durch Zuschüsse zur Verbesserung der Infrastruktur oder das erhöhte Interesse der Medien. Schloss Elmau bereichert die Region kulturell und wirtschaftlich. Über 90 Prozent der Aufträge für den Wiederaufbau von Schloss Elmau und den Neubau des Schloss Elmau Retreat wurden an Firmen und Handwerker in Oberbayern vergeben. Mit Ausnahme der lokalen Presse überwiegt die Anerkennung den Neid bei Weitem.

Haben Sie Angst vor möglichen Eskalationen – man denke an die Ereignisse in Frankfurt gegen die Europäische Zentralbank –, obwohl es ein fundiertes Sicherheitskonzept gibt?
Ich habe keine Angst vor Eskalationen, auch wenn gewaltbereite Feinde der Freiheit in der offenen Gesellschaft alles daransetzen werden, den Gipfel zu sabotieren und das Symbol G7 zu beschädigen.

Im großen Konzertsaal wird nun Weltgeschichte geschrieben

Wie überzeugen Sie kritische Stimmen, die durch den G7-Gipfel ihr landschaftliches Idyll und ihre Heimat gefährdet sehen?
Bisher ist das Idyll von Schloss Elmau nicht im Geringsten nachhaltig beschädigt worden. Naturschutz ist für Schloss Elmau Existenzgrundlage. Daher bin ich froh, dass das Tal komplett abgeschirmt wird. Natürlich besteht berechtigte Sorge, dass gewaltbereite Demonstranten, die nicht für irgendwelche erkennbaren Inhalte demonstrieren, sondern den Gipfel nur sabotieren und damit vor allem die Aufmerksamkeit der Medien auf sich lenken wollen, Wiesen und Wälder in den umliegenden Gemeinden beschädigen. Ich bin jedoch optimistisch, dass die Bayerische Polizei dies weitestgehend verhindern, wenn nicht gar unmöglich machen wird.

Eine Architektur steht – ein Blick in die Kunstgeschichte zeigt es – für ein erneuertes Denken, für einen Aufbruch. Sie haben mit dem Neubau auf der Elmau, einem „neuen Hotel im Hotel", wie Sie es nennen, eine neue Architektur geschaffen. 17 identische Suiten – eine Vielzahl neuer Zimmer, Sie sprechen dabei vom „Ideal der offenen Gesellschaft". Anders gefragt: Welche Philosophie steckt dahinter?
Ich wollte reisenden Ästheten, Künstlern mit oder ohne Familie in Schloss Elmau zur optimalen Erholung nicht nur eine große Vielfalt unterschiedlicher Zimmer und Suiten, Restaurants, Spas, Lounges, kultureller Veranstaltungen und Alternativen zum Nichtstun, sondern last not least auch die Freiheit der Wahl zwischen zwei verschiedenen Hotels in einem bieten.

Welche Rolle übernimmt Ihre Frau innerhalb des Hotelbetriebs bzw. beim G7-Gipfel?
Sie leitet die inzwischen bereits legendären Schloss-Elmau-Edutainment-Wochen für Kinder und Jugendliche mit Debating Clubs, Workshops für Wissenschaft und Technik, Literaturwerkstatt, Schachakademie, Fußballcamps, TV- und Film-Workshops usw., die von renommierten Pädagogen durchgeführt werden.

Obamas Pantoffeln, bayerischer Charme und landestypische Spezialitäten: Was bietet der Gourmet Müller-Elmau seinen hochkarätigen Gästen, welcher Wein beispielsweise wird den Staatschefs serviert?
Was auch immer die Kanzlerin als Hausherrin und Gastgeberin ihren Gästen anbieten möchte.

Ihr Hotel ist für erlesene Exklusivität deutschlandweit bekannt, aber auch für die Ruhe und Abgeschiedenheit in einer wunderbaren Umgebung. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat diesen Ort bewusst ausgesucht. Welche Highlights sind für die prominenten Gäste geplant?
Selbst wenn ich es wüsste, könnte ich es Ihnen nicht sagen.

Die Fragen stellte Stefan Groß.

Das Gesamtensemble mit dem neuen Wellness-Hotel Schloss Elmau Retreat: Hier wohnen die Staatschefs.

Bayerischer ZAUBERBERG

Das Elmau-Hotel hat eine bewegte Geschichte. Die Nazis mochten es nicht, Geistesgrößen sehr wohl.

Das Schlosshotel Elmau, wo der G7-Gipfel stattfinden soll, gehört nicht nur zu den besten Luxushotels weltweit. Es hat auch eine schillernde Geschichte. Ein Gasthof im Elmauer Tal diente König Ludwig II. zur Weiterreise zum Königshaus am Schachen. 1916 errichtete Johannes Müller, damals ein gefeierter Philosoph und zivilisationskritischer Denker, mit finanzieller Unterstützung von Elsa Gräfin von Waldersee das Schloss als eine „gebaute Demonstration“ gegen jede Form von Kollektivierung. Müller wollte einen „Freiraum des persönlichen und gemeinschaftlichen Lebens“. Seine Gäste sollten hier Urlaub vom Ich machen und durch das Erlebnis der Stille in der Natur oder bei Konzerten und Tanzabenden mit klassischer Musik, selbstvergessen und unmittelbar wie Kinder, der „göttlichen Wirklichkeit“ gewahr werden können. Müller kritisierte nicht nur den westlichen Kapitalismus und den sowjetischen Kommunismus und Kollektivismus, sondern auch die Kirchen.

Zu seinen größten Bewunderern gehörten die Begründer des Kulturprotestantismus, allen voran Adolf von Harnack und Ernst Troeltsch, aber auch viele Juden wie Walther Rathenau und Martin Buber. Prinz Max von Baden, der Johannes Müller als seinen „Seelenführer“ bezeichnete und keine Entscheidung ohne seinen Rat fasste, weihte Schloss Elmau 1916 ein.

Ausgerechnet der Kollektivierungskritiker Müller begeisterte sich für die Machtergreifung Hitlers und dessen anti-zivilisatorischen Imperativ „Das Ich ist nichts, das Volk ist alles“ der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft.

Immerhin kämpfte Müller, der mit einigen Juden persönlich befreundet war, gegen den Antisemitismus der Nazis. Juden seien die „edelsten Vertreter des geistigen Adels“ und der Antisemitismus eine „Schande für Deutschland“. Müller geriet daraufhin als „Judenfreund“ bereits im April 1933 ins Visier des Propagandaministeriums und einer Hetzkampagne der bayerischen Provinzpresse. Der Hitlergruß blieb in Schloss Elmau verboten.

Ab 1935 wurden Johannes Müller weitere Vortragsreisen verboten. Die von der Universität Leipzig betriebene Aberkennung seines Doktortitels unterblieb lediglich aufgrund einer Intervention des Philosophen Hans-Georg Gadamer, der einer seiner Anhänger war.

1942 verpachtete Johannes Müller Schloss Elmau an die Wehrmacht als Fronterholungsheim, um einer von Göring wie auch von Himmler betriebenen Beschlagnahmung zuvorzukommen.

Nach Kriegsende fungierte das Schloss als Lazarett für US-Truppen und später als Erholungsheim für Tuberkulose-Kranke und Überlebende des Holocausts.

Seit 1951 pilgerte die Geiteselite zur Wettersteinkulisse, lang ist die Gästeliste. Das Who’s who des deutschen Intellektuellen und

Loriot erfand hier den Müller-Lüdenscheidt-Sketch

Gipfelpause – wenn es die Zeit erlaubt, könnte der britische Premierminister David Cameron hier abwarten und Tee trinken.

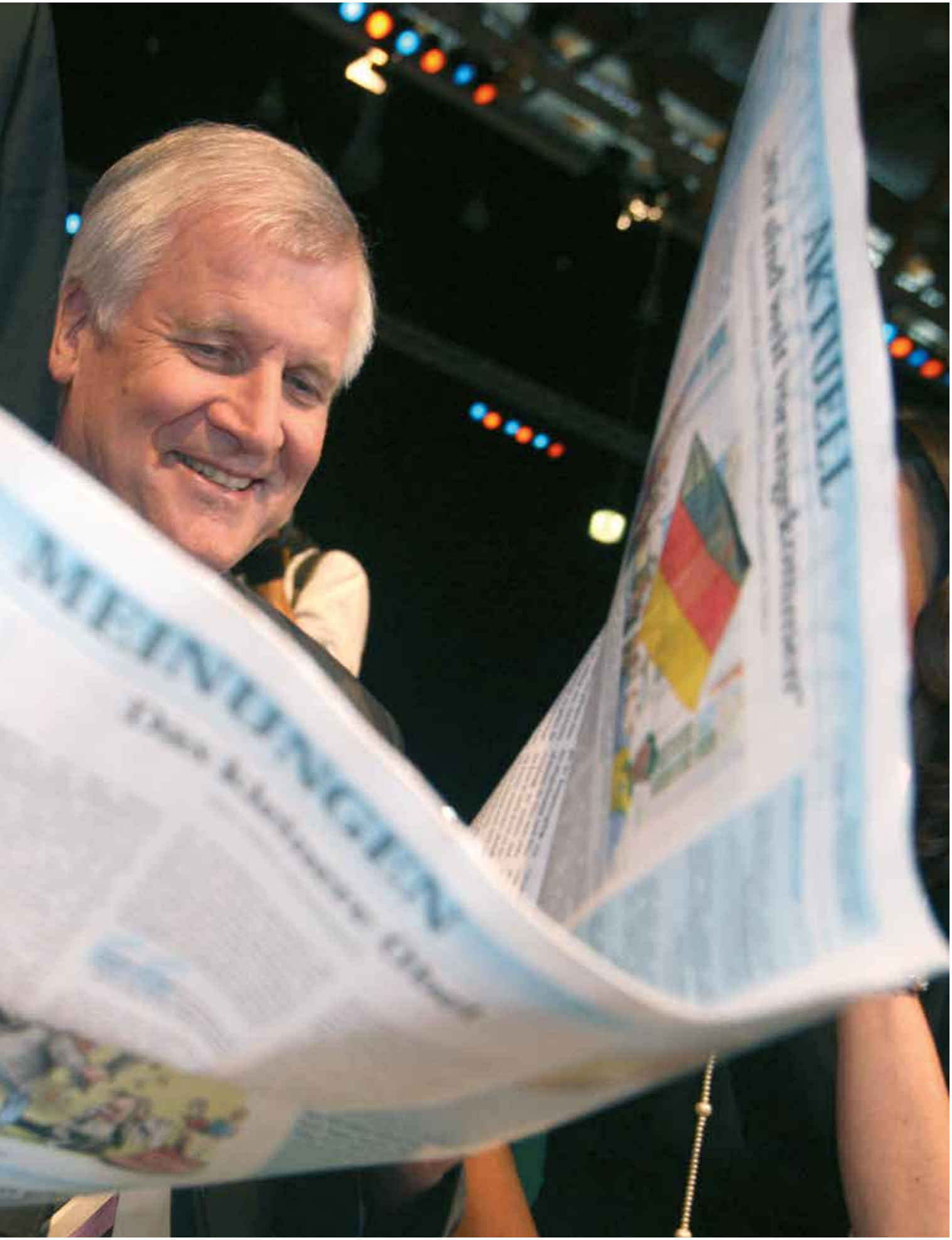
später Politiker wie Johannes Rau liebten den Genius loci – für Rau war es sogar seine geistige Heimat. Hans-Georg Gadamer, Marcel Reich-Ranicki, der Filmemacher Alexander Kluge – sie liebten die Elmau. Und Peter Sloterdijk hielt 1999 seine berühmte „Elmauer Rede“. Loriot, der langjährige Stammgast, hat im Zimmer 118 seine großen filmischen Projekte entwickelt, erfand hier den Müller-Lüdenscheidt-Sketch und Ödipussi. Künstler von Weltruf – Schloss Elmau war Pflicht! 2005, kurz vor ihrer Wahl zur Kanzlerin, hatte Angela Merkel hier einen Vortrag zum Verhältnis zwischen der Türkei und der EU gehalten, der für mediale Schlagzeilen sorgte.

Schloss Elmau verfügt über 128 Zimmer und Suiten, die ausschließlich mit den hochwertigsten Materialien wie Teak, Eiche und Seide ausgestattet wurden. Die G7-Staatschefs werden während des Gipfels sogar auf übergroßen Betten mit Maßen von 210 x 200 Zentimetern nächtigen. Wer welches Zimmer beziehen wird, ist allerdings noch nicht klar. Sicher ist jedoch, dass alle Suiten gleich groß sind, „sodass sich keiner benachteiligt fühlen muss“, erklärte Hotelchef Dietmar Müller-Elmau.

65 JAHRE BAYERNKURIER

Nur wer sich **wandelt,** bleibt sich treu

Der Bayernkurier erschien zum ersten Mal am 3. Juni 1950. Gründungsherausgeber und gleichzeitig erster Chefredakteur war Franz Josef Strauß. Heute ist Horst Seehofer Herausgeber und erfindet das Medium neu – von der klasischen Zeitung zur multimedialen Plattform mit gedrucktem Magazin.


AKTUELL
MEINUNGEN

1

1 Legendär sind die ersten Nummern des Bayernkuriers; sie machten Geschichte und bereiteten so manchen politischen Gegnern Kopfzerbrechen.

2 Eine interessierte Leserschaft hatte der Bayernkurier auch auf dem Bundesparteitag 1955.

3 Eine ganz besondere Auszeichnung: ein Autogramm von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

2

Wilfried Scharnagl war Bayernkurier-Chefredakteur von 1977 bis 2001 und erinnert sich an Franz Josef Strauß und seine Kapläne.

Nach mehr als eineinhalb Jahrzehnten erbitterter parteipolitischer Gegnerschaft waren in der Großen Koalition von 1966 bis 1969 CDU, CSU und SPD zum ersten Mal in einem Regierungsbündnis vereint. Es gab starken Gewöhnungsbedarf und es fehlte nicht an Spannungen. Im Zuge anhaltender Gegensätze, ob auf der oder unter der politischen Oberfläche, entwickelte sich zwischen Außenminister Willy Brandt, dem Vorsitzenden der SPD, und Finanzminister Franz Josef Strauß, dem Vorsitzenden der CSU, immer wieder ein Dialog, der manchem Kabinettskollegen schon als Ritual erschien. Brandt fand und nahm häufig Gelegenheit, über den Bayernkurier und dessen anhaltende Attacken auf die SPD und SPD-Politiker, natürlich auch Brandt, Klage zu führen. Die Achseln zuckend und sich in seine Finanzakten vertiefend, ließ Strauß den Kollegen Brandt wissen, dass man auch den Kardinal nicht für alles verantwortlich machen könne, was seine jungen Kapläne trieben. Dabei wusste Strauß sehr wohl, was seine jungen Kapläne im Bayernkurier trieben. War ich doch einer von ihnen.

3

Innovative Lösungen für höchste IT-Sicherheitsanforderungen.

Die Zahl der Angriffe auf Rechner und Netze wächst. Cyberkriminalität und Datenklau haben dabei dramatische Folgen: Sie reichen von enormen wirtschaftlichen Schäden bis hin zum Image- und Kundenverlust. Die Arbeit von Jahren wird so in Minuten zunichte gemacht.

Rohde & Schwarz unterstützt Politik, Gesellschaft und Wirtschaft mit IT-Sicherheitslösungen und Verschlüsselungstechnik „made in Germany".

Gehen Sie auf Nummer sicher unter:
www.rohde-schwarz.com

R&S®SITLine
ETH Encryptor

R&S®SITGate L500 Next Generation Firewall

ROHDE&SCHWARZ

Der Bayernkurier auf Reisen – an Bord der Maschine bei der Delegationsreise von Ministerpräsident Horst Seehofer nach Saudi-Arabien, Oman und Katar im April.

Peter Schmalz war von März 2001 bis Oktober 2008 Chefredakteur des Bayernkuriers.

Jeder kennt ihn, nicht alle lesen ihn, aber alle haben eine Meinung über ihn. Der Bayernkurier ist ein herausragender Singulär in der deutschen Medienlandschaft. Auch einer, an dem man sich gut reiben kann. Was manchmal auch, man muss es leider sagen, Parteifreunde betreiben.

So kam es vor Jahren sogar dazu, dass einige den Antrag stellten, das Blatt einzustellen. Namen sollen in diesem kleinen Rückblick keine Rolle spielen, die kundigen Tibetaner wissen ohnehin Bescheid.

Es war zur Zeit einer Klausur der Landtagsfraktion im oberfränkischen Kloster Banz, wo man sich intern auch mal kräftig die Meinung sagen kann. Eine Chance, die ich nicht ungenutzt lassen wollte. Die verwegenen Ritter wider den Bayernkurier werden sich gut daran erinnern.

Doch nicht deshalb sei diese kleine Episode erzählt, sondern wegen einer denn doch völlig unerwarteten Pointe. Ein Jahr war vergangen, man traf sich wieder in Banz, und der Antrag gegen den Bayernkurier war längst versandet. Da kam einer der einstigen Einstellungsfreunde strahlend auf mich zu, und noch bevor ich ihm zur soeben gewonnenen Landratswahl gratulieren konnte, verbeugte er sich demonstrativ tief und war voller Dank. Nie, sagte er, hätte er gedacht, dass der Bayernkurier so viel helfen könne bei einem nicht ganz einfachen Wahlkampf.

Kann Freude schöner sein? Ja, beim anschließenden gemeinsamen Versöhnungsglas mit Frankenwein.

Herzlichen Glückwunsch zu erfolgreichen 65 Jahren!

SCHÖRGHUBER
UNTERNEHMENSGRUPPE

Politik, Wirtschaft, Kultur: Seit 65 Jahren steht der Bayernkurier für abwechslungsreiche Berichterstattung. Fast ebenso lange begleiten und schätzen wir ihn: Seit der Gründung der Bayerischen Hausbau vor mehr als 60 Jahren hat sich unser Unternehmen zur erfolgreichen Schörghuber Unternehmensgruppe entwickelt. Geblieben ist unsere Verwurzelung und Verbundenheit zu Bayern, wo wir attraktive Lebensräume schaffen, Bier- und Braukultur erlebbar machen und als niveauvolle Gastgeber hochwertige Hotelaufenthalte bieten – begleitet von der Herzlichkeit und Leidenschaft unserer 6.500 Mitarbeiter. **www.sug-munich.com**

BAUEN & IMMOBILIEN | GETRÄNKE | HOTEL | SEAFOOD

Die geistige Autorität des Bayernkuriers und seines Gründers verlockten Karikaturisten zu bissigen Einschätzungen.

Auf dem ersten politischen Aschermittwoch nach dem Tod von Franz Josef Strauß liest Max Strauß den Bayernkurier.

Peter Hausmann war von 2008 bis 2014 Chefredakteur des Bayernkuriers.

„Bayernkurier – lese ich nicht." Als ich 1970 in die JU und die CSU eintrat, gehörte dieser Satz für uns „JU"-nge zum „guten Ton". Gelesen haben wir ihn doch, um zu erfahren, was Franz Josef Strauß, der für mich und viele andere meiner Generation der Grund, war in die CSU einzutreten, über den politischen Gegner, aber auch über die Unionsschwester CDU dachte und sagte. Der Bayernkurier setzte für uns sozusagen die Positionslichter, auch wenn unter den großen Leitartikeln des Blattes meistens der Autorenname Wilfried Scharnagl stand. Der schrieb bekanntlich das, was Strauß dachte.

Als ich nach dem „dies ater", dem schwarzen Tag der CSU 2008, Nachnachfolger des legendären Chefredakteurs wurde, traf ich immer wieder auf den mir wohlbekannten Satz. Der Brief- und Telefonverkehr mit unseren Lesern sprach aber immer eine andere Sprache. Gastautoren erzählten mir mit einer Mischung aus Verwunderung und Stolz, sie seien selten so oft auf einen Artikel angesprochen worden wie auf den, den sie im Bayernkurier veröffentlichten.

Jetzt gibt es den klassischen Bayernkurier nicht mehr. Er wird – Tribut an das digitale Zeitalter – die Positionslichter der CSU im Internet und als Monatsmagazin setzen. Dafür wünsche ich ihm und seiner Redaktion „bonne Chance".

Tank & Rast – die Nr. 1 an deutschen Autobahnen.

Kundenwünsche werden immer individueller. Auch, wenn es um die Pause geht. Oberstes Ziel von Tank & Rast ist es daher, jedem Gast mit bestem Service und attraktiven Angeboten seine Wünsche zu erfüllen und die Pause so angenehm wie möglich zu gestalten. Und das in ganz Deutschland: Unsere rund 740 Tankstellen, Raststätten und Shops stehen den Autobahn-Reisenden sieben Tage die Woche rund um die Uhr zur Verfügung.

Herzlich willkommen zu bestem Service.

Lassen Sie es sich bei uns gut gehen. Ob Sie etwas essen, einkaufen, Ihr Baby wickeln oder eine saubere und hygienische SANIFAIR Toilette nutzen wollen, wir sind gerne für Sie da. Erholen Sie sich bei uns für eine sichere Weiterfahrt. Wir freuen uns auf Sie!

Tank & Rast Betriebe in Bayern

In mehr als **140 Betrieben** mit rund **70 Raststätten, 65 Tankstellen** sowie **10 Hotels** arbeiten etwa **2200 Menschen.**

Unsere starken Marken.

Serways

Gusticus

SANIFAIR

Autobahn Tank & Rast

www.tank.rast.de • www.serways.de • www.sanifair.de

TANK & RAST

Zukunftsmusik JETZT komponieren!

Beitrag des CSU-Ehrenvorsitzenden und früheren Bayerischen Ministerpräsidenten **Edmund Stoiber** zum 65. Geburtstag des Bayernkuriers.

Für eine sorgsame Lektüre des Bayernkuriers nahm sich Edmund Stoiber immer Zeit.

65 Jahre Bayernkurier – ein so stolzes Jubiläum schafft eine Zeitung nur, wenn sie tatsächlich mit der Zeit geht. Der Bayernkurier und sein Gründungsherausgeber Franz Josef Strauß waren exzellente Beobachter, vor allem aber mutige Gestalter der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Wie unser Land steht heute auch der Bayernkurier vor einer fundamentalen Herausforderung: Die Digitalisierung verändert alles! Und genauso, wie sich Politik und Gesellschaft auf revolutionäre Veränderungen durch das Netz einstellen müssen, gilt das auch für den Bayernkurier.

65 Jahre Bayernkurier – was bleibt? Inhalt zählt! Der Bayernkurier in der großen Tradition Wilfried Scharnagls – das ist nicht ein Stück Papier, sondern das sind intellektuelle Schärfe und verbale Kraft. Die politische Substanz, sie macht den Bayernkurier aus. Was hat der Bayernkurier für politische Auseinandersetzungen erlebt, mit Helmut Kohl und Franz Josef Strauß, Willy Brandt und Helmut Schmidt? Es ging um die großen politischen und gesellschaftlichen Entwürfe: Wiederbewaffnung Deutschlands – ja oder nein? Mitgliedschaft in der NATO oder blockfrei? Europäische Gemeinschaft? Freiheit oder Sozialismus? Diese Gegensätze von damals sind heute nicht mehr so da. Wir leben heute in einer Gesellschaft, die auch in der Politik Gegensätzliches scheinbar schwer erträgt. Das ist der Hintergrund, dass heute manche Wahlkämpfer gar nicht mehr die Mobilisierung zum Ziel haben, sondern die Demobilisierung. Deren Rechnung geht dann so: Wenn ich ein Thema mit klarer Kante besetze, dann störe ich den Konsens. Damit mobilisiere ich zwar eigene Anhänger, aber vielleicht sogar noch mehr die Anhänger meiner Konkurrenten. Da ist es doch sicherer, ich störe das Gefühl des Konsenses nicht. Auf diesem gedanklichen Fundament beruhen sogenannte langweilige Wahlkämpfe.

Medien müssen sich wandeln

Die Gefahr einer solchen „Konsens-Strategie“ ist allerdings, dass Stimmungen und Bedürfnisse der Wähler – die tatsächlich ja vorhanden sind – nicht mehr angesprochen werden. Die Gefahr ist eine Entfremdung der Menschen von der ritualisierten politischen Debatte. Und umso größer sind dann Ratlosigkeit und Betroffenheit, wenn Menschen nicht mehr zur Wahl und vielleicht sogar auf die Straße gehen, weil sie sich nicht mehr vertreten fühlen. Die CSU und mit ihr der Bayernkurier gehen traditionell einen anderen Weg. Wir sprechen, wenn nötig, eine klare Sprache wie die Menschen in ihrem Alltag – am Arbeitsplatz, beim Sport, am Stammtisch oder im Netz. Wenn wir nach den Geheimnissen unseres Erfolgs gefragt werden: Das ist eines davon!

65 Jahre Bayernkurier – was verändert sich? Die Medienbranche unterliegt insgesamt einem historischen Innovationsschub. Das Internet und die Informationsrevolution im Mediengewerbe stellen so ziemlich alles auf den Kopf, was bislang als sicher gegolten hat. Ganze Wertschöpfungsketten werden zerrissen und neu zusammengesetzt. Zumal gerade

Gute
Pflege
wird immer besser.
Unser Maßstab:
UNABHÄNGIGE FORSCHUNG
FÜR MEHR QUALITÄT
Wir vernetzen Wissenschaft und Pflegepraxis. Unsere gemeinnützige Stiftung gilt bereits als nationales Kompetenzzentrum. Sie stellt ihr Wissen kostenlos zur Verfügung. Damit setzen wir Maßstäbe. Und machen Pflege für alle besser.
www.pkv.de
Wir machen Pflege besser – für alle.
PKV
Verband der Privaten Krankenversicherung

BAYERN-KURIER
EUROPA UND RELIGIÖSE AUFRÜSTUNG

BAYERNKURIER
Von deutscher Verantwortung

BAYERN-KURIER
Jubiläumsausgabe 69
Den Zeitgeist prägen

Im neuen Design präsentierte sich die Sonderausgabe des Bayernkuriers „Wer war Franz Josef Strauß wirklich?" beim CSU-Parteitag in Nürnberg im Dezember 2014.

Medien in der Informationsgesellschaft eine Schlüsselbranche der Innovation sind. Auch für den Bayernkurier gilt: Der Zugang, der Verbreitungsweg muss den modernen Anforderungen und Bedürfnissen der Menschen angepasst werden.

Generell gilt: Die Digitalisierung ist das Megathema der Zukunft. Die Daten werden das Erdöl des 21. Jahrhunderts sein. Horst Seehofer liegt mit seinem Schwerpunkt Digitalisierung völlig richtig: Die digitale Revolution wird unsere Welt viel mehr verändern, als die industrielle Revolution es je getan hat. Vom Wirtschaftsleben bis zum Sozialverhalten wird vieles geradezu auf den Kopf gestellt. Für den europäischen Kontinent, der vor allem auf den Rohstoff Geist setzt und setzen muss, bietet diese Umwälzung ein riesiges Potenzial. Aber gerade einmal zehn Prozent des weltweiten Umsatzes in der IT-Kommunikationsindustrie stammen aus Europa. Nicht zuletzt deshalb finden 90 Prozent des Wirtschaftswachstums heute außerhalb von Europa statt. In den USA werden jedes Jahr 50 Prozent mehr in die digitale Infrastruktur investiert als in Europa. Das sind viele Zahlen – es sind vor allem dramatische Zahlen.

Ich stimme dem Bundesverband Digitale Wirtschaft absolut zu: Seit der Industrialisierung hat es in Deutschland jede Generation geschafft, globale Marktführer in jeder wichtigen Industrie hervorzubringen. Heute sind wir im digitalen Bereich nur ein Konsumentenmarkt. Dabei können wir es nicht belassen, ohne dass wir unsere wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit verlieren.

Natürlich ist die Konkurrenzfähigkeit in erster Linie eine Aufgabe der Wirtschaft und nicht der Politik. Aber Politik kann schon strategische Entscheidungen treffen, wenn ich zum Beispiel an den erfolgreichen Aufbau einer europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie denke. Das galt als Hirngespinst, als Franz Josef Strauß in den 60er Jahren immer und immer darauf gedrängt hat. Daraus ist eine Erfolgsstory geworden!

Der Bayernkurier bleibt stark

Heute heißt die Frage: Wer baut am Ende das selbstfahrende Auto? Google hat sein selbstfahrendes Auto bereits präsentiert. In Kalifornien werden selbstfahrende Autos längst auf allen öffentlichen Straßen getestet. Ich weiß: Das klingt nach wie vor wie Zukunftsmusik. Da sind vor allem auch unendlich viele Fragen zu klären, was Sicherheit und Datenschutz betrifft. Aber: Diese Zukunftsmusik wird jetzt komponiert. Wer tut das? Wer entwickelt dafür die notwendige Infrastruktur? Machen das alles amerikanische und asiatische Internetfirmen? Da müssen wir dabei sein! So etwas muss auch in Europa konzipiert werden! Die Fremdsprache der Zukunft wird die Programmiersprache sein. In Großbritannien ist das Stoff in der Grundschule – von den USA und Asien ganz zu schweigen. Da haben wir Nachholbedarf. Die Facharbeiter bei Siemens und Mercedes müssen zu Softwareingenieuren umgebildet werden. Neue digitale Cluster müssen sich bilden, aus Wissenschaft, Industrie und Medien, die ihre ganze Power einbringen. Nur so werden wir beim Internet der Dinge mit dabei sein!

Bayern und die CSU sollten immer an der Spitze des Fortschritts sein

Bayern schiebt an, handelt. Aber wir brauchen gegenüber den US-Internetgiganten Europa eine gemeinsame europäische Agenda. Das sind Fragen der Zukunft, bei denen die Menschen auch den Nutzen Europas nachvollziehen können! Es ist gut für Deutschland und für Europa, dass Günther Oettinger in der neuen EU-Kommission für Digitale Wirtschaft zuständig ist. Er hat sich in Brüssel ein großes Standing erarbeitet, auf ihn wird gehört und er packt an. Das ist höchste Zeit, wenn Deutschland nicht zum Kodak-Land werden soll: Weltweit top in den alten Industrien. Aber mit einem Schlag weg vom Fenster in der neuen Zeit.

65 Jahre Bayernkurier: Wie oft hat er beschworen, Bayern und die CSU müssten stets an der Spitze des Fortschritts marschieren. Jetzt ist es wieder einmal so weit: Ich halte es für ein gutes und durchdachtes Konzept, online topaktuell zu sein, in einem hochwertigen Magazin Hintergründe und Zusammenhänge zu vertiefen sowie in den sozialen Netzwerken in den Dialog mit den Bürgern einzutreten.

Die Digitalisierung bietet unendlich viele Chancen, aber ein Medium kann im Netz auch untergehen. Markenbildung ist das A und O für eine erfolgreiche journalistische Arbeit. Der Bayernkurier ist eine bekannte, beliebte, zum Teil auch angefeindete, in jedem Fall aber starke Marke. Er ist ein politischer Premium-Faktor, um den uns die anderen Parteien beneiden. Also, auf geht's!

Liebe

BAYERNKURIER

Leserinnen und Leser, liebe Interessenten!

Der **BAYERNKURIER** wurde am 3. Juni 1950 von Franz Josef Strauß ins Leben gerufen, heuer feiert er sein 65-jähriges Bestehen. Das Jubiläum ist aber gewiss kein Grund, sich in den Ruhestand zu verabschieden – ganz im Gegenteil! Es ist der Startschuss für den Aufbruch des Traditionsblattes in das digitale Zeitalter. Die durch das Internet hervorgerufene „Revolution der Medien“ stellt alle Verlagshäuser vor enorme Herausforderungen und macht auch vor dem **BAYERNKURIER** nicht Halt.

Ab sofort wird der **BAYERNKURIER** im neuen Design als hochwertiges, gedrucktes Monatsmagazin erscheinen und noch mehr Raum zur inhaltlichen Vertiefung und Erklärung bieten. Gleichzeitig werden wir unser tagesaktuelles Online-angebot auf www.bayernkurier.de starten. Mit unseren beiden neu konzipierten Medien werden wir Sie auch weiterhin zuverlässig mit dem Wichtigsten aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur versorgen – dann sogar noch tiefgründiger bzw. aktueller.

Wenn Sie an unserer Sonderaktion teilnehmen und sich bis Ende Juni für ein Jahresabonnement des neuen BAYERNKURIER-Monatsmagazins entscheiden, erhalten Sie drei Abo-Monate kostenlos – das bedeutet: 12 Monate zahlen und 15 Monate lesen!

Sollten Sie bereits **BAYERNKURIER**-Abonnent sein, ändert sich durch die Umstellung für Sie nichts – das Abonnement läuft wie gewohnt weiter. Statt der Wochenzeitung erhalten Sie ab sofort automatisch unser hochwertiges Monatsmagazin. Sie können aber auch an unserer Sonderaktion teilnehmen und erhalten für Ihre Treue ebenfalls drei Abo-Monate kostenlos. Bei Fragen steht Ihnen unser Leserservice unter der Telefonnummer 0 89 /12 00 41 55 gerne zur Verfügung.

Wir würden uns sehr freuen, Sie als dauerhaften Leser unseres Monatsmagazins gewinnen zu können!

Mit herzlichen Grüßen,
Ihr Team des **BAYERNKURIER**

SONDERAKTION Aus 12 wird 15!

Wenn Sie sich bis 30. Juni 2015 für ein zwölfmonatiges Abonnement entscheiden, verlängern wir kostenlos auf 15 Monate. Sie erhalten also drei Abo-Monate geschenkt!

- ☐ Ja, ich will von Anfang an dabei sein! Hiermit abonniere ich das neue BAYERNKURIER-Monatsmagazin ab dem 29. Mai 2015 und erhalte drei Abo-Monate geschenkt.
- ☐ Ja, ich bin und bleibe BAYERNKURIER-Abonnent! Hiermit verlängere ich mein bestehendes Abo um ein Jahr und erhalte für meine Treue drei Abo-Monate geschenkt.
- ☐ Jahresabonnement für 75,- Euro (Laufzeit 15 Monate)
- ☐ ermäßigtes Jahresabonnement für 40,- Euro für Schüler, Studenten und Rentner
  (Bitte entsprechenden Nachweis beilegen!)
- ☐ Ich möchte gegen Rechnung bezahlen
- ☐ Ich möchte per Bankeinzug bezahlen
  (Bitte Kontodaten angeben!)

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

Geldinstitut

IBAN/BIC oder Konto/BLZ

Unterschrift, Datum

Bitte füllen Sie diesen Antrag aus und schicken Sie ihn an:
BAYERNKURIER Leserservice, Postfach 200563, 80005 München
Oder per Fax an 0 89 /12 00 4133 oder per Mail an vertrieb@bayernkurier.de

Widerrufsrecht: Die Bestellung kann innerhalb von 14 Tagen nach der Bestellung ohne Angabe von Gründen widerrufen werden. Abonnements können schriftlich mit einer Frist von vier Wochen zum Ende der Vertragslaufzeit gekündigt werden. Ohne Kündigung verlängern sich die Abonnements automatisch um ein Jahr. Das Jahresabonnement enthält elf BAYERNKURIER-Magazine.

SCHNAPPSCHÜSSE des Monats

Man kennt sie von Staatsbesuchen, auf Pressekonferenzen und bei TV-Interviews. Der Bayernkurier schaut aber auch hinter die Kulissen – und entdeckt Überraschendes ...

Ilse Aigner lässt die Puppen tanzen: „Wer nicht über sich lachen kann, kann auch nicht an sich arbeiten", so die Wirtschaftsministerin. Sie besuchte in Maisach (Landkreis Fürstenfeldbruck) den Puppenspieler Joe Heinrich, der sie zusammen mit **Markus Söder** in der BR-Fernsehsendung „Quer" als Stoffpuppen auftreten lässt.

Der Hund trägt den offiziellen Titel „First Dog". Sein Rufname ist Bo, Rasse: Portugiesischer Wasserhund. Bo ist zum Liebling amerikanischer Massenmedien geworden, 112 Features haben allein die großen Sender ABC, CBS und NBC über ihn ausgestrahlt. **Obama** selbst zitiert dazu gern Präsident Harry Truman: „Wenn du einen Freund in Washington haben willst, besorg dir einen Hund!"

Die neue Bayerische Bierkönigin ist gekürt und Landwirtschaftsminister **Helmut Brunner** war in der Wahlnacht einer der ersten Gratulanten. Er wünschte der 25-jährigen Starnbergerin **Marlene Speck** eine erlebnisreiche Amtszeit.

Bundesverkehrsminister **Alexander Dobrindt** stellt in Berlin die „Fantastische Verkehrsfibel" von Käpt'n Blaubär vor. In einer Auflage von weit über vier Millionen Exemplaren werden die Hefte kostenlos an alle Kindergärten und Grundschulen verschickt, um die Verkehrssicherheit der Kleinsten in Deutschland zu stärken. Neu im Heft ist diesmal der Weltrekordversuch: Die jüngsten Verkehrsteilnehmer sollen malen, wie sie ihren täglichen Weg bewältigen.

Von links: HWK-Präsident **Jürgen Schmid**, damaliger Vizelandrat **Max Strehle,** CSU-Fraktionschef **Thomas Kreuzer,** Staatsministerin **Beate Merk**, OB **Kurt Gribl** und IHK-Vizepräsident **Gerd Finkbeiner** verewigten zum Baustart des Technologiezentrums Augsburg ihre Fußabdrücke in Beton.

CSU-Bundestagsabgeordneter **Artur Auernhammer** melkt in seinem eigenen Kuhstall und kritisiert die Milchquote.

CSU-Landtagsabgeordneter **Volker Bauer** beim Feuerwehreinsatz. Er freut sich über 6,5 Millionen Euro mehr Geld für die Feuerwehren Bayerns.

EVP-Fraktionschef **Manfred Weber** macht mit bei der Aktion „Lots of socks". Damit wird an Kinder mit Down-Syndrom erinnert, um Hilfe und Respekt zu mobilisieren.

In der Schulküche der Berliner Schule-Eins in Pankow kocht CSU-Landwirtschaftsminister **Christian Schmidt** mit dem Fernsehkoch **Tim Mälzer.**

Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, **Gerda Hasselfeldt,** verbringt jede freie Minute mit ihrer Enkelin.

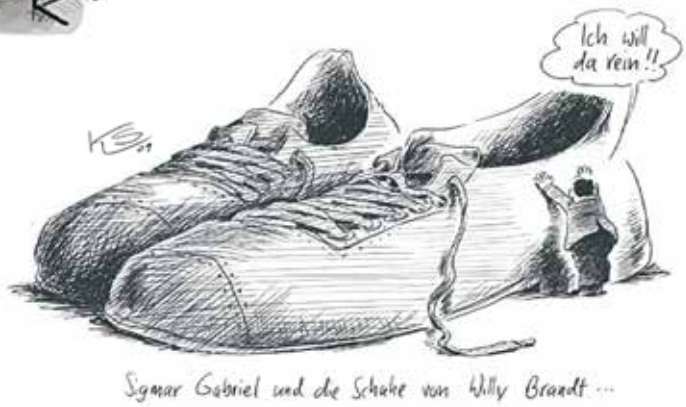
Seit Jahren wartet die britische Öffentlichkeit gespannt auf die Urlaubsschuhe ihres Premierministers **David Cameron.** Alljährlich verhöhnt ihn die britische Presse wegen „hässlicher Sommertreter". Er gelobt nun Besserung und gesteht seine „Verbrechen an der Urlaubsmode": Nun aber kaufe seine Frau Samantha seine Ferienoutfits. Dabei fühle er sich in der Umkleidekabine aber manchmal wie ein Gefängnisinsasse, dem man gerade das Essen hineinreicht.

Heimatminister **Markus Söder** bringt Venedig-Flair nach München. Besucher können jetzt mit einer echt venezianischen Gondel auf dem Kanal im Schlosspark fahren. Tatsächlich handelt es sich beim Gondelfahren auf dem Nymphenburger Mittelkanal um eine alte Tradition, die jetzt wiederbelebt wird: Schon Kurfürst Max Emanuel genoss den Blick auf die prächtige Parkanlage aus goldenen Prunk-Gondeln, mit denen sich die Hofgesellschaft entlang des Schlosskanals schippern ließ.

Die deutsche Botschafterin beim Papst steigt in Rom auf eine Vespa um. **Annette Schavan,** einst Bundesbildungsministern, vertritt seit einem halben Jahr als erste Frau Deutschland beim Vatikan. Mit dem Papst versteht sie sich offenbar gut, sie sprechen miteinander Italienisch und Deutsch: „Wenn wir beide langsam sprechen, funktioniert das gut." Und anschließend fährt sie mit dem Motorroller wieder nach Hause.

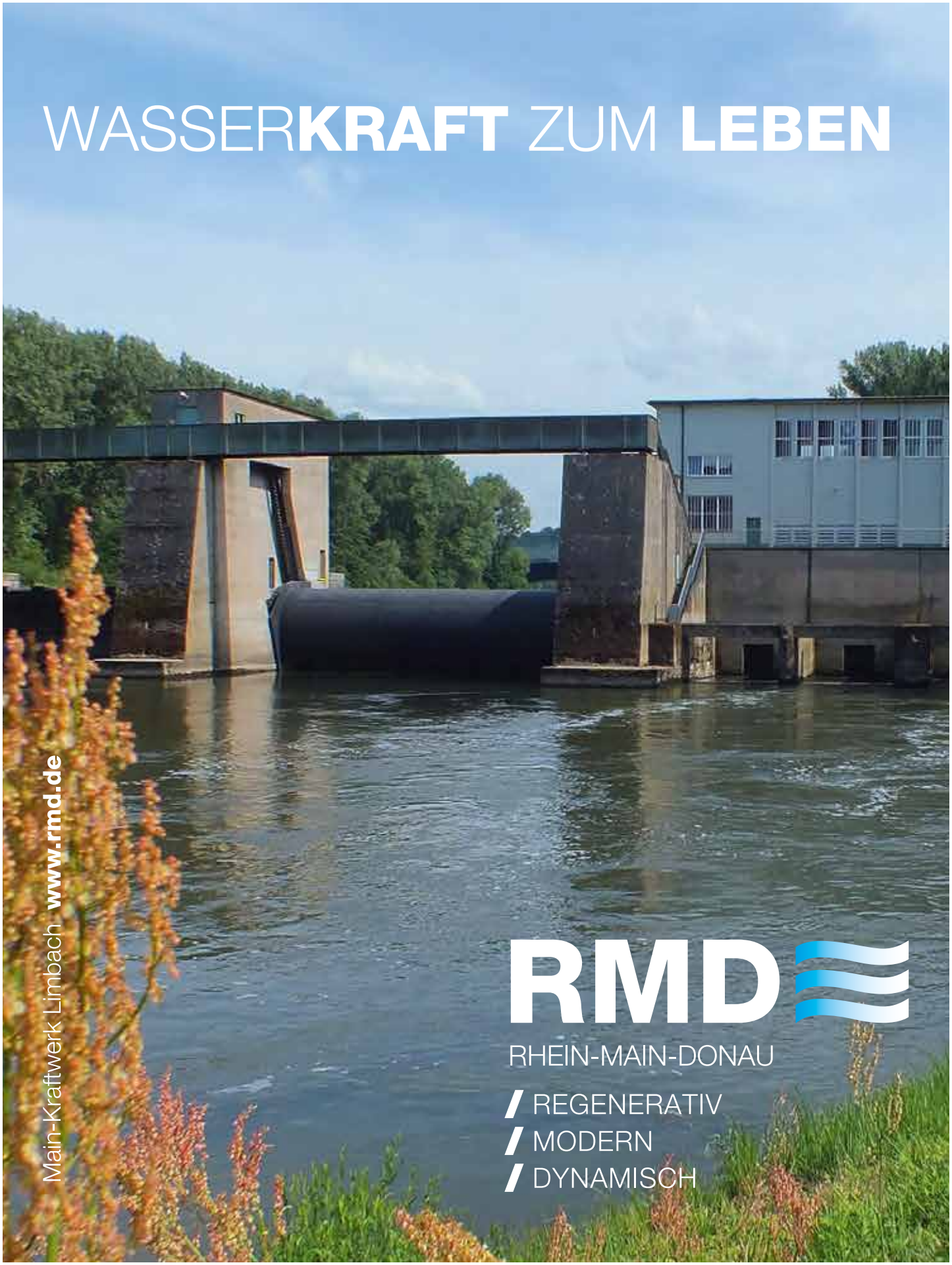
aus Cicero

aus der taz



aus Le Monde

aus New York Times


WASSERKRAFT ZUM LEBEN
Main-Kraftwerk Limbach www.rmd.de
RMD
RHEIN-MAIN-DONAU
/ REGENERATIV
/ MODERN
/ DYNAMISCH

„GEMEINSAM KRAFT ENTFALTEN."
Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.
Wir machen den Weg frei.
Gemeinsam kann man seine Ziele besser erreichen als allein. Das ist der Grundgedanke einer jeden Genossenschaft. Wussten Sie eigentlich, dass Volksbanken Raiffeisenbanken auch Genossenschaften sind? Werden Sie Mitglied und profitieren Sie als Teilhaber Ihrer Bank von der Stärke unserer Gemeinschaft. Wir beraten Sie gern.
bayern.vr.de
Volksbanken
Raiffeisenbanken